

AUFGABE DES TAGES: UMSTELLUNG,
SCHLÜSSEL DAZU: DEMOKRATISIERUNG

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

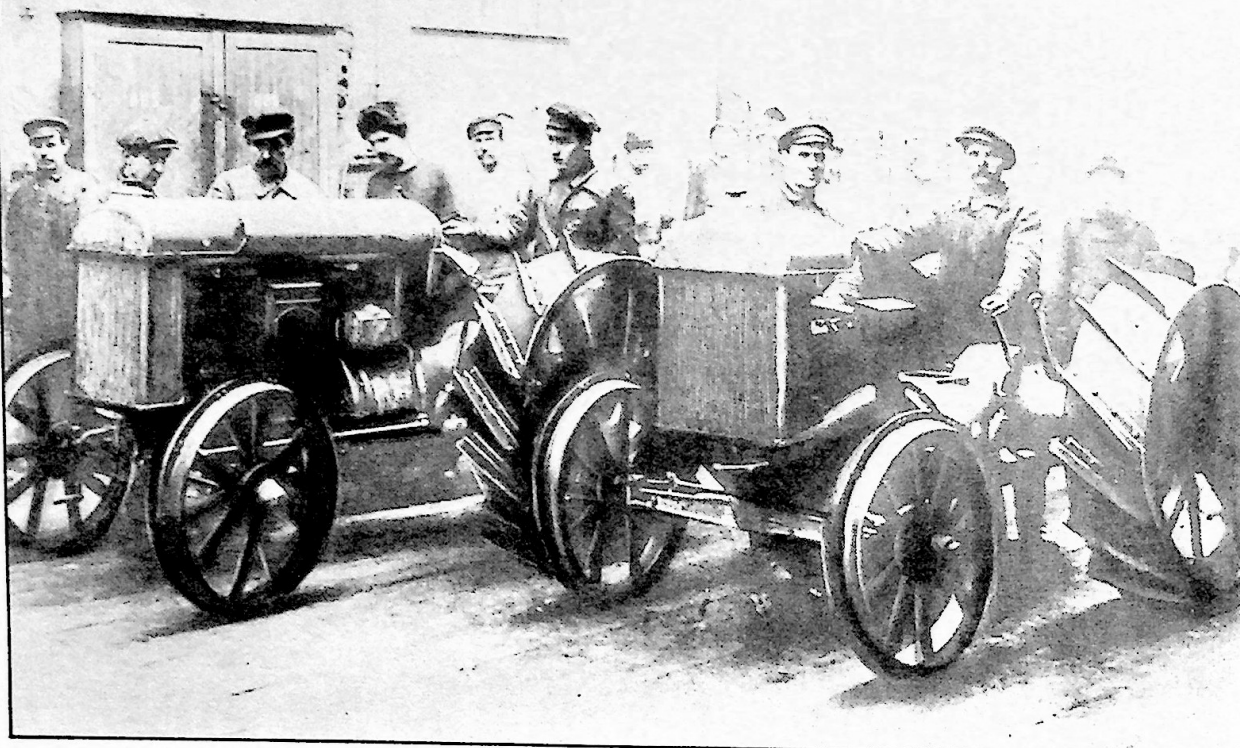
NEUE ZEIT



**JETZT
NACHDENKEN**

DAS INTERNATIONALE
FORUM
„FÜR EINE
KERNWAFFENFREIE
WELT, FÜR DAS
ÜBERLEBEN
DER MENSCHHEIT“

EIN VERHÄNGNISVOLLER
BESCHLUSS VON VOR 37 JAHREN • DIE GINZA,
DAS SCHAUFENSTER TOKIOS



1917-1987

Anfang der 20er Jahre glaubte im Westen kaum jemand an eine Zukunft des Sowjetstaates.

Selbst der Futurologe Herbert Wells, der damals Moskau besuchte, sah hier nichts als Nacht über Rußland. Damals wölkte über Fabrikschlotten nur selten Rauch, es fehlte an Brennstoff, und auf die dunklen Straßen blickten die zugefrorenen Fensteraugen der Häuser.

In den sieben Jahren vorher war die Wirtschaft dem Ruin anheimgefallen.

1920 hatte die Industrie nur 14 Prozent ihres Ausstoßes von 1913 (im zaristischen Rußland). So unvorstellbar das auch ist, war das Land mit seiner Metallerzeugung in die Zeit Peters I. zurückgeworfen. Das daniederliegende Verkehrswesen drohte die Wirtschaft völlig lahmzulegen. Die Bauernschaft litt Not. In mehreren Gouvernements herrschte Hungersnot.

Was sollte man zuerst in Angriff nehmen, wie das alles überstehen?

Man begann mit dem

Wichtigsten: mit der Schaffung der Energiewirtschaft, die für eine stabile Volkswirtschaft unentbehrlich ist. Wie lange konnte das dauern? Nach der üblichen Kalkulation 50—100 Jahre. Das ging nicht an. Nach der Kalkulation und den Gesetzen der Revolution mußte es in einem oder in zwei Jahrzehnten geschafft werden.

Also in erster Linie Strom.

Die Elektrifizierung des Landes war schon zwei Jahre vorher zur Sprache gebracht worden, man hatte auch etwas begonnen, da kam der Krieg dazwischen. Anfang 1920 ging die Staatliche Kommission für die Elektrifizierung Rußlands — die GOELRO — an die Arbeit. In 10—15 Jahren sollten in Rußland 30 Kraftwerke mit insgesamt 1,5 Mio kW entstehen. Damit wollte man den Ausstoß der Industrie um 80—100 Prozent ihres Vorkriegsstandes heben. So entstand der erste Wirtschaftsperspektivplan des Sowjetstaates, das erste Projekt für die technische Modernisierung der Industrie.

Lenin nannte den GOELRO-Plan das zweite Parteiprogramm. Darin wurde die Elektrifizierung



als die materielle, die wirtschaftliche Grundlage für den Aufbau des Kommunismus bezeichnet.

Menschen griffen zu Spaten und Hämmern. Im Dezember erging der Beschluß, in der Armee eine Demobilisierung einzuleiten, und zwei Jahre darauf lieferte das Wasserkraftwerk von Kaschi-

ra, das erste laut Plan, Moskau 12 000 kW. Als nächstes lief das Wolchow-Kraftwerk an, und schon bauten die Werke „Roter Putilowez“ in Leningrad und das Lokomotivenwerk in Charkow die ersten 400 Traktoren. Die ersten Glühbirnen, Lenin-Lampen genannt, gaben Rußland Licht.

IN DIESEM HEFT:

2
Wort des Redakteurs

3
PLENUM DES ZK DER KPdSU: RESONANZ
Zdenek Horeni (CSSR),
Rolf Hagel (Schweden),
Akio Kimura (Japan)

5
G. Rjabow. **DIE MIR-STATION
IST WIEDER BEWOHNT**

6
NZ-Umfrage. Auf Fragen der Redaktion
antworten Daisaku Ikeda (Japan), Grigori
Baklanow (UdSSR), Margaret Wilson (Neu-
seeland), Guillermo Toriello Garrido (Gua-
temala), Ranko Petkovic (Jugoslawien)

9
Jeane Kirkpatrick: **"ICH GLAUBE NICHT
AN EINE NUKLEARE ABRÜSTUNG, DOCH..."**

14
W. Shitomirski. **HARTE LEKTIONEN**



Die erste H-Bombe der USA



Ho-chi-Minh-Stadt.
In einer Spezialschule



Freiheitsmonument in Lusaka (Sambia)

16
Informationen, Notizen

18
A. Lebedew. **VOR ZEHN JAHREN UND
HEUTE**

20
N. Sholkwer. **HANDWERK HAT
GOLDENEN BODEN**

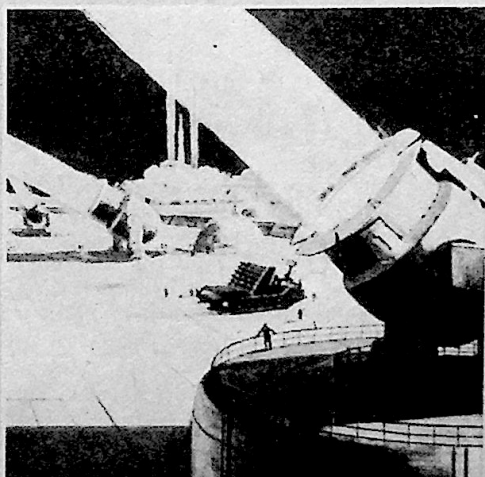
23
N. Reschetnjak. **NICHT VOM KUPFER
ALLEIN**

24
N. Markow. **IM TEUFELSKREIS**

26
A. Schaskolski. **"EINE DER VER-
HÄNGNISVOLLSTEN ENTSCHEIDUNGEN
ALLER ZEITEN"**

30
J. Tawrowski. **SCHAUFENSTER JAPANS**

Titelbild:
Plakat: K. Chotjanowski (UdSSR)



10

**SDI: CHAOS
STATT
STABILITÄT**
Schlagen die USA
einen kosmischen
Schild oder
ein kosmisches
Schwert vor! Warum
entwickelt die UdSSR
keine eigene SDI!
Interview
des Akademiestellvertreters
R. SAGDEJEW,
Direktor
des Instituts
für Weltraum-
forschung
der AdW der UdSSR

NEUE ZEIT

Chefredakteur
V. IGNATENKO

Redaktionskollegium:
L. BESYMENSKI,
S. GOLJAKOW,
J. GUDKOW
[Verantw. Sekretär],
A. LEBEDEV,
A. PIN,
B. PISTSCHIK
[stellv. Chefredakteur],
A. PUMPIANSKI
[stellv. Chefredakteur],
V. TSCHERNJAWSKI
[stellv. Chefredakteur],
V. ZOPPI

UdSSR, vor allem die Wirtschaft, das Beschleunigungsprogramm, die Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus, die Eigenfinanzierung und Selbstverwaltung, die bevorstehende Erörterung des Gesetzentwurfs über den sozialistischen Betrieb durch das ganze Volk.

Die Volkswirtschaft der CSSR wird demnächst die nach 1948 dritte umfassende Reform erleben. Im Verlauf von Experimenten werden deren grundsätzliche Zielsetzungen überprüft. Zur Verbesserung der Warenqualität

ergriff unsere Regierung mehrere Maßnahmen, die denen in der UdSSR ähnlich sind. Dem sozialistischen Unternehmungsgeist wird ein größerer Spielraum gegeben. Im Grunde geht es um die weitere Annäherung unserer Wirtschaft an die sowjetische.

Das Januar-Plenum des ZK der KPdSU gab viele neue Anregungen, die uns helfen werden, die Aufgaben zu lösen, die der XVII. Parteitag der KPTsch unserer Gesellschaft stellte: wie die sozialistische Demokratie noch vertieft

werden kann, wie man die Selbstverwaltung des Volkes noch effektiver entwickelt und die Leninschen Prinzipien der Kaderpolitik in der Praxis verwirklicht.

Der Sozialismus ist schon längst ein internationaler Begriff. Deshalb geht die Bedeutung der Beschlüsse des Januar-Plenums weit über die Grenze der UdSSR hinaus. Darin liegen ihre Macht und ihr Wert: die Macht von Ideen, Anregungen und Beispiel.

Prag

Zunehmendes Vertrauen zu Moskau

Mit unserem Korrespondenten in Japan sprach Prof. Akio Kimura von der Universität Aoyama Gakuin, Tokio

Die Dokumente des ZK-Plenums der KPdSU enthalten viel grundsätzlich Neues. Man könnte sogar sagen, daß kurz vor dem 70. Jahrestag der Oktoberrevolution eine zweite Revolution einsetzt: Insgesamt kommen die Prozesse im Rahmen der Umgestaltung ihrer Tiefe und Breite nach einer Revolution gleich. Der Westen muß seine Vorstellungen von der UdSSR verändern. Besonderes Interesse gilt jetzt dem neuen Mechanismus zur Wahl von Partei-, Verwaltungs- und Wirtschaftsleitern verschiedener Ebenen. Für die Einwohner des Westens, die an den Pluralismus gewohnt sind, ist das in der UdSSR heute bestehende System unverständlich und ruft infolgedessen keine positiven Emotionen hervor. Die Aufstellung von zwei und mehr Kandidaten für einen wählbaren Posten wird nicht nur die Arbeit der leitenden sowjetischen Kader, sondern auch die Auffassung von der UdSSR verbessern. Meine Studenten z. B. kritisieren gerade Ihr gegenwärtiges Wahlsystem am häufigsten. Deshalb empfinden sie die größte Begeisterung für das russische Wort „Glasnost“ (Publizität) und für alles, was im heutigen Rußland damit verbunden ist. Was uns vor allem auffällt, ist die Rückkehr Akademiemitglied Sacharows nach Moskau oder der Beschluß, früher unveröffentlichte Werke, etwa von Boris Pasternak, herauszugeben. Für die Sowjetbürger sind wahrscheinlich die inneren Veränderungen im Lande selbst, die ihren Alltag betreffen, viel wichtiger. Man darf jedoch nicht die Bedeutung jener Aspekte der Publizität unterschätzen, auf die sich die westlichen Massenmedien konzentrieren. Auf den ersten Blick könnte der Eindruck entstehen, die Publizität sei für das Image der UdSSR negativ. In Wirklichkeit ist alles umgekehrt. Publizität erhöht das Vertrauen zu Moskau, dazu, was es sagt und tut. Wenn die Japaner und die Einwohner der

westlichen Länder mehr Vertrauen zu Ihnen fassen, wird niemand Angst vor der Zunahme der wirtschaftlichen und politischen Macht der UdSSR empfinden. Freilich glauben wir, daß die UdSSR eine zu große Militärmacht besitzt...

Wie mir scheint, ist Japan an den Reformen in der UdSSR interessiert. Die

meisten unserer großen Politiker und Geschäftsleute wünschen nicht, daß Japan eine militärische Supermacht mit globalen Plänen wird, deshalb sehen sie im Erstarken der UdSSR keine Bedrohung der eigenen strategischen Interessen. Im Gegenteil, die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft würde es ermöglichen, den Handel mit moderner Technik und Technologie auszubauen und sich nicht mehr auf den Ankauf vor allem von Rohstoffen in der UdSSR zu beschränken. Im Prinzip ist Japan daran interessiert, daß die Welt nach wie vor eine mehrpolige Struktur hat, das aber ist unmöglich, wenn die UdSSR abgeschwächt wird und die USA übermäßig erstarken. Wir möchten in einer Pax Americana nicht gern leben.

Tokio

Um vorwärtszukommen

Interview mit Rolf Hagel, dem Vorstandsvorsitzenden der Arbeiterpartei-Kommunisten Schwedens

In Schweden herrscht reges Interesse für das hochwichtige Plenum des ZK der KPdSU vom Januar, für die radikalen Wandlungen in unserem Land.

Damit begann das Gespräch, das ich mit Rolf Hagel hatte. Er sagte:

„Ohne jeden Zweifel interessiert man sich in Schweden für die jetzigen Vorgänge in Ihrem Land. Jetzt, da sich der Erneuerungsprozeß in der UdSSR beschleunigte, hat dieses Interesse noch zugenommen. Natürlich haben die zahlreichen Friedensinitiativen, die Michail Gorbatschow vorgebracht hat, viel dazu beigetragen.“

„Das Interesse ist doch nicht bei allen gleich lebhaft.“

„Gewiß. Die Fortschrittskräfte nehmen die Wandlungen in der UdSSR begeistert auf. Auch gibt es Leute, die hoffen, daß Sie bestimmte Schwierigkeiten haben werden und daß dann Enttäuschung Platz greifen wird.“

„Mir ist aufgefallen, daß die schwedischen Zeitungen den Meldungen aus Moskau recht viel Platz einräumten, allerdings Kommentare unterließen und nur Michail Gorbatschows Bericht wiedergaben.“

„...Noch dazu so, wie es ihnen paßte“, warf Rolf Hagel ein. „Die Zeitungen haben alles weggelassen, was auf dem Plenum an Positivem und Konstruktivem gesagt worden ist. Sie reißen die Kritik aus dem Zusammenhang, die ja wirklich scharf und objektiv ist, verschweigen dagegen, daß Gorbatschow von der bereits geschaffenen Grundlage, von dem Fundament sprach, von dem aus man schnell vorwärtskommen muß. Alle Fortschrittskräfte unseres Landes, besonders wir Kommunisten, müssen alles tun, um die volle Wahrheit über das Plenum, das man sowohl epochal als auch revolutionär nennen kann, an die Menschen heranzutragen.“

NZ-Sonderkorrespondent

Stockholm

Die Mir-Station ist wieder bewohnt

Dieser Tage umfliegen zwei sowjetische Kosmonauten — der zweifache Held der Sowjetunion Juri Romanenko als Kommandant und Bordingenieur Alexander Lawejkin — die Erde.

Sie starteten am 6. Februar mit Sojus TM 2 und dockten am 8. Februar an den Orbitalkomplex Mir/Progress 27 an.

Der Name des Kommandanten ist Millionen Menschen wohlbekannt. Er ist 42. Seinen ersten 96 Tage langen Flug führte Romanenko 1977/78 mit Sojus 26 und mit der Raumstation Salut 6 durch. Den zweiten Flug vollführte er 1980, als er eine sowjetisch-kubanische Besatzung leitete. Der 35jährige Bordingenieur Alexander Lawejkin ist erstmals im Weltraum. Nachdem er 1974 die Moskauer Technische Bauman-Hochschule absolviert hatte, erhielt er eine Stellenzuweisung in ein Konstruktionsbüro, das sich mit der Projektierung von Raumtechnik befaßt. Zur Kosmonautenabteilung gehört er seit 1978. Jetzt wurde er der 61. sowjetische Kosmonaut und der 200. Raumfahrer der Welt.

„Ich hatte stets Glück mit meinen Partnern“, sagte Romanenko bei einem Treffen mit Journalisten vor dem Start. Sein Sinn für Humor, seine Güte und sein Fleiß machen ihn so sympathisch. Außer der

Raumtechnik beherrscht er das Strahlflugzeug L 29. Er hat ein ausgezeichnetes Reaktionsvermögen, orientiert sich gut an den Armaturen. Leicht gewöhnte er sich an das Arbeitsregime der Mannschaft.

Die „Taimyrs“ (so das Funkzeichen der Mannschaft) werden Monate in der Raumstation leben. Was sind ihre Aufgaben?

Die ersten Arbeitstage der Besatzung erinnern an die üblichen Dinge, die beim Einzug in eine neue Wohnung zu bedenken sind. Romanenko und Lawejkin akklimatisieren sich in der Raumstation, gewöhnen sich an die Schwerelosigkeit, bereiten Geräte und Anlagen auf die Arbeit vor, befassen sich mit der Entkonservierung der Bordsysteme der Mir-Station. Sie haben den angedockten Raumfrachter Progress 27, der Treibstoff, Anlagen und Geräte brachte, zu entladen.

„Viele Forschungsvorhaben stehen an“, berichtete Lawejkin auf der Pressekonferenz. „Die Mir-Station ist ein komplizierter Mechanismus, und jetzt fliegt sie in vereinfachter Ausführung. Sie muß zusätzlich mit Anlagen und Geräten ausge-

rüstet werden. Von den sieben Computern der Station funktioniert bislang nur einer. Auch die anderen müssen in Betrieb genommen werden. Wir werden die Montage zu Ende führen. Das ist interessant, doch nicht einfach. Überdies sind die dynamischen Kennlinien zu konkretisieren.“

„Wir haben uns auf die Durchführung auch medizinisch-biologischer Experimente vorbereitet“, fügt Romanenko hinzu. „Insbesondere werden wir Veränderungen der Blutzusammensetzung beobachten. Wir haben gelernt, einander Blut zu entnehmen und es zu untersuchen.“

Die Kosmonauten werden bei dem Flug auch die Erprobung des vervollkommenen Raumtransporters der Sojus-TM-Serie im bemannten Regime fortsetzen. Sojus TM 2 ist ebenso wie die Mir-Station ein Raumschiff einer neuen Serie, entwickelt auf der Grundlage von Sojus T.

„Die jetzige Besatzung erwarten große Aufgaben“, betonte der stellvertretende Flugleiter Viktor Blagow. „Ende Juli wird in der Mir-Station ein sowjetisch-syrisches Team eintreffen, das ein umfassendes Forschungsprogramm zu absolvieren hat. Alles muß getan werden, damit die Besuchsmannschaft sofort an der Arbeit teilnehmen kann. Die Möglichkeiten der Mir-Station sind noch nicht vollständig genutzt. Sie ist nicht nur eine Orbitalstation, sondern ein Basisblock, auf dessen Grundlage ein bemannter Vielzweckkomplex entstehen wird. Allmählich soll die Station mit Spezialmodulen ausgerüstet werden. Romanenko und Lawejkin werden als erste einen astrophysikalischen Modul erhalten und die Arbeit mit ihm beginnen. Unter den komplizierten Anlagen des Raumobservatoriums sind vier Röntgenteleskope, die von Wissenschaftlern der UdSSR, Hollands, der BRD und Großbritanniens entwickelt wurden.“

Bereits elf internationale Besatzungen flogen mit sowjetischen Raumschiffen und Orbitalstationen. Jetzt sind Vertreter Syriens, Frankreichs und Bulgariens im Zentrum für die Kosmonautenausbildung. 1987–1988 werden sie in einer Mir-Orbitalstation der dritten Generation arbeiten. Bei dem Start von Sojus TM 2 auf dem Kosmodrom Baikonur waren die sowjetisch-syrische Stamm- und die Ersatzmannschaft zugegen. Die syrischen Kosmonautenanwärter Mohammed Faris und Mounir Habib machten sich mit dem Kosmodrom bekannt, besuchten den Montageturm, die Startrampe. Sie sprachen mit den „Taimyrs“ über die künftige gemeinsame Arbeit in der Mir-Station.

„Wir wünschen Juri Romanenko und Alexander Lawejkin einen guten Flug“, sagte Mohammed Faris. „Auf Wiedersehen in der Mir-Station und dann wieder auf der Erde.“

G. RIABOW

Die Kosmonauten bewohnen die Station

Foto: TASS





IST EINE KERNWAFFENFREIE WELT MÖGLICH UND WIE STELLEN SIE SICH DIE GRUNDLAGEN DER INTERNATIONALEN STABILITÄT VOR?

Daisaku Ikeda:

ZEIT FÜR EINE „DIPLOMATIE DER VÖLKER“

Daisaku Ikeda ist Vorsitzender der größten religiösen Organisation Japans, der Soka gakkai (Gesellschaft für Wertungen), die 10 Millionen japanische Buddhisten erfaßt. Ihre politische Sachwalterin ist die 1964 gegründete oppositionelle Komeito-Partei

Dieses Jahr begeht unsere Organisation den 30. Jahrestag der Deklaration über ein Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen, die von Josei Toda, dem zweiten Präsidenten der Soka gakkai, eingebracht wurde. Schon vor 30 Jahren standen die USA und die UdSSR in scharfer militärischer Rivalität zueinander. Josei Toda sah eine weitere Verschärfung der West-Ost-Konfrontation voraus. Er verurteilte die Atom- und Wasserstoffwaffen als absolutes Übel, das das Recht des Menschen auf sein Leben bedroht. Er hat uns die Mission hinterlassen, diese Idee über die ganze Welt zu verbreiten.

Einer Theorie zufolge ist die Kernwaffe nur eine neuerlich perfektionierte konventionelle Waffe. Von dieser Theorie muß man abrücken. In Wirklichkeit kann die Kernwaffe in der Geschichte der Menschheit eine tödliche, apokalyptische Rolle spielen. Darum muß man sich völlig neu zu dieser Waffe stellen. Wie? Man muß das übliche Argument der „Staatsinteressen“ aufgeben und für die Interessen der Menschheit sorgen. Die Kernwaffe zwingt uns mit ihrer kolossalen Vernichtungspotenz zu dieser Wahl, selbst wenn einer sie nicht treffen will.

Ich bin grundsätzlich gegen jeden Krieg, denn ich halte das Menschenleben für das Wertvollste, das stets geachtet werden muß. Wenden wir uns der Geschichte zu, so sehen wir, daß die Menschen noch unlängst den Krieg als Mittel zur Wahrung der Interessen ihres Staates ansahen und um jeden Preis siegen wollten. Vor dem Anbruch der Weltkriegsepoche war diese simple Einstellung noch irgendwie begründet. Die beiden Weltkriege haben jedoch gezeigt, daß ihr beliebiger Ausgang —

ob Sieg oder Niederlage — bei allen beteiligt gewesenen Völkern unheilbare Wunden hinterläßt. Das Entstehen der Kernwaffen hat diese Schlußfolgerung zum Axiom gemacht.

Auf der Erde gibt es 50 000 Atom- und Wasserstoffbomben, obwohl ein paar hundert ausreichen würden, die Menschheit an den Rand des Untergangs zu bringen. In Ost und West gibt es Politiker, die man das Gewissen des Volkes nennen kann. Nicht von ungefähr warnen sie wie aus einem Munde, daß nach einem Kernwaffenkrieg ein „nuklearer Winter“ eintreten und alles Leben abtöten wird. Aber auch nicht zum Einsatz gebracht, schaden die Kernwaffen, denn sie schwächen die Nuklearmächte durch ihre ungeheuren Kosten. Somit lehren uns die Kernwaffen, daß die Menschheitsinteressen den Staatsinteressen nicht zuwiderlaufen, sondern sie, im Gegenteil, in sich einbeziehen. Wenn wir nicht den globalen Standpunkt vertreten, dann können wir die Interessen des eigenen Volkes und des eigenen Landes nicht recht verstehen.

Am 15. Januar v. J. brachte Michail Gorbatschow den Plan vor, die Kernwaffen bis zum Ende des jetzigen Jahrhunderts in drei Stadien zu vernichten. Er sagte: „Statt die nächsten 10–15 Jahre für die Entwicklung von neuen, für die Menschheit höchst gefährlichen Waffen im Weltraum zu vergeuden, die die Kernwaffen angeblich überflüssig machen, wäre es doch vernünftiger, mit der Vernichtung dieser Waffen selbst zu beginnen und sie letztlich auf Null zu reduzieren.“ Ich möchte diesem völlig neuen und außergewöhnlich mutigen Vorschlag, der der Notwendigkeit entspricht, zu den Problemen von Krieg und

Frieden einen anderen Standpunkt einzunehmen, so nachdrücklich wie nur möglich beipflichten. Vom rein Staatlichen zum Allgemeinmenschlichen!

Was die Wege zur Ausführung dieses Vorschlags betrifft, so müssen sie in der UdSSR und in den USA je nach der konkreten Situation gebahnt werden. Ich möchte mich da nicht einmischen, wünsche aber beiden Ländern von ganzem Herzen ersprießliche Bemühungen. Mir scheint, zu diesen gehört auch das sowjetische Moratorium für sämtliche Nukleartests, das dem Sinn der Vorschläge Michail Gorbatschows entspricht. Deshalb ist es so schade, daß das Gipfeltreffen in Reykjavik keine greifbaren Resultate gezeitigt hat. Ich habe wiederholt zu solchen Treffen aufgerufen, da ich sie für dringend und äußerst wichtig halte. Auch in Moskau, wo ich vor sechs Jahren war, habe ich mit sowjetischen Spitzenpolitikern darüber gesprochen.

Vor Reykjavik war Genf. Dessen Frucht ist die gemeinsame Erklärung, daß ein Sieg in einem nuklearen oder konventionellen Krieg unmöglich ist und daß UdSSR und USA die Versuche aufgeben sollen, die militärische Überlegenheit zu erlangen. Mag diesem Treffen auch kein Erfolg beschieden gewesen sein, so muß man doch einsehen, daß in für die Menschheit so wichtigen Angelegenheiten nichts mit einem Schlag erledigt wird. Wichtig ist, daß die UdSSR und die USA auf Reykjavik nicht mit einer verstärkten Spannung in ihrem Verhältnis zueinander reagiert haben. Noch wichtiger ist es, daß der Generalsekretär und der Präsident bei den Verhandlungen einer endgültigen Vereinbarung sehr nahe kamen. Reagan willigte ein, die strategischen Angriffswaffen im Laufe von 10 Jahren restlos zu vernichten zu lassen, und Gorbatschow ergänzte diesen Vorschlag durch die Aufforderung, die Kernwaffen und alle ihre Träger restlos zu vernichten. Diese Annäherung in Reykjavik berechtigt zum Optimismus, zur Hoffnung auf einen Erfolg weiterer Treffen und Verhandlungen. Sollte auch beim nächsten Treffen keine gemeinsame Sprache gefunden werden, so muß man sich noch einmal, noch zehnmal, noch Dutzende Mal treffen. Nach Beilegung der Differenzen muß man das höchste

Ziel anstreben: das Wohl der Menschheit.

Denken wir an die Worte Rabindranath Tagores: "Das Mögliche fragte das Unmögliche: 'Wo wohnst du?' — 'In den Träumen derer, die ihre Geistesstärke verloren.'"

Ich meine, daß es zur Fortsetzung des Gipfelgesprächs darauf ankommt, die Geistesstärke nicht zu verlieren. Schöpfen soll man sie aus der Erkenntnis der Interessen der Menschheit, aus der Erkenntnis, wie edel es ist, Frieden zu stiften.

Für den Erfolg des Dialogs besteht ein ernstliches Hindernis: das gegenseitige Mißtrauen. Man muß es auf verschiedenen Wegen beheben. Dazu gibt es die schnurgerade Hauptstraße. Ein Beispiel: Sagen wir einmal, in Westeuropa mache man sich darüber Sorgen, daß die UdSSR und die anderen Länder Osteuropas nach einer restlosen Vernichtung der

Kernwaffen bei den konventionellen Waffen die Überlegenheit erlangen werden. Ich will nicht sagen, daß die Befürchtung berechtigt ist, aber sie besteht. Man könnte sie auf der "Hauptstraße" zerstreuen, nämlich die Liste der zu vernichtenden Kernwaffen mit einer entsprechenden Reduzierung der konventionellen Waffen ergänzen. Es gibt aber auch Umwege. Zu diesen rechne ich die "Volksdiplomatie", will sagen den großangelegten Austausch in Wissenschaft, Kunst, Sport und Fremdenverkehr. Diese Diplomatie kann eine genauso große Rolle wie ein Gipfeltreffen spielen. Sie würde zur Verständigung verhelfen und Sicherheit garantieren. Durch die Entwicklung des Verkehrs, der Kommunikationsmittel und Medien wird die "Volksdiplomatie" allmählich immer größere Bedeutung erlangen. Ihre Zeit, ihre Epoche ist gekommen. ■

stellen nichts anderes dar als das technisch vollkommenste Überbleibsel aus rauen Zeiten, jener Denkart vergangener Jahrhunderte und Jahrtausende, da im internationalen Leben Faustrecht herrschte. Trotzdem wird mancherorts davon geträumt, diese Waffen im Weltraum zu stationieren. Sie sollten über dem Erdball schweben... Dann würden im Falle eines unvorhersehbaren Versagens nur noch 30 Sekunden die Menschheit von Tod und Verderben trennen.

Soziale und ökonomische Voraussetzungen vergangener Kriege sind erforscht. Ich möchte auf etwas anderes aufmerksam machen. In welchem Verhältnis stehen die ehrgeizigen Absichten eines Menschen oder einer Gruppe von Menschen zum Überleben der ganzen Gattung Mensch? Indessen sinnieren Kommentatoren von Presse, Funk und Fernsehen gelassen darüber, wie die kommenden Präsidentschaftswahlen in den USA das Problem der nuklearen Abrüstung, das SDI-Programm usw. beeinflussen würden...

Was bedeutet das SDI-Programm heute? Unter anderem bedeutet es, daß Menschen das Recht, über ihr Geschick zu entscheiden, Computern überlassen. Dabei gibt es keine Erfahrungen aus der Vergangenheit, und niemand kann mit Sicherheit sagen, wie sich auf eine Umlaufbahn gebrachte Weltraumwaffen verhalten. Wenn etwas Unvorhergesehenes, Unberechenbares geschieht, wird es nicht mehr möglich sein, das Ganze abzubrechen oder etwas zu ändern.

Kernwaffen dürfen keine Grundlage internationaler Stabilität darstellen. Sie haben der Menschheit keine Garantien gegen sogenannte kleine Kriege gebracht. Und in diesen "kleinen" Kriegen sind in den vergangenen 40 Jahren 25 Millionen Menschen umgekommen. Die Welt mit Kernwaffen ist wie Dauerseilanz über dem Abgrund.

Ich glaube, daß nicht die Perfektionierung von Waffen und die Entwicklung neuer Waffenarten die Grundlage der internationalen Sicherheit bilden sollen, sondern die Entwicklung einer neuen Denkart, die Erkenntnis, daß die Menschheit durch nukleare Waffen an den Rand der Selbstvernichtung gebracht worden ist. ■

Grigori Baklanow: NEUES DENKEN STATT NEUER WAFFEN

Grigori Baklanow ist sowjetischer Schriftsteller und Chefredakteur der Zeitschrift "Snamja"

Ist eine Welt ohne Kernwaffen möglich? Die Welt kannte jahrhundertlang keine Kernwaffen. Es gab dabei auch keine internationale Stabilität. Die relativ kurzen friedlichen Perioden stellten eigentlich keinen echten Frieden dar, sondern eher die Vorbereitungsphase für neue Kriege: Alte Bündnisse gingen in Brüche und neue kamen auf. Es wurde aufgerüstet, um ungelöste und entstehende Gegensätze gewaltsam aufzuheben.

So waren beispielsweise die Einwohner von Pisa und Florenz auf Leben und Tod verfeindet. Unvorstellbar, daß man so viel Haß gegeneinander hegen kann. Doch das Leben ging weiter, und heute mutet ihre Fehde nur noch unsinnig an. Der Fall gehört der Geschichte an, der Vergangenheit. Und hier ein Beispiel, das in der Erinnerung unserer Generation noch lebendig ist. Wir kamen auf die Welt, als in Rußland der Bürgerkrieg zu Ende ging und die Intervention gegen unser Land abgewehrt wurde. Wir wurden gerade eingeschult, als italienische Faschisten Abessinien überfielen. Seitdem war das Thema Krieg in den Zeitungen präsent. Der deutsche und der italienische Faschismus veranstalteten eine Kraftprobe in Spanien. Danach folgte der Anschluß Österreichs und die Besetzung der Tschechoslowakei. Dann brach der zweite Weltkrieg aus. In der ganzen Zeit davor hat man über ihn gesprochen und geschrieben. Man dachte, er sei unausweichlich. Heute, nach all dem Leid, das er der Menschheit gebracht hat, haben wir allen Grund zu sagen, daß er gar nicht unausweichlich gewesen ist. Es hätte jenen Krieg nicht gegeben, wenn es allen

nichtaggressiven Staaten gelungen wäre, übereinzukommen.

Gegenwärtig herrscht die Meinung vor, daß es in einem Kernwaffenkrieg keine Sieger geben wird. Ist aber ein Sieg unmöglich, dann ist dieser Krieg sinnlos. Der Krieg ist auch aus dem Grund unzulässig, weil er einen allgemeinen Holocaust bedeutet. Inzwischen wissen das alle. Ein weiterer Umstand: Kernkraftwerke machen das Land, in dem sie stehen, zu einer Geisel. Wozu noch Nuklearraketen, A- und H-Bomben, wenn es genügt, mit konventionellen Bomben die KKWs zu zerstören, um ein Land kampfunfähig zu machen. Wir konnten uns davon überzeugen, daß die Beseitigung der Folgeschäden nur eines Reaktorunfalls im KKW Tschernobyl selbst in Friedenszeiten mit immensen Schwierigkeiten verbunden ist.

Wenn man das Ganze nüchtern betrachtet, sind Atomwaffen überlebt. Sie

Margaret Wilson:

ANGST VOR UNBEKANNTHEIT?

Margaret Wilson ist Vorsitzende der Labour Party Neuseelands

Wir müssen fest daran glauben, daß eine kernwaffenfreie Welt möglich und erreichbar ist. Doch muß man sich darüber im klaren sein, daß der Weg dazu nicht leicht ist. Man darf die Schwierigkeiten auf diesem Weg nicht unterschätzen.

Neuseeland ist ein kleines Land, bei der Verwirklichung unserer antinuklearen Politik hängen wir in bestimmtem Maße von der Haltung der Kernwaffenmächte

ab. Wir haben es kernwaffenbestückten und atomgetriebenen Schiffen verboten, unsere Häfen anzulaufen. Gemeinsam mit anderen Staaten der Region haben wir den Vertrag über eine kernwaffenfreie Zone im Südpazifik - den Rarotonga-Vertrag - unterzeichnet. Aber seine Realisierung erfordert ein entsprechendes Handeln der Nuklearmächte. Deshalb wissen wir es zu schätzen, daß die UdSSR als

erste der Nuklearmächte die Protokolle 2 und 3 zum Rarotonga-Vertrag unterzeichnete und so ihre Bereitschaft bekundete, den kernwaffenfreien Status der Zone zu respektieren.

Der Südpazifik ist nicht die erste kernwaffenfreie Zone auf der Erde, und das ist ein Argument mehr dafür, daß die Welt ohne Kernwaffen sehr wohl auskommen kann. Die Frage der Stabilität in einer kernwaffenfreien Welt scheint mir allerdings die schwierigste zu sein, vor allem in psychologischer Hinsicht. Sehr viele Menschen haben Angst vor revolutionären Wandlungen, Angst vor Unbekanntem. Unsere antinukleare Politik und die umfassenden zahlreichen Friedensinitiativen der UdSSR müssen weithin propagiert werden. Es darf nicht sein, daß sie nur Gegenstand politischer Ver-

handlungen bleiben. Man muß allen Völkern von ihnen erzählen, damit alle Menschen sie erörtern können.

Unsere Partei glaubt an nukleare Abrüstung. Wir erwägen die Einrichtung eines Abrüstungsministeriums. Ein solcher Beschluß wäre sowohl für konkrete Aktivitäten gegen den Krieg als auch für das gesellschaftliche Bewußtsein des Landes relevant.

Wir haben auch ein anderes Projekt, das uns nicht minder wichtig scheint: ein Institut für Friedensforschungen zu gründen. Es hätte die Aufgabe, zur Erziehung der Kinder im Geiste des Protestes gegen Krieg und Kernwaffen beizutragen. Finanziert werden sollte das Institut aus den Mitteln, die uns Frankreich als Entschädigung für die Versenkung der „Rainbow Warrior“ zahlen muß.

Guillermo Toriello Garrido:

KERNWAFFENFREIE ZONEN FÜHREN IN DIE ZUKUNFT

Guillermo Toriello Garrido ist Vorsitzender des Lateinamerikanischen antiimperialistischen Tribunals, Vizepräsident des Weltfriedensrates und ehemaliger Außenminister Guatemalas (in der Regierung von Jacobo Arbenz).

Ist eine kernwaffenfreie Welt möglich? Ich bin davon überzeugt, daß sie möglich ist.

Als Vorsitzender des Lateinamerikanischen antiimperialistischen Tribunals möchte ich klar und deutlich sagen: Der Kampf für Frieden und Abrüstung, für die Beseitigung der Nuklearwaffen ist zugleich auch antiimperialistischer Kampf.

Ein wichtiger Weg zu einer kernwaffenfreien Welt ist meiner Meinung nach die Schaffung von kernwaffenfreien Zonen. Wir Lateinamerikaner können darauf stolz sein, daß gerade bei uns damit begonnen wurde, den Status solcher Zonen völkerrechtlich festzuschreiben. Vor 20 Jahren, im Februar 1967, unterzeichneten 14 Länder des Kontinents den Vertrag über das Verbot der Nuklearwaffen in Lateinamerika. Dieses Dokument ist als „Vertrag von Tlatelolco“ in die Geschichte eingegangen. Seitdem haben sich ihm die weitaus meisten

Staaten des Kontinents angeschlossen. Im Westen schließt an die lateinamerikanische Zone der kürzlich ebenfalls für kernwaffenfrei erklärte Südpazifik an.

Auf Vorschlag des größten lateinamerikanischen Staates, Brasiliens, verabschiedete die jüngste UNO-Vollversammlung eine Resolution, die den Südatlantik in eine Zone des Friedens und der Zusammenarbeit verwandelt. Erfreut kann man konstatieren, daß diese Initiative die Unterstützung einer Reihe lateinamerikanischer und afrikanischer Atlantik-Anrainerstaaten gefunden hat. Jetzt ist diese Resolution mit Leben zu erfüllen.

Wenn man ferner den Vertrag von 1959 berücksichtigt, der Kernwaffen in der Antarktis ächtet, dann ist fast die gesamte südliche Hemisphäre zu einer riesigen völlig kernwaffenfreien Region geworden oder kann es in naher Zukunft werden. Das erlaubt es natürlich, mit Optimismus in die Zukunft zu schauen.

Ranko Petkovic:

AUS DEM LABYRINTH HERAUSKOMMEN

Ranko Petkovic ist Chefredakteur der jugoslawischen Zeitschrift „Medjunarodna Politika“

Das 20. Jahrhundert ist als eine Epoche globaler Kriege in die Geschichte der Menschheit eingegangen. Als es begann, entflammte der erste und bald darauf der zweite Weltkrieg. Danach entstand die Hoffnung, daß ein dritter Weltkrieg verhindert werden könnte. Nicht weil die Schrecken der beiden globalen Konflikte

die Politiker, die über Krieg und Frieden entscheiden, belehrt hätten. Nicht weil das ewige Streben der Völker danach, in Frieden miteinander zu leben, endlich die Oberhand gewonnen hätte. Die Hoffnung entstand eher deswegen, weil die Kernwaffen das traditionelle Wesen des Krieges verändert haben.

Heute darf er nicht mehr die Fortsetzung der Politik sein, wie er es noch gestern war.

Wird der Weltfrieden vielleicht nicht doch durch Kernwaffen garantiert? Keineswegs, obwohl nukleare Waffen in der gegenwärtigen Auseinandersetzung eine Doppelfunktion wahrnehmen: Sie verhindern, daß ein Krieg entfesselt wird, weil sie die Sinnlosigkeit eines Krieges deutlich erkennen lassen; andererseits aber drohen sie der Welt mit einem allgemeinen Untergang, falls diese Waffen als „rettender Erstschlag“ eingesetzt würden.

Es gibt einen Ausweg aus diesem verhängnisvollen Labyrinth, und zwar die Beseitigung der Kernwaffen als erster Schritt in Richtung auf allgemeine und vollständige Abrüstung unter internationaler Kontrolle.

Dieses Ziel sollte man nicht als illusionär und utopisch abtun. Die neuen Technologien, mit denen die Menschheit ins 21. Jahrhundert geht, stellen uns vor ein Dilemma: Entweder werden wir die Technik langsam der Vernunft unterstellen und Bedingungen für einen festen Weltfrieden schaffen oder die Menschheit stürzt sich ins Chaos der Selbstvernichtung.

Die größten Denker der Vergangenheit, angefangen bei Thomas von Aquino bis hin zu Thomas More und Immanuel Kant, haben von friedlichem Gedeihen als Gegenstück zum Wahnsinn des Krieges geträumt. Historische Bedingungen, damit allgemeiner Frieden herrscht, waren allerdings auch dann noch nicht herangereift, als der Völkerbund und die UNO gegründet wurden, obwohl diese internationalen Organisationen gleich in den ersten Tagen ihres Bestehens den Krieg unter Verbot stellten und ihn als Verbrechen gegen die Menschheit verurteilten. Die stürmische Entwicklung der Technik, deren unvernuñfziger Einsatz katastrophale Folgen nach sich ziehen kann, hat erstmalig in der Geschichte einen allgemeinen Frieden um jeden Preis zur unerläßlichen Bedingung für das Weiterbestehen alles Lebenden auf der Erde gemacht.

Die ersten Anzeichen historisch neuen Denkens waren bei den Gesprächen zwischen Generalsekretär Michail Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan in Genf zu spüren. Beide Politiker stellten fest, daß ein Kernwaffenkrieg nicht gewinnbar ist und daß es sinnlos ist, nach militärischer Oberlegenheit zu streben.

Die Bewegung der Nichtpaktgebundenen, der auch Jugoslawien angehört, setzt sich für allgemeine und vollständige Abrüstung ein, vor allem für ein unverzügliches Verbot nuklearer Waffen. Die Blockfreien begrüßen alle Schritte, die auf die Verwirklichung dieses Ziels gerichtet sind, bringen den UdSSR-Friedensinitiativen und -vorschlägen lebhaftes Interesse entgegen und unterstützen sie.

Ob eine Welt ohne Kernwaffen möglich ist? Die kategorische Antwort: Wenn nukleare Waffen nicht verboten werden, wird es keine Welt geben.

Ich glaube nicht an eine nukleare Abrüstung, doch...

Prof. Jeane Kirkpatrick, ehemalige Ständige Vertreterin der USA in der UNO, antwortet auf Fragen unseres Korrespondenten.



Kaum ein Politiker oder eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens verwirft heute die Idee der vollständigen Beseitigung der Kernwaffen. Was aber die Fristen, die Methoden der Beseitigung und erst die Wege zur Sicherheit im Nuklearzeitalter betrifft, so gibt es manchmal mehr Meinungen als Leute, die sie äußern. Was denken Sie über die Möglichkeit einer Beseitigung der Nuklearwaffen?

Ja, es heißt bisweilen, Professoren seien Leute, die nicht so denken, wie die anderen. Ich habe diesbezüglich meine eigenen Gedanken. Meiner Meinung nach ist eine nukleare Abrüstung nicht unausweichlich. Ich bin nicht einmal davon überzeugt, ob es überhaupt dazu kommen wird. Es ist wenig wahrscheinlich, daß in der Welt irgendwann einmal das eintreten wird, was als nukleare Abrüstung bezeichnet wird.

Lassen wir für einen Augenblick die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen beiseite. Gegenwärtig sind sechs, acht, zehn oder gar zwölf Länder, außer der UdSSR und den USA, in der Lage, Nuklearwaffen zu erzeugen, einige von ihnen haben auch Trägermittel, darunter Interkontinentalraketen. Deshalb glaube ich nicht, daß man die nuklearen Waffen einfach wieder verschwinden lassen kann. Zugleich ist meiner Meinung nach die Möglichkeit einer realen, wesentlichen, ich würde sogar sagen, grundlegenden Reduzierung der Nuklearwaffen der USA und der UdSSR gegeben. Und dieser Prozeß könnte schon heute beginnen. Wir Amerikaner meinen, daß der Abschluß von Abkommen über die Fragen,

über die sich die Seiten in Reykjavik einigten, ein guter Anfang wäre.

Ich glaube nicht, daß zwischen uns ein Abkommen erreicht wird, dem zufolge die USA auf die Strategische Verteidigungsinitiative verzichten würden. Wir gedenken das nicht zu tun. Unterdes würde sich, wie mir scheint, der Präsident bereit erklären, wie das in Reykjavik vorgeschlagen wurde, die Stationierung einiger raumgestützter Elemente des Raketenabwehrsystems für zehn Jahre zu verschieben. Doch meiner Meinung nach gibt es reale Möglichkeiten für den Abschluß verschiedener Abkommen über die Mittelstreckenraketen, die ballistischen Interkontinentalraketen und, durchaus wahrscheinlich, über die Beendigung der unterirdischen Nukleartests. So meine ich, daß wir einen Kreis von Fragen haben, wo Abkommen in nächster Zukunft möglich sind.

Befriedigt Sie der jetzige Stand der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen? Wenn nicht, welche Wege zu deren Verbesserung sehen Sie dann?

Die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR sind nicht so gut, wie es wünschenswert wäre. Doch sie sind auch nicht allzu schlecht. Es gibt einen wichtigen und sehr positiven Aspekt: Zwischen den USA und der UdSSR gab es nie einen Krieg, auch nicht in den vergangenen 40 Jahren, in denen wir in gewissem Sinne Rivalen, Gegner oder etwas Ähnliches waren.

So ist es die Aufgabe Nr. 1, die Zuversicht zu erlangen, daß sich die Beziehungen zwischen unseren Ländern

nicht verschlechtern werden. Sie zu verbessern, wäre jetzt nicht nur möglich, sondern auch notwendig. Ein großer Nutzen davon wäre meiner Meinung nach die Freistellung bedeutender Rüstungsausgaben, die in unseren Ländern und in anderen Erdteilen sinnvoll eingesetzt werden könnten. Wie werden wir das erreichen? Durch ständige gemeinsame Anstrengungen. Grundlegende Veränderungen in unseren bilateralen Beziehungen sind wenig wahrscheinlich. Doch durchaus möglich sind Fortschritte bei der Zusammenarbeit an gewissen Projekten in der UdSSR und den USA, bei Fragen der Abrüstung, bei Projekten zur Bekämpfung des Hungers, gemeinsamen Weltraumprogrammen und in vielen anderen Bereichen. Wir können auch im Bereich des Austauschs mehr tun - und so Schritt für Schritt unsere Beziehungen wesentlich verbessern. Wir und die ganze übrige Welt werden davon nur gewinnen.

Sehen Sie positive Veränderungen in den internationalen Beziehungen?

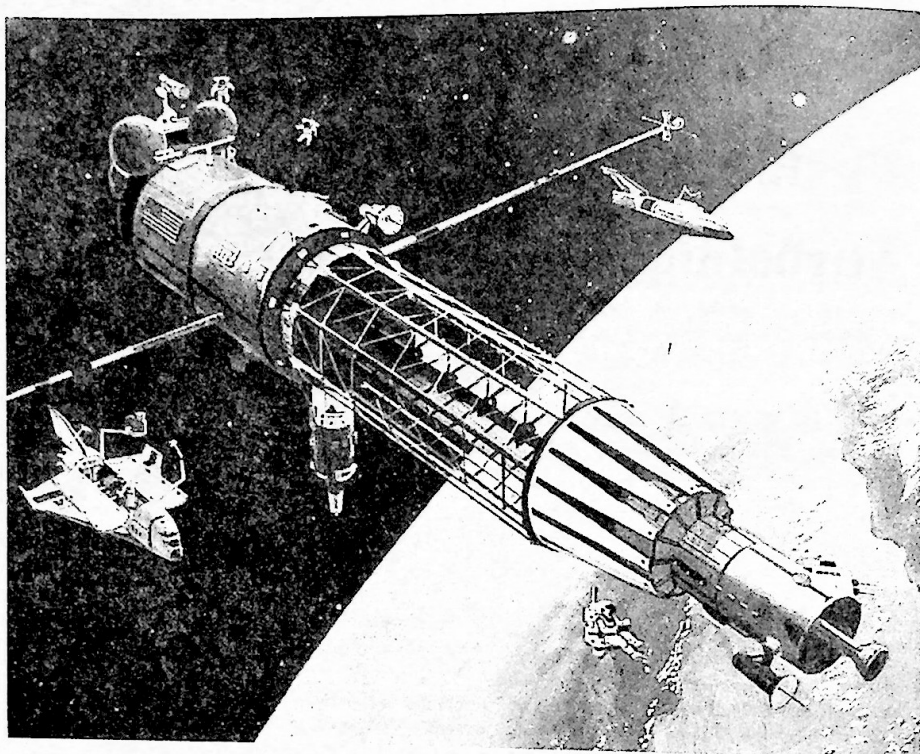
In den internationalen Beziehungen sehe ich nicht so viele positive Veränderungen, wie ich möchte. Doch einiges ist deutlich. Ich sprach mit einem sowjetischen Professor, und wir erinnerten uns an die gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Bemühungen in der UNO um Lebensmittellieferungen nach Äthiopien, zu einer Zeit, da der Hunger in diesem Land seinen schrecklichen Höhepunkt erreicht hatte. Wir arbeiteten damals gut zusammen. In der UNO gibt es Programme, bei denen die USA und die UdSSR erfolgreich zusammenwirkten. Diese Tatsachen aus meinen persönlichen Erfahrungen zeigen, daß wir zusammenarbeiten können, und wenn wir zusammenarbeiten, dann erreichen wir gewöhnlich das, was wir uns vornehmen.

Ich meine, das markanteste Beispiel für die amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit ist der zweite Weltkrieg. Er demonstrierte, daß wir, wenn wir gemeinsam handeln, große Aufgaben bewältigen können. Jetzt gibt es einen weiten Kreis wissenschaftlicher, kultureller, künstlerischer und anderer Fragen, bei denen wir unverzüglich die Zusammenarbeit aufnehmen könnten. Aktiver ist nach Menschen und politischen Möglichkeiten im UNO-Rahmen zu suchen, die beiden Seiten zusagen würden.

In Rüstungsfragen ist wie in allen anderen Bereichen der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen ein allmählicher gemeinsamer Fortschritt notwendig.

Das Interview nahm
J. ANDRIANOW

Was offerieren
die USA -
einen kosmischen
Schild
oder ein kosmisches
Schwert?
Warum entwickelt
die UdSSR
nicht ihre
SDI-Variante?
Auf diese
und andere Fragen
der NZ-Korrespondenten
Jewgeni Andrianow
und Leonid Mletschin
antwortet
der Direktor des Instituts
für Raumforschung
der AdW der
UdSSR,
Akademienmitglied
Roald
SAGDEJEV



„Strategische Verteidigungsinitiative“: CHAOS STATT STABILITÄT

Den Briefen, die die Redaktion erhält, zufolge ist nicht all unseren Lesern klar, warum die Sowjetunion SDI ablehnt. Die Anhänger dieser Idee verteidigen sie mit sehr attraktiven Argumenten: Sie behaupten, so könne man die Welt von Nuklearwaffen befreien und Stabilität auf einem niedrigen Stand gewährleisten, SDI bedrohe niemanden - sie sei vielmehr ein Schild, diene der Verteidigung...

Warum ist SDI erforderlich? Sie soll vor angreifenden Nuklearraketen schützen, doch Reykjavik hat die Möglichkeit gezeigt, solche Raketen zu beseitigen. Die prinzipielle Zustimmung beider Seiten zur praktisch vollständigen Beseitigung der strategischen Nukleararsenale läßt SDI absurd werden. Stellen wir uns vor, daß die Arsenale beseitigt sind und eine Seite ein solches System stationiert. Dann werden wir mit einer jähen Verletzung des strategischen Gleichgewichts konfrontiert.

Wie sieht das in der Praxis aus? Worin liegt die Verletzung des Gleichgewichts?

Nehmen wir eines der SDI-Szenarios, für die sich Edward Teller stark macht (übrigens sei gesagt, daß die Unterstüt-

zung für dieses Szenario einer der Gründe war, sich unserem Moratorium für Kernwaffentests nicht anzuschließen). Auf U-Booten, möglichst näher an den Grenzen der UdSSR, wird eine ausreichende Zahl von Spezialstartrampen und von Raketen aufgestellt, die einen Röntgenlaser in eine Höhe von 1000 km tragen können, zudem in Bruchteilen einer Minute - damit der Röntgenlaser die Rakete des Gegners treffen kann, solange sie ihre aktive Phase noch nicht beendet hat, d. h. in der Beschleunigungsphase. Eine derartige Geschwindigkeit wird heute von keiner Rakete entwickelt. Die Experten meinen, daß da Superraketen erforderlich sind. Was aber ist auf dieser Superrakete stationiert? Ein Röntgenlaser. Eine Anlage, die entsprechend gepumpt, ein mächtiges Bündel von Röntgenstrahlen zur Vernichtung der Raketen des Gegners ausstrahlt. Ein solcher Laser kann nur durch eine Nuklearexplosion gepumpt werden. Gerade das sieht das SDI-Programm vor.

Die Quelle der Nuklearexplosion ist ein Sprengkopf, der sich durch nichts von konventionellen Gefechtsanlagen un-

terscheidet. SDI verlangt eine ganze Flotte von U-Booten, die Raketen mit Röntgenlasern an Bord haben, deren Grundelement Nuklearsprengköpfe sind. Ich kann mir keinen vernünftigen Führer eines Staates denken, der sich bereit erklären würde, dieses System als harmlose „Versicherungspolice gegen einen Verrückten“ zu betrachten. Es ist überhaupt kein Problem, die Flugbahn solcher Raketen zu verändern und sie auf ein beliebiges Ziel auf der Erde zu richten.

Doch das ist eine der ersten Varianten von SDI. Jetzt wird davon gesprochen, alles eher im Weltraum zu stationieren.

Unter SDI versteht man in den USA einen ganzen Komplex von Maßnahmen, ein gestaffeltes System. Ein Teil der Raketen wird im Weltraum stationiert, ein Teil auf der Erde, auf U-Booten. Dazu kommen die weltraumgestützten Elemente, die die Aufspürung des Ziels und die Leitung gewährleisten.

Lassen sich diese U-Boote denn nicht kontrollieren?

Was heißt hier „kontrollieren“? Sich Gewißheit von deren Bestehen zu ver-

schaffen? Die entscheidende Rolle spielt dabei nicht die Kontrolle des Vorhandenseins, sondern die des Auslöseknopfes.

Wenn man sich aber vorstellt, daß es eine internationale Inspektion gibt, die jede solche Laseranlage inspiziert und sich davon überzeugt, daß dies kein nuklearer Sprengkopf ist!

Nuklearsprengköpfe sind für den Röntgenlaser erforderlich.

Angenommen, die Inspektion erlaubt den Besitz nur solcher Sprengköpfe, die deren Verwendung als Offensivwaffen ausschließen würden!

Ein beliebiger Nuklearsprengkopf kann als Offensivwaffe genutzt werden.

Vielleicht sind jene Programme, die in die Computer eingegeben werden und die Flugbahn der Rakete bestimmen, unter Kontrolle zu stellen!

Das ist absolut unmöglich. Wenn wir das Programm nur einmal überprüfen, werden wir nichts erreichen: Nach dem Fortgang der Kontrolleure kann man das Programm unverzüglich verändern. Die modernen Computer sind deshalb universal, weil sie umprogrammiert werden können... Wenn all diese Probleme summiert werden, dann ergibt sich eine enorme Menge praktisch unlösbarer Probleme. Das Problem des Vertrauens,

Ich kann mir keinen vernünftigen Führer eines Staates denken, der sich bereit erklären würde, dieses System als harmlose „Versicherungspolice gegen einen Verrückten“ zu betrachten.

das Problem des Umprogrammierens, das Problem der Kontrolle. Da fragt sich: Warum geschieht das alles, wenn beide Seiten sich schon bereit erklärt haben, auf die strategischen Nuklearkräfte zu verzichten? Warum braucht man dann eine Rückversicherung? Gegen wen?

Doch es bleiben noch drei Mächte, die Kernwaffen besitzen, ferner ein Dutzend potentieller Nuklearmächte...

Hier wollen wir zu jener Formel des Prozesses des Übergangs zu einer kernwaffenfreien Welt zurückkehren, die von Anfang an in den sowjetischen Vorschlägen enthalten war, z. B. im Programm vom 15. Januar v. J. Alle konkreten Pläne für eine kernwaffenfreie Welt setzen einen stufenweisen Prozeß voraus und berücksichtigen diese drei Länder. Der Prozeß muß alle Nuklearmächte umfassen.

Was aber wird mit jenen sein, die dem Nuklearklub nicht angehören, doch an seiner Schwelle stehen!

Der komplexe Charakter der sowjetischen Vorschläge setzt eine Verstärkung von Geist und Buchstaben des Atomsperrvertrages voraus. Die Demontage der Nuklearsprengköpfe, der Trennanlagen und der gesamten Linie der Montage der Nuklearwaffen soll unter internationaler Kontrolle erfolgen. Natürlich gilt das auch für jene Länder, die noch keine fertigen Sprengköpfe haben, doch kurz davor stehen.

Wenn man aber einen Kompromiß mit den Amerikanern eingeht: Sie stellen kein System auf, das doppelt genutzt werden kann, die UdSSR aber entwickelt ihre SDI-Variante! Zwei Schilde, die niemanden bedrohen und vor jeglichem Angriff schützen. Was könnten Sie jenen Lesern antworten, die meinen, daß die UdSSR einen Fehler begeht, wenn sie nicht ihre SDI entwickelt!

Zwei SDI-Systeme würden doppelt so schnell die in der Welt bestehende Stabilität zerstören. Eine symmetrische Variante „SDI gegen SDI“ wäre äußerst instabil und gefährlich. Theoretisch ist es möglich, daß, wer in diesem Wettkampf vorprescht, den Wunsch verspüren kann, einen Präventivschlag zu führen... Diese Überlegung reicht aus, um nicht diesen Weg zu gehen, sondern nach anderen Varianten zu suchen. Heute können wir sagen, daß man einen höheren Grad von Zuverlässigkeit, eine beständigere Konfiguration erreichen kann, wenn die asymmetrische Variante gewählt wird.

Sie meinen also, eine beliebige SDI-Variante läßt keine Hoffnung auf die Aufrechterhaltung von Stabilität. Würde es die Schaffung von SDI selbst bei der Beseitigung der Nuklearwaffen trotzdem nicht erlauben, eine sichere Welt zu erreichen!

Die Verbindung von SDI und nuklearen Offensivwaffen ist eine explosive Verbindung - das ist klar. Die andere Variante wäre SDI in einer kernwaffenfreien Welt. Wie können fliegende weltraumgestützte nichtnukleargepumpte Systeme, doch ausgerüstet mit starken Lasern auf freien Elektronen oder chemischen Lasern, in eine strategische Gleichung einbezogen werden - diese Frage verdient eine ernsthafte Prüfung. Doch ich meine, daß in einer kernwaffenfreien Welt, in der das Gleichgewicht mit Hilfe bodengestützter Systeme, die sich auf konventionelle Rüstungen gründen, aufrechterhalten würde, mächtige kosmische Systeme mit exotischen Waffen, die die Leitzentren mit größter Genauigkeit, sozusagen wie bei einer Akupunktur, zu treffen vermögen, ein Faktor wären, der die Lage jäh destabilisieren würde. In einem Krieg hätte jener, der über Weltraumwaffen, selbst über nichtnukleare, verfügt, von Anfang die Überlegenheit.

Worin würde die bestehen!

Im Einsatz von Weltraum-Erde-Angriffswaffen. Das, was wir heute von den konkreten SDI-Szenarios wissen, die von amerikanischen Militärs, Wissenschaftlern

Eine symmetrische Variante

„SDI gegen SDI“ wäre äußerst instabil und gefährlich.

Einen höheren Grad von Zuverlässigkeit kann man erreichen, wenn die asymmetrische Variante gewählt wird.

und Politikern erörtert werden, zeugt davon, daß fast alle SDI-Varianten unausweichlich die Ausrüstung des Systems mit Offensivwaffen voraussetzen.

Von welchen Waffen kann da die Rede sein!

Z. B. von Lasern. Der Strahl des Röntgenlasers geht nicht durch die Atmosphäre, der Strahl eines Lasers aber, der im optischen Bereich arbeitet, durchbricht die Atmosphärenschicht.

Doch werden die Strahlen nicht in der Atmosphäre dispergieren!

Nur ganz geringfügig. In einer SDI-Variante ist sogar von bodengestützten Lasern die Rede, die entweder direkt Objekte im Weltraum, z. B. Raketen, vernichten, oder nach dem Prinzip Erde-Weltraum-Weltraum verfahren: Die Strahlen des Bodenlasers werden auf einen kosmischen Spiegel gerichtet, der aber wirft sie so zurück, daß die reflektierten Strahlen das Ziel treffen.

Doch wenn die Strahlen des Röntgenlasers dispergieren, kann er nicht als Angriffswaffe gelten. Welche Gefahr stellt er dann dar!

Der Röntgenlaser gehört zur strategischen Gleichung als ein Element, das einen Gegenschlag, eine Vergeltung, verhindern soll. Der Röntgenlaser zerstört die strategischen Raketen - das potentielle Abschreckungsmittel. Eine Seite kann einen Schlag gegen den Gegner führen und sich dann hinter den Röntgenlaser vor dem Gegenschlag verbergen. Die Defensiv- und die Offensivwaffen sind organisch miteinander verbunden: Diese Interdependenz kann nicht beseitigt werden. Die gleichen Anlagen können sowohl defensiv als auch offensiv sein wie bei den Röntgenlasern.

Und in einer Welt ohne Kernwaffen!

In einer kernwaffenfreien Welt sind diese Laser gefährlich, weil sie das Bestehen von Raketen sowie nukleargepumpte Sprengköpfe voraussetzen.

Gibt es da keinen Widerspruch in den Einschätzungen von SDI! Einerseits heißt es, SDI sei eine Gefahr für den Frieden, andererseits wird behauptet, es sei noch unbekannt, ob dieses System überhaupt verwirklicht werden könne und, wenn

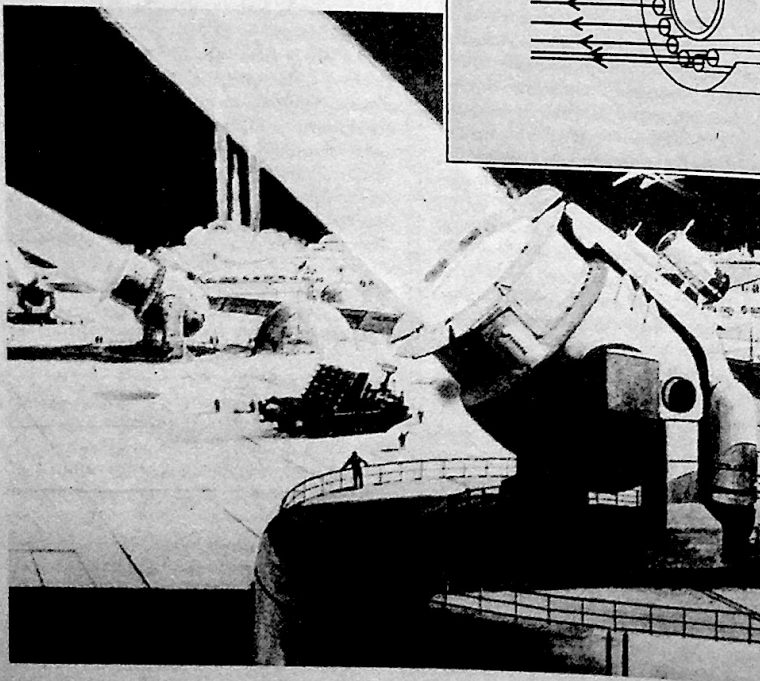
dies gar gelinge, dann werde es in jedem Fall ineffektiv sein.

SDI wird nicht helfen, strategische Überlegenheit zu erlangen. Die überwiegende Mehrheit der Analytiker ist davon überzeugt. Warum? Da man Gegenmaßnahmen ergreifen wird. Die moderne Wissenschaft und Militärtechnik können das gewährleisten. Eine klare Gegenmaßnahme ist die einfache Verstärkung des Offensivpotentials. Wirtschaftlich gesehen, ist die Vergrößerung der Zahl der Nuklearraketen viel billiger als der Aufbau einer Verteidigung, der wissenschaftlich-technische Fortschritt arbeitet auch für die Angriffssysteme. So kann das strategische Gleichgewicht wiederhergestellt werden. Doch zu welchem Preis? Um den Preis der Aufblähung der Nukleararsenale, der größeren Nuklearkriegsgefahr in einer Krisensituation und der Verringerung der allgemeinen strategischen Stabilität.

Deshalb meinen wir, wenn wir sagen, daß wir SDI nicht fürchten: Einseitige Überlegenheit kann mit SDI nicht erlangt werden. Doch völlig neue Komponenten, die das strategische Gleichgewicht beeinflussen, tauchen auf, das gesamte Gleichgewicht wird instabiler, die Sicherheit, darunter für die USA, wird geringer sein.

Sie sagen: SDI ist eine Illusion. Doch die Amerikaner sind da anderer Meinung. Warum wollen die USA so hartnäckig eine weltraumgestützte Raketenabwehr schaffen!

Ich hatte die Möglichkeit, mit vielen Amerikanern - Militärs und Wissenschaftlern, Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens - zusammenzutreffen und diese Fragen zu erörtern. Die meisten von ihnen meinen, daß SDI, die Hoffnung, Überlegenheit zu erringen, gefährliche Illusionen sind.



Warum aber unterstützen denn Generäle und Politiker dieses Programm?

Das amerikanische politische Leben erinnert an ein Pendel: Von Zeit zu Zeit, in gewissen Abständen, verlagert sich die öffentliche Meinung mal zur einen, mal zur anderen Seite. Das erfolgt vor allem durch Leute, die selbst nicht alle Argumente dafür und dagegen sachkundig abwägen und analysieren können, und ich meine, daß man ihnen das auch nicht vorwerfen darf, da sich ihre Vorstellungen weitgehend unter dem Einfluß der Massenmedien herausbilden. Es gab eine Zeit, da in der amerikanischen Öffentlichkeit die Auffassung dominierte, daß in der Welt genug Waffen angehäuft sind und endlich Vereinbarungen mit den Russen getroffen werden müßten. Dann schlug das Pendel zur anderen Seite aus. Das Wesen des Problems besteht darin, daß es viele Menschen gibt, die ein materielles, finanzielles Interesse an Rüstungsprogrammen haben.

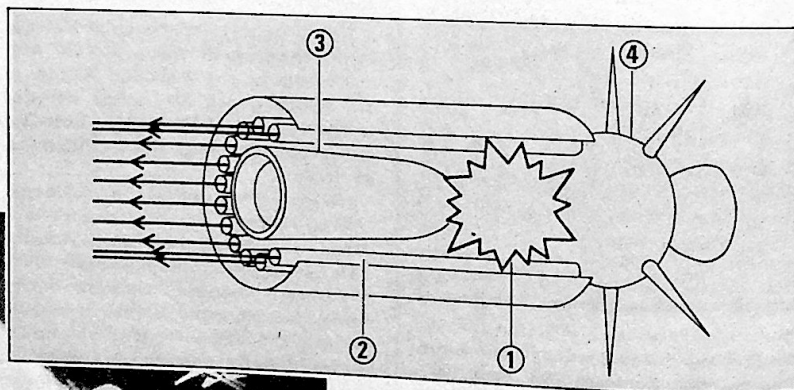
Natürlich bin ich davon überzeugt, daß realistisch denkende Menschen selbst in Kreisen des Militär-Industrie-Komplexes nicht nach der Entfesselung eines Krieges streben. Sie urteilen etwa so: Vier Jahrzehnte lang lebt die Menschheit mit Nuklearwaffen, und einen Krieg hat es bislang nicht gegeben, weil beide Seiten wissen, daß sie nicht auf den Knopf drücken dürfen. Und da die Möglichkeit besteht, noch an den Waffen zu verdie-

nen, warum nicht? Leider sind sie offenbar zu einer eingehenderen Analyse nicht fähig.

Doch das ist noch nicht die ganze amerikanische Gesellschaft. Also schön, der Militär-Industrie-Komplex macht sich Sorgen um die Profite. Und die Politiker, der Kongreß, die Administration!

Das amerikanische politische Leben verläuft nach recht komplizierten Gesetzen. Hier gibt es keine einfache Formel, die gleich zeigen könnte, wie der Kongreß in einem bestimmten Fall zu verfahren habe, wie er sich mit der Administration einigen werde. Doch vergessen Sie nicht die Wirkung der ökonomischen Faktoren! Für einen konkreten Wahlkreis z. B. kann die Möglichkeit des Baus militärischer Objekte, von Rüstungsaufträgen, d. h. einer zunehmenden Zahl von Arbeitsplätzen, eben dort vorteilhaft erscheinen. Die Kreise, die mit Rüstungsfirmen und der Armee liiert sind, stellen eine politisch organisierte Kraft dar. Es gibt auch zahlreiche ideologische Denktrusts wie die Heritage Foundation, die das technologische Wettüben zu rechtfertigen suchen.

General D. Graham, Autor des Buches „High Frontier“ über eine Raketenabwehr im Weltraum, das von der „Heritage Foundation“ auf den Schild gehoben wurde, sagte folgendes: Aufgabe der heutigen Administration ist es, das SDI-Programm unumkehrbar zu machen.



Die Hauptart der Weltraumwaffen, die in das SDI-Programm einbezogen wurde, sind die Laser. Sie sollen sowohl gegen Raketen als auch bei Angriffen gegen Erdziele eingesetzt werden. Amerikanische Wissenschaftler entwickeln vier Typen von Lasern:

- chemische Laser auf Fluorwasserstoffbasis;
- Laser auf freien Elektronen;
- Gaslaser (bei ihnen spielen chemische Verbindungen inerte Gase in instabilem, erregtem Zustand die Rolle des aktiven Mediums). Diese Laser werden auf der Erde aufgestellt, und der Laserstrahl wird mittels eines Systems weltraumgestützter Spiegel auf die Objekte des Gegners gelenkt;
- Nukleargepumpte Röntgenlaser, (s. Schaubild): 1 - Nuklearbombe, 2 - Laserstäbe, 3 - Leitteleskop, 4 - Lenkung und Triebwerk; sie spielen eine besondere Rolle bei der Verwirklichung der „Strategischen Verteidigungsinitiative“.

Und deswegen wollen uns die SDI-Protagonisten überreden, wir sollten uns dem SDI-Programm anschließen. Dabei verfahren sie ganz pragmatisch. Wie kann man öffentlich eingestehen, daß ein Nuklearkrieg unmöglich ist, und dabei die Investitionen in die Entwicklung neuer Rüstungsprogramme stimulieren? Am besten zeigt man auf den potentiellen Gegner und sagt: Schaut, er entwickelt seine SDI! Und wenn er das nicht will, dann sucht man ihn eben zu überzeugen, indem man sogar verspricht, eigene technologische Erkenntnisse weiterzugeben.

Eine traditionelle Frage unserer Zeitschrift: Wie stellen Sie sich die Grundlagen internationaler Stabilität in einer kernwaffenfreien Welt vor?

Man kann konkrete Konzeptionen für die Aufrechterhaltung der Stabilität bei Vorhandensein konventioneller Waffen finden. Natürlich ist das nicht einfach. Doch was sollten wir alle am meisten fürchten? Die Schwierigkeiten, die zweifelsohne auch in einer kernwaffenfreien Welt bleiben werden, oder die Gefahr, in einem beliebigen Moment gemeinsam in die Luft zu fliegen?

Wer sich mit strategischen Fragen befaßt, hat Anlaß, sich Gedanken über einen sicheren Weg in eine kernwaffenfreie Welt zu machen. Wenn wir uns vom jetzigen nuklearen Konfrontationsstand auf Null bewegen, werden wir eine große Zahl von Zwischenstationen passieren: Die Zahl der Nuklearsprengköpfe wird abnehmen, manche

es wäre für beide Seiten ausreichend, je 500 Sprengköpfe (am besten auf herkömmlichen einteiligen Raketen, nicht aber auf Raketen mit Mehrfachsprengköpfen) zu besitzen, und das sichere die Stabilität. Mehrere Fachleute meinen, daß das Zwischenniveau für eine Mindestabschreckung nur einige Dutzend Sprengköpfe erforderlich mache.

Wenn aber nicht 10 000, sondern nur zehn Sprengköpfe angehäuft wären, dann würde auch das reichen, damit die Nuklearwaffen die Rolle einer starken Bremse spielen, eines Hemmfaktors für einen potentiellen Kriegsbrandstifter. Die Anhänger der Verstärkung der Nukleararsenale meinen, man müsse ein mögliches Versagen von Raketensystemen berücksichtigen und einen gewissen Vorrat haben. Ich bin damit selbst nach der Challenger-Katastrophe nicht einverstanden. Man kann sich ausrechnen, welche Fehlerquote die heutige Militär- und Raumfahrttechnik erlaubt. Weniger bekannt ist die Fehlerquote bei der Leitung von Nuklearsprengköpfen, doch aus allgemeinen physikalischen Überlegungen, aus dem, was im letzten Jahr bei der Erörterung des Verbots von Nukleartests gesagt wurde, wird klar, daß die Experten keine sonderliche Angst vor einem Versagen der Elektronik oder irgendwelcher anderer Komponenten von Sprengköpfen unter militärischen Bedingungen haben. Was die Trägersysteme angeht, so gibt es eine Statistik, die uns der Einsatz moderner Raumfahrttechnik gibt. Tatsächlich werden wir mal in dem einen, mal in dem anderen Land mit Havarien beim Start, mit einem Versagen des Triebwerks konfrontiert, doch ihre Zahl ist sehr gering. Um so mehr, da in der Militärtechnik erprobte, zuverlässige Systeme zum Einsatz kommen. Doch in Friedenszeiten kann selbst ein einzelner Störfall zum nichtsanktionierten Auslösen eines Nuklearkrieges werden. Und das ist der schrecklichste Preis für die gigantischen Nukleararsenale.

Würde ein Verzicht auf Nuklearwaffen nicht zur Entwicklung neuer Waffenarten führen?

Der Vorschlag vom 15. Januar 1986 verbindet die Frage des Übergangs zu einer kernwaffenfreien Welt mit dem Verbot der anderen Arten von Massenvernichtungswaffen. Wenn die Menschheit in sich die Kraft zu einer so radikalen Entscheidung findet, wird man auch Vereinbarungen über die entsprechenden Kontrollmechanismen, beginnend mit den Forschungsarbeiten, treffen können. Es gibt ja eine Konvention, die jegliche Forschungen für biologische Waffen verbietet.

Natürlich spielt das Klima des gegenseitigen Vertrauens eine sehr wichtige Rolle. Doch selbst, wenn es uns nicht gelingen wird, ein solches Klima zu schaffen, müssen wir, da wir ein gemeinsames Ziel haben, auch eine gemeinsame Sprache finden. Das Ziel ist das Überleben, und es verlangt die Beseitigung der Nuklearwaf-

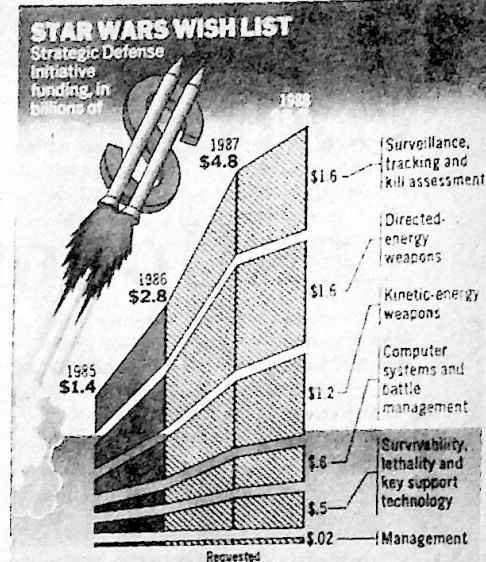


Schaubild der Ausgaben zum SDI-Programm - für verschiedene Arten von Weltraumwaffen (Laser, Teilchen- und kinetische), für die Ortungs-, Überwachungs- und Leitsysteme. Jüngsten Meldungen aus Washington zufolge werden die Ausgaben für SDI 1988 bereits nicht 5,5 Md. Dollar, wie auf dem Schaubild gezeigt, ausmachen, sondern 300 Mio Dollar mehr; für 1989 sind 6,3 Md. Dollar geplant.

fen. Wir und die USA sind Schicksalsgefährten angesichts eines schrecklichen Feindes, Schicksalsgefährten, die von der gleichen Kette gefesselt, in die gleiche Zelle gesperrt sind. Man braucht einander wirklich nicht gern zu haben, man braucht nur zu begreifen, daß wir uns nur dann retten können, wenn wir uns verständigen — zumindest geleitet vom Selbsterhaltungstrieb.

Werden wir nicht in der Zukunft mit der Notwendigkeit konfrontiert werden, einen Weltraumschild für die Verteidigung gegen äußere Kräfte, z. B. Eindringlinge von anderen Planeten oder große Meteoriten, zu schaffen?

Die Wahrscheinlichkeit, daß ein großer kosmischer Himmelskörper auf die Erde fällt, ist relativ gering. Derartige geschieht selten. Einer wohlklingenden wissenschaftlichen Hypothese zufolge heißt es, daß sich einmal in 25 Milliarden Jahren ein riesiger Schwarm von Kometen und Asteroiden der Umgebung der Sonne nähert, wo die Umlaufbahn auch unseres Planeten verläuft. Eine intensive Bombardierung der Oberfläche der Planeten erfolgt, begleitet von ökologischen Katastrophen. Sind denn nicht so die Dinosaurier ausgestorben? Vor der Menschheit liegen Millionen Jahre, um sich darauf ernstlich vorzubereiten. Ich hoffe, daß wir mit dem Problem von SDI, für dessen Lösung uns viel weniger Zeit gegeben ist, schneller fertig werden. (Illustrationen aus den Zeitschriften „Cambio 16“ (Spanien), „Time“ (USA) und aus dem Buch „Weltraumwaffen: Dilemma der Sicherheit“ (UdSSR))

Wir und die Amerikaner brauchen einander wirklich nicht gern zu haben, man braucht nur zu begreifen, daß wir uns nur in einem Fall retten können: Wenn wir uns verständigen.

Waffenarten werden ganz verschwinden. Jede Etappe muß ausgeglichen sein. Zunächst der erste Schritt, an dem nur die beiden Großmächte teilnehmen - die Halbierung der Nuklearkräfte. Wie werden sich auf jeder Ebene die anderen Länder weiter in den Prozeß der globalen nuklearen Abrüstung einschalten? Wie wird auf jeder Ebene die Stabilität aufrechterhalten, um ein beständiges Gleichgewicht zu bewahren?

Es gibt da einen Standpunkt, den z. B. Henry Kissinger äußert: Je geringer das Arsenal der Kernwaffen, desto größer die Abhängigkeit von Krisensituationen. Kissinger meint, eine große Zahl von Kernwaffen garantiere größere Stabilität. Dieser Auffassung widerspricht die Konzeption von Robert McNamara: Er meint,

Harte Lektionen

In der Schule der neuen Jugend

in Ho-chi-Minh-Stadt

Kieu Loan klagte einmal in Gesellschaft, sie sei übernervös und könne kaum noch schlafen. Jemand gab ihr ein Pulver: "Das hilft bestimmt." Später konnte sie ohne diese Pulver nicht mehr auskommen und war bereit, alles dafür herzugeben. Sie glaubte, daß sie in eine Falle geraten war, aus der es kein Entrinnen gab. Zum Glück irrte sie sich. Im Verwandtenkreis redete man ihr zu, in die Schule der neuen Jugend zu gehen. Man führte sie sogar bis an die Mauer um das ehemalige katholische College am Rande der Stadt.

"Die Schule ist unser Zuhause" — dieser Refrain betonte den ohnehin einprägsamen Rhythmus des Liedes, das Loan zu Popmusik sang. Die neue Melodie ohne den harten Rhythmus untermalte die tiefe Stimme der Sängerin. Nguyen Quang Van flüstert mir zu: "Außerdem tritt Loan in Theaterstücken auf, deren Hauptthema die unheimliche Macht der Rauschgifte über den Menschen ist." Mein Sitznachbar ist der Rektor der Schule. Wir sprechen leise, um bei der Laienkunstprobe nicht zu stören. Loan und die anderen bereiten sich auf eine Darbietung zum nächsten Jahrestag der ungewöhnlichen Einrichtung vor.

Sie wurde 1975, kurz nach der Befreiung Saigons, eröffnet. In dieser Stadt hatten Verkauf und Konsum von Rauschgiften mehr als anderwärts um sich gegriffen. Zu den Königen dieses Geschäfts zählten Angehörige der vornehmsten Familien Südvietnams und viele US-Militärs. In Saigon allein hinterließ das zusammengebrochene Regime über 100 000 Süchtige. Von je 10 waren 9 dem stärksten Rauschgift — dem Heroin — verfallen. Seit damals haben sich die Zustände sehr verändert. Die Zahl der registrierten Süchtigen geht nicht mehr in die Tausende, sondern nur noch in die Hunderte, und keiner von diesen nimmt Heroin. Zu der Veränderung trägt auch die Schule der neuen Jugend bei.

Nachdem ich auf dem Schulgelände

schon mehrmals Leute reiferen Alters gesehen hatte, fragte ich Genossen Van: "Wieso nennt sich diese Einrichtung Schule der Jugend?" Er antwortete, von der Sucht würden in erster Linie junge Menschen befallen, und Süchtige würden ja meistens nicht alt. Das Durchschnittsalter der "Schüler" liege etwas über 20 Jahren. Der jüngste ist 16, aber einmal wurde sogar ein 70jähriger "eingeschult".

Ich sah einen "Neuling". Er lag auf einer harten Liege ohne Kissen, vom Leben sichtlich mitgenommen, mit eingefallenem Gesicht und tiefliegenden Augen. Ich fragte ihn nach seinem Namen. Er murmelte etwas Unverständliches und ließ die Stümpfe seiner schlechten Zähne sehen. Der Arzt, der neben mir stand, sagte, der Mann sei noch nicht 30. Mir schien, er müsse sich geirrt haben, der Patient sei 60. Der Arzt fügte noch hinzu: "Haschisch". Ich wünschte ihm und seinem Patienten Erfolg und verließ — vielleicht etwas zu hastig — den Raum.

Dieser Mann befand sich im ersten, hier biologisch genannten Stadium der Behandlung. Diese dauert von einigen Tagen bis zu einem Monat. Er muß in den Normalzustand gebracht werden. Selbstverständlich bekommt er keine Drogen, an die er gewöhnt ist. Deshalb hat er schwere Anfälle. Um seine Qual zu lindern, massiert man ihn stundenlang, manchmal die ganze Nacht. Das geschieht nicht nur als Heilverfahren. Wie mir später Schüler sagten, hat es ihnen auf der Seele gebrannt, daß sich jemand für sie so anstrengt, die doch, bildlich gesprochen, schon in der Gosse lagen und sich verlassen, nutz- und ziellos getüht hatten. Jemand hatte ihnen aufhelfen wollen, sie brauchten sich nur fester auf die Retter zu stützen und sich selbst zu überwinden, um aus dem Sumpf herauszukommen.

Am Schluß des "biologischen" Behandlungsstadiums gewinnt der Schüler Selbstvertrauen und glaubt daran, daß er

ohne das Gift auskommen kann. Auf keinen Fall darf er aber in seiner Selbstsicherheit die Schule verlassen, denn gewöhnlich folgt dann ein Rückfall.

Ich frage Nguyen Quang Van: "Was für Behandlungsmethoden haben Sie außer der intensiven Massage?"

Er zählt auf: "Akupunktur, kalte Bäder, eine Spezialgymnastik und als Medikamente Kräuteraufgüsse."

Mit alledem wird das Fundament für die endgültige Heilung gelegt. Van fährt fort:

"Ich habe mich darüber schon wiederholt mit Kollegen aus dem Ausland unterhalten, und wir kamen zu dem Schluß, daß es heute keine 100prozentig wirkenden Mittel gibt. Hier, in unserer Schule, sind wir der Meinung, daß es sich

Mitte der 60er Jahre entsandte die CIA während des Kriegs in Indochina zwei ihrer Leute — Theodore Shaky und Thomas Klines — in dem Auftrag nach Laos, dort eine amerikafreundliche Bande unter Yang Pao, einem Verräter am eigenen Volk, aufzuziehen. Dieser richtete eine Kontrolle über die Mohnpflanzungen ein. Mit dem Erlös für das Rauschgift wurden Terrorakte der CIA in den Ländern Indochinas finanziert. Über die Opiumdollars verfügte Richard Armitage, der formal bei den Seestreitkräften der USA in Saigon diente und heute Assistent des US-Verteidigungsministers ist.

[Aus einer von der amerikanischen Massenorganisation Christliches Institut gegen General Richard Secord, den ehemaligen stellvertretenden Abteilungsleiter bei der CIA Shaklys, und des operativen CIA-Mitarbeiters Klines, eingereichten Klage.]

bei der Sucht in erster Linie um psychische Störungen handelt. Deshalb legen wir großen Wert auf die Erziehungsarbeit unter unseren Schülern. Bei ihnen wurde ja alles, was Freude und Vergnügen macht, von den Halluzinationen und dem unüberwindlichen Bedürfnis verdrängt, sich wieder und immer wieder in diesen Rauschzustand zu versetzen. Hier streben wir danach, ihnen die wahren Lebensfreuden wiederzugeben, die Fähigkeit, ihre Angehörigen, ihre Freunde und schließlich ihr Heimatland zu lieben, sich geistig und seelisch zu befreien. Wir umsorgen sie, überzeugen sie davon, daß sie noch zu einem vollwertigen Leben fähig sind. Wir überzeugen sie davon, daß sich ein Mensch nur durch Arbeit bewähren kann. Die meisten dachten früher nicht einmal ans Arbeiten. Wir bringen ihnen Berufe bei, z. B. das Tischlern, die Herstellung von Musikinstrumenten, Teppichen, Kleidung und Schuhen. Ein Teil

unserer Schüler beteiligt sich in den nahen Genossenschaften an Landarbeiten. Die Gewöhnung an Arbeit und die tagtägliche Erziehung bilden den Kern des zweiten Behandlungsstadiums, das etwa zwei Monate dauert. Im dritten — etwa 20 Monate — leisten die Leute die Arbeiten, von denen ich gesprochen habe, und natürlich tun wir alles, damit sie endgültig Selbstvertrauen gewinnen."

Ob sie Lohn beziehen? Auf meine Frage lächelt Van und antwortet — wie mir scheint, nicht ohne Stolz —, daß manche bei einem 8stündigen Arbeitstag 2000 Dong, doppelt soviel wie er als Rektor verdienen. "Wir finden", betont er, "daß das der beste Weg zum Selbstvertrauen und zu dem Gefühl ist, wieder auf die Beine gekommen zu sein."

Da wir gerade von der materiellen Seite der Angelegenheit sprechen", fährt Van fort, "möchte ich noch sagen, daß die Arbeit hier jährlich über 5 Millionen Dong einbringt. Das Geld benutzen wir zur Erweiterung der Produktion und für neue Anlagen. Der Staat hilft uns ständig: Wir bekommen 200 Dong monatlich für jeden Schüler. Ebenso stellt übrigens unsere Schule selbst zur Verfügung. Uns wurde eine finanzielle Unterstützung von der Stadtbehörde angeboten, wir fanden sie aber überflüssig."

Die Schüler verdienen also ganz schön. Welche Möglichkeiten haben sie, ihr Geld auszugeben?

Van sagt, im ersten halben Jahr können sie das an Ort und Stelle im Laden und im Erfrischungsraum tun — das Schulgelände dürfen sie nicht verlassen. Später dürfen

sie für 24 Stunden in die Stadt, anfangs einmal in zwei Monaten, später einmal im Monat, noch später zweimal im Monat und schließlich einmal in der Woche. Das ist ein sehr heikler Augenblick. Manche verfallen in die alten Gewohnheiten. Manchmal muß ihr Aufenthalt in der Schule von zwei auf drei Jahre verlängert werden."

Van spricht leise und scheinbar ruhig, man merkt aber, wie empört er über die Rauschgifthändler ist, die junge Menschen in den Tod treiben. Diese Empörung wird genährt: "Die Dealer wollen euch versklaven." Das wird im Unterricht oft gesagt. "Es ist keine Seltenheit, daß sie einen, der schon durch Alkoholismus willensschwach ist, an Rauschgift gewöhnen. Manche glauben, es sei ungefährlich, wenn sie ein paarmal Rauschgift nehmen — das führe noch nicht zur Gewöhnung. Ein schwerer Irrtum", schließt Van deprimiert.

Wieviel Schüler hat die Schule, und wie kommen sie hinein?

Es sind 800 Schüler, 10 Prozent davon Frauen und Mädchen. 20 Prozent kommen von selbst, 30 Prozent werden von Verwandten eingeschult, die übrigen werden zwangsweise eingeliefert. Diese Auskunft gibt mir der Rektor und fügt hinzu: "Die Sucht ist eine Krankheit besonderer Art. Sie wird nicht durch Krankheitserreger, sondern durch Freunde und Bekannte verursacht. Deshalb muß man den Kranken unbedingt in ein anderes Milieu bringen, in dem er umsorgt und freundlich behandelt wird, so schwer und abstoßend sein Zustand auch sein mag. Der neue Schüler kommt nicht in eine ausgesprochene Heilanstalt, er wird

vielmehr Mitglied eines Kollektivs, das ein Ziel vor Augen hat. Hier sehen Sie doch keine uniformierten Aufseher, nicht wahr?" Er fährt fort: "Eingang und Ausgang werden von unseren Aktivisten kontrolliert. Das und vieles andere habe ich von Ihrem großen Erzieher Makarenko gelernt, dessen Schüler ich mich nennen darf."

Seit etwa einer Viertelstunde hören wir während unseres Gesprächs abgehackte Rufe, die wie Kommandos klingen. Schließlich werfe ich dem Rektor einen fragenden Blick zu, und er fordert mich durch eine Geste auf, hinaus auf die Loggia zu kommen. Leute in weißem Sportdreß machen Gymnastik. Auf Kommando des Trainers strecken sie in Hockstellung die Arme vor, reiben sich die Hände, streichen sich damit über die Gesichter und machen Atemübungen.

Wir gehen weiter. Einige Männer hantieren, auf Matten sitzend, mit halbfertigen Gitarren. Einer schmirgelt das Holz ab. Ich trete näher. Ohne die Arbeit einzustellen, erzählt der Mann von sich. Er heißt Nguyen Van Lien, ist 40 Jahre alt, rauchte früher Opium, versuchte, es aufzugeben, brachte das aber nicht fertig. Hier ist er seit sieben Monaten und fühlt sich wie neugeboren. Seine Verwandten wissen, daß er hier ist, und machen sich keine Sorgen mehr um ihn. Er schmiedet bereits Zukunftspläne, möchte eine Familie gründen. Warum auch nicht? Einen Beruf hat er hier erlernt, und Geld wird er nicht mehr für Opium vergeuden.

Übrigens sind in der Schule selbst mehrere Hochzeiten gefeiert worden, natürlich ohne alkoholische Getränke.

Der Rektor führt mich ins Schulmuseum. An den Ständen sind Schülerarbeiten zu sehen. Auch Geschenke von Freunden. Ein Auszug aus dem Strafgesetzbuch der Republik. Jemand übersetzt ihn mir: Auf Besitz von Rauschgiften oder Handel mit solchem steht Haft von 6 Monaten bis zu 5 Jahren, bei erschwerenden Umständen von 3 bis 20 Jahren; auf Organisation des Rauschgifthandels steht Haft von 6 Monaten bis zu 5 Jahren und bei erschwerenden Umständen von 3 bis zu 10 Jahren.

Wir gehen in einen anderen Saal. Da stehen Glasgefäße mit getrockneten Kräutern, nationalen Heilmitteln. "Das wichtigste aber ist die liebevolle Behandlung dieser Menschen", sagt Nguyen Quang Van mit seinem gütigen Lächeln.

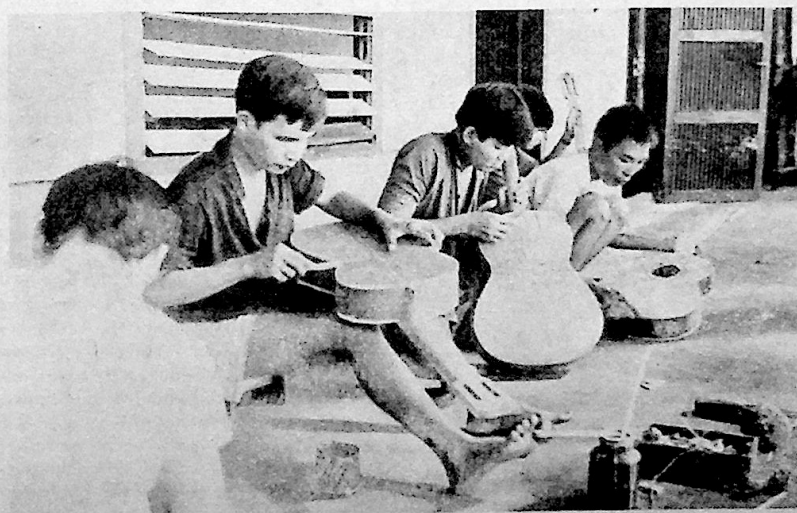
Dieses "wichtigste Heilmittel" bewirkt hier wahrscheinlich die Wunder, die ich gesehen habe. Während in Kliniken des Westens, wie mir Van sagte, nur jeder Fünfte geheilt werden kann, werden hier, in der Schule der neuen Jugend, von je zehn sechs oder sieben endgültig aus der Rauschgiftklaverei befreit.

W. SHITOMIRSKI
NZ-Sonderkorrespondent

Ho-chi-Minh-Stadt—Moskau

In der Schule der neuen Jugend

Foto des Verfassers



• SELBSTENTHÜLLUNG

Woran denkt der Konteradmiral?

Konteradmiral Jan Ingebrigtsen, ehemaliger Chef der norwegischen Militäraufklärung und jetziger Funktionär des norwegischen Industrieverbands berichtete in einem "Morgenbladet"-Interview von einer fürchterlichen Gefahr für die nationale Sicherheit des Landes. Die Norweger reagierten auf Ingebrigtsens Warnungen unterschiedlich. Das Osloer "Dagbladet" beispielsweise nachdenklich: "Natürlich besteht kein Zweifel daran, daß der Konteradmiral ein denkender Mensch ist.

Fragt sich nur, wie er denkt."

Was hat nun Ingebrigtsen gesagt? Er hatte den zwischen der Sowjetunion und Finnland unlängst abgeschlossenen Vertrag über schnellstmöglichen gegenseitigen Informationsfluß bei Unfällen in Kernkraftwerken kommentiert. Solch ein bilateraler Vertrag zwischen der UdSSR und Norwegen, erklärte der Konteradmiral, würde eine Gefahr für die norwegische Atom- und Stützpunktpolitik darstellen. Er äußerte die Befürchtung, "die UdSSR könne die Möglichkeit erhalten, norwegische Militärschützpunkte zu inspektionieren".

Woran dachte Ingebrigtsen denn nun wirklich? In dem erwähnten Vertrag ging es schließlich nur um Kernkraftwerke. Wo liegt also die Gefahr für die Atom- und Stützpunktpoli-

tik, wenn norwegische Ge-
seize Atomwaffen und aus-
ländische Militärschützpunkte in Fried-
denszeiten auf norwe-
gischem Territorium verbie-
ten? Was droht hier wem?
Im Widerspruch zu diesen
Gesetzen befinden sich al-
lerdings Arsenale für
schwere Rüstung der
US-Marineinfanterie und
Spionagesender in Norwe-
gen, um atomare Schläge
der USA gegen die UdSSR
abzusichern... Möglicher-
weise hat sich der ehema-
lige Chefspion noch an
etwas anderes erinnert,
was sich auf gar keinen Fall
auf norwegischem Boden
befinden dürfte und hat sich
beinahe verplaudert...

• SENSATION

Tod auf Seite 1

Der regierungsamtlichen
Version zufolge starb Ge-

orge der V., König von
Großbritannien, am 20. Ja-
nuar 1936 im Alter von 70
Jahren eines natürlichen To-
des. In der Zeitschrift
"History Today" allerdings
veröffentlichte der Biograph
des damaligen königlichen
Leibarztes Lord Dawson,
Francis Watson, Informatio-
nen, die die bis dato be-
kannten Fakten widerlegen.
Aus Dawsons Aufzeichnun-
gen geht hervor, daß der
Monarch verschied,
nachdem er eine tödliche
Dosis einer Morphin-Koi-
kainmischung im Verhältnis
3/1 injiziert bekommen hat-
te.

Nach Auffassung der
Ärzte waren die Stunden
des schwerkranken und
siechen Königs gezählt. Es
hätte aber durchaus passie-
ren können, daß er später
sterben würde, als die Mor-
genzeitungen berichten
würden. Die Meldung über
den Tod George V. in den
Abendausgaben wurde ein-
es Königs für unwürdig
gehalten. Somit wurde ihm
in Absprache mit den
engsten Verwandten die
Spritze verabreicht. 40 Mi-
nuten später war der König
nicht mehr.

Nachdem Dawson die In-
jektion vorgenommen hatte,
ließ er sich mit einem Re-
dakteur der "Times" verbind-
en und empfahl diesem,
sich auf "wichtige Neuigkei-
ten" gefaßt zu machen. Am
nächsten Tag erschien die
Zeitung mit der Schlagzeile
"Friedliches Ende um Mit-
ternacht".

• GESUNDHEIT

Bizeps zum Abschnallen

Mit der entsprechenden
Weste für 20 Dollar
wird aus jedem Hänfling ein
Kraftpaket. Eine amerika-
nische Firma bietet die Mus-
kelware an und hat bereits
40 000 Stück davon auf
Lager. Leider ist die
Nachfrage garantiert.



• EREIGNISSE

16 Gefangene
einen Teil des Ge-
wollten damit ihre
verleihen.

Die meuternden
Reportern zu prä-
Polizisten, die das



Obwohl 9 von 10
ihre Kinder für ph-
gesund halten, sprich
Statistik dagegen.
Zeitschrift "Chil-
schreibt, daß 40 %
amerikanischen Junge
70 % der Mädchen im-
zwischen 6 und 17 J.
allenfalls einen Klim-
schaffen. Ein Drittel
Schüler und die Hälfte
Schülerinnen sind
imstande, eine Meile
niger als 10 Minuten
laufen. Ob die Zahlen
andere Länder so vie-
ser aussehen? Nicht
seriösen Papas sch-
also an ihren überflü-
Pfund, sondern
27 % der Kinder zw-
6 und 11 Jahren. 40 %
Jungen zwischen 5
8 Jahren haben er-
Blutdruck.

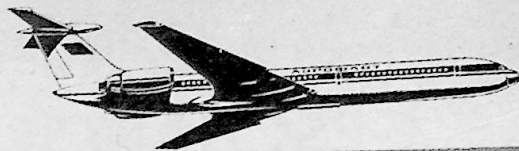


• MUSIK

Das neue Album des 37jäh-
rigen Rocksängers, Texters
und Komponisten Bruce
Springsteen wurde in Mil-
lionenaufgabe innerhalb we-
niger Stunden verkauft. An
drei aufeinanderfolgenden
Abenden war es Gegen-
stand einer weit verbreite-
ten Fernsehsendung. In den
11 Jahren seiner musika-
lischen Karriere brachte
Springsteen 8
Langspielplatten heraus.
Seine Konzerte sind re-
gelmäßig ausverkauft.

Er stammt aus einer Ar-
beiterfamilie und singt über
das Amerika von heute,
artikuliert die Gefühle der
Entrechteten, der Arbeitslo-
sen, Obdachlosen, der Be-
wohner sterbender Pro-
vinzstädte. Die solidarische
Haltung Springsteens ist be-
kannt: Er spendet Millionen
für die Verelendeten.

Foto: "People's Daily
World" (USA)



Mit Aeroflot
zu den XV. Moskauer internationalen
Filmfestspielen!



[7.—16. Juli 1987]
Zeitsparende Fluggeschwindigkeit
und bequeme Routen.
Aeroflot, die weltgrößte Fluggesellschaft,
befliegt fast 100 Länder
und garantiert Ihnen eine angenehme Reise.
Näheres über die bequemsten Routen
bei der Aeroflot-Vertretung in Ihrem Land.

AEROFLOT STETS ZU DIENSTEN!

GESCHÄFTSLEUTE UND TOURISTEN!

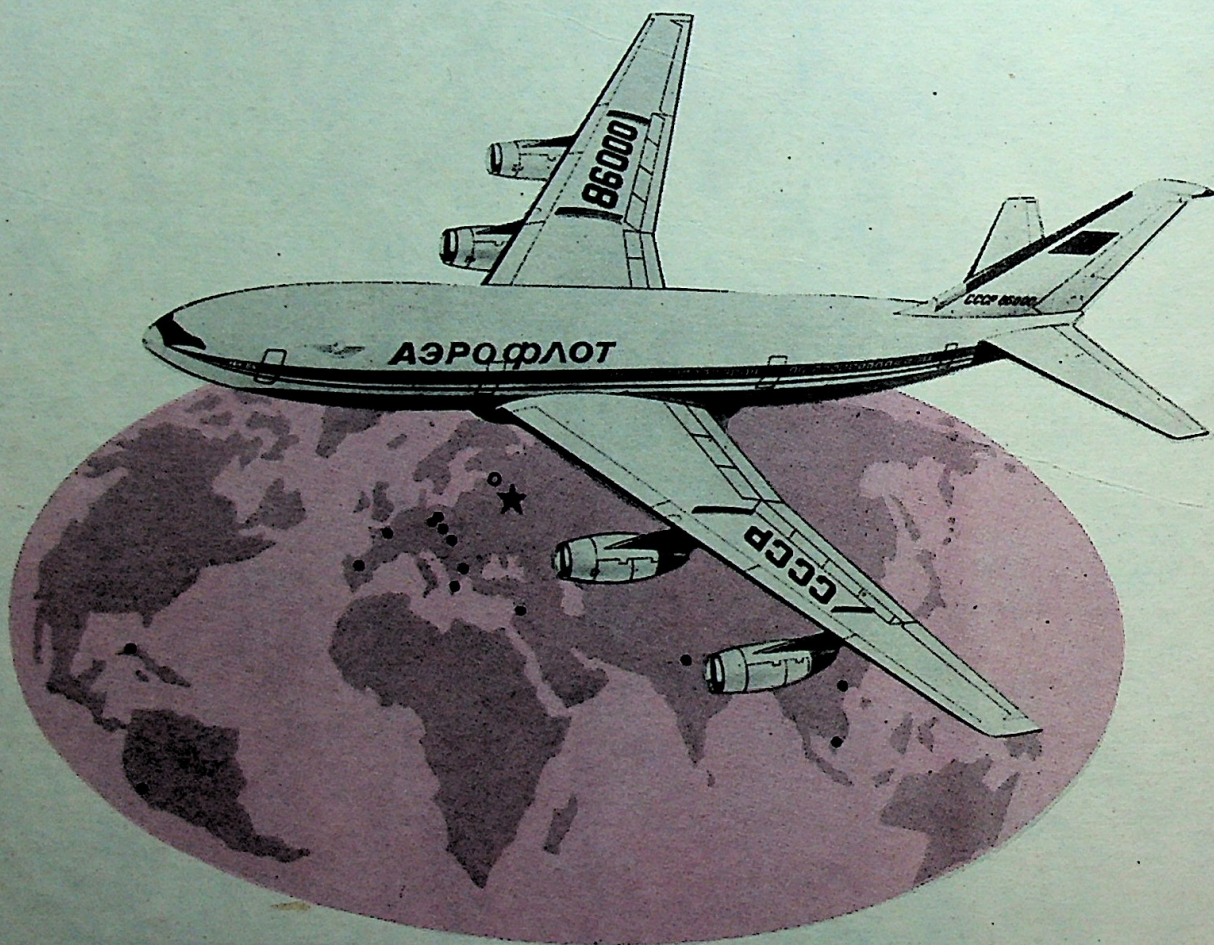
AEROFLOT OFFERiert DAS GROSSRAUMFLUGZEUG IL 86

Aus 15 Ländern der Welt bringt die IL 86 Sie in die Hauptstadt der Sowjetunion.

Nach Leningrad, in die schöne Stadt an der Newa, können Sie mit einer IL 86 aus Paris und Berlin fliegen.

Die IL 86 bietet über 300 Passagieren Platz.

Ihnen wird Komfort an Bord zusagen.



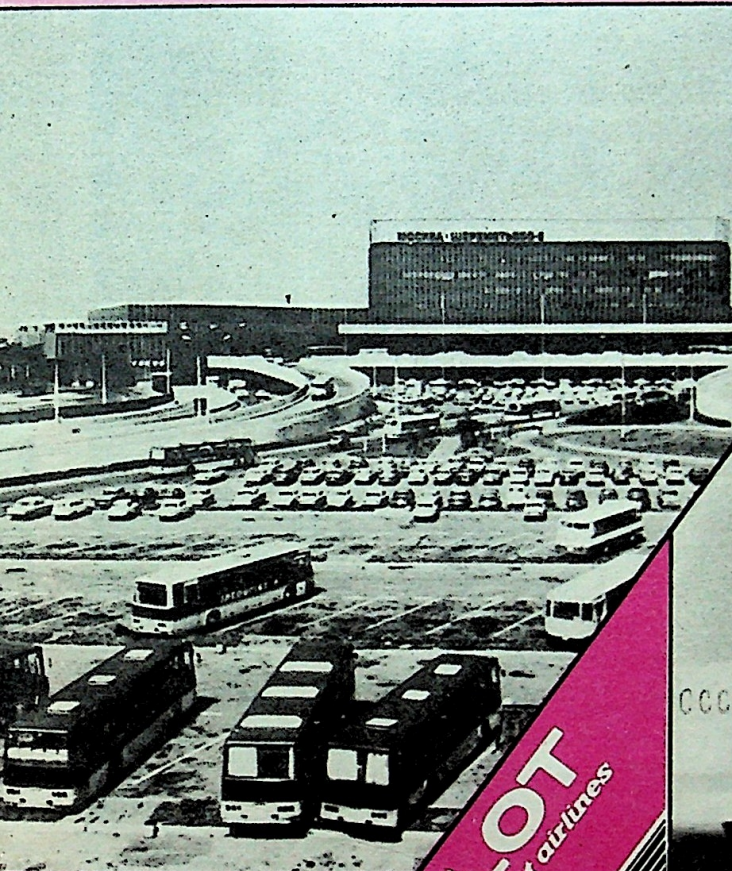
Alle Auskünfte über Flüge der IL 86 erhalten Sie bei der Aeroflot-Vertretung in Ihrem Land oder in der Zentralen Internationalen Aeroflot-Agentur unter der Anschrift:
119021 Moskau, Frumenskaja nabereschnaja, 4
Telefon: 245 00 02. Telex: 411202

AEROFLOT, DIE GRÖSSTE FLUGGESELLSCHAFT DER WELT

Ihre modernen, superschnellen Maschinen
IL 86, IL 62, TU 154 und TU 134
befliegen 122 Haupt- und andere Städte
in 97 Ländern.

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

IDEAL FÜR GESCHÄFTS-
UND ANDERE
REISEN.



Nähere Auskünfte erhalten Sie
bei der Aeroflot-Niederlassung
in Ihrem Land

AEROFLOT
Soviet airlines





Besuchen Sie die UdSSR!

Eine angenehme Reise garantiert Ihnen Aeroflot.

Sehenswert in den 15 Sowjetrepubliken sind eine schöne Natur, Leistungen der Volkswirtschaft, Wissenschaft und Technik, geschichtliche und kulturelle Denkwürdigkeiten.

Näheres über die interessantesten Routen bei der Aeroflot-Vertretung in Ihrem Land.

**AEROFLOT
STETS
ZU DIENSTEN!**

АЭРОФЛОТ

Soviet airlines

Wölfe muß man schießen, oder?

Ist der Mensch nicht im Recht, wenn er Wölfe tötet, um das Leben von Hirschen zu retten? Vor 20 Jahren hätte sich darüber niemand den Kopf zerbrochen. Warum sollte man den "grauen Räuber" bedauern? Heute ist der Mensch für jeden Versuch, die Natur zu "korrigieren" oder zu "verbessern", verantwortlich.

In der kanadischen Provinz Alberta ist der Caribou-Hirsch vom Aussterben bedroht. Nur noch 250 Exemplare sind am Leben. Maßnahmen gegen Wilderei wurden eingeleitet und Naturschutzparks eingerichtet. Außerdem haben die Behörden beschlossen, 70 % der örtlichen Wolfpopulation zu vernichten. Sie seien schließlich in erster Linie daran schuld, daß die Hirsche aussterben. Umweltschützer protestierten gegen den Beschluß der Behörden. Es gehe nicht an, den Wolf zum Sündenbock zu machen. Der Abschußentscheid mußte zurückgenommen werden.

Der Naturforscher und Schriftsteller Farley Mowat, bekannt für sein Buch über das Leben der Wölfe, sagt: "Es ist verbrecherisch, wenn wir unsere eigene Schuld daran, was wir mit der Natur anstellen, auf Tiere abwälzen, die sich nicht verteidigen können."

Wird man ihm Rotkäppchen je verzeihen!

Foto: "Time" (USA)



EIN GURU KEHRT HEIM

Guru Bhagwan Shri Rajnish, dessen Sekte nach vielen Skandalen aus dem amerikanischen Oregon ausgewiesen worden war, kehrte nach 6jähriger Abwesenheit in die indische Stadt Poona zurück. Hier begann einst sein zweifelhafter Ruhm. Die sekteneigenen Unternehmen in Westeuropa werfen nach wie vor nicht wenig Profit ab. Auf dieser Grundlage will Rajnish mit seiner Gefolgschaft in Poona eine neue "heilige Stadt" aufbauen. Die Polizei erinnert sich allerdings noch gut an das Treiben der Sektierer und befahl Rajnish, die Stadt innerhalb von 48 Stunden zu verlassen. Der Guru konnte schließlich doch noch einen Aufschub erwirken - für drei Monate...

ICH MALE

MIR 20 FRÄNKLI

Der Amerikaner Stephen Boggs ist Kunstmaler und lebt in England. Er malt Banknoten. Boggs ist jedoch kein gewöhnlicher Geldfälscher, denn er verheimlicht überhaupt nicht, daß er mit Kunstwerken bezahlt und signiert seine Banknoten sogar. Die Scheine werden gern angenommen und Wechselgeld zurückgezahlt. Sein Vermieter hat schon mehrfach begierig von seinem Mieter gefertigte 100-Pfundnoten entgegengenommen. Es sieht nämlich so aus, daß Liebhaber dieser extravaganten Kunstrichtung auf den Ausstellungen, die Boggs arrangiert, 500 echte für 5 falsche Pfund zahlen.

Die Schweizer Nationalbank leistete sich die unerwartet großzügige Geste, dem Künstler zu gestatten, für Ausstellungen und persönlichen Bedarf 3000 20-Frankenscheine zu drucken. Die konservativere Bank of England jedoch brachte Boggs vor Gericht...

KURZMARATHON

Beim Bostoner Marathonlauf von 1980 kratzte ein Athlet die Kurve und wurde erster. Seitdem beschloß man, die wichtigsten Marathonläufe der USA mit versteckten Videokameras zu überwachen. Neulich lief der Sieg des 44jährigen John Bell beim New Yorker Marathon unter einigen Experten Zweifel hervor. Sie prüften die Videoaufnahmen und fanden heraus, daß Bell mit 23 weiteren Läufern die Distanz um 10 Meilen verkürzt hatten.

des "Barlinnie"-Gefängnisses in Glasgow, Schottland, besetzten Gebäudes und nahmen drei Wächter gefangen. Sie erklärten, sie in Protest gegen die Brutalität des Gefängnispersonals Ausdruck

Gefangenen kletterten mehrmals aufs Dach, um sich maskiert entieren (Foto: Associated Press). Währenddessen bewarfen sie Gefängnisgebäude umzingelten, mit Dachziegeln.

Mediziner behaupten, daß diese Anzeichen sich in den letzten 20 Jahren verschlimmert haben. Dafür gibt es viele Gründe. Einer davon liegt in der Kürzung der staatlichen Bildungsausgaben. Wenn die Mittel knapp werden, opfern die Schulen zuerst den Sportunterricht. Er ist nur noch in 17 US-Bundesstaaten Pflicht.

• KRIMINALITÄT

Heimlich in die Ferien

"Erschütternd" nannte die spanische Wochenzeitschrift "Cambio 16" Angaben zur Kriminalität in Spanien. 1985 seien 639 592 Rechtsverletzungen registriert worden, darunter 325 126 Diebstähle. Autos wurden 101 215 mal gestohlen. Täglich knacken Automarder 1500 Automobile.

In der Urlaubssaison gilt die besondere Aufmerksamkeit der Gesetzesbrecher verlassenen Wohnungen. Der Verlag "Martinez Roca" brachte einen Ratgeber heraus, der verschiedene Tricks enthält, die Erholungssuchenden helfen sollen, ihre Wohnung während

ihrer Abwesenheit vor Einbrechern zu schützen. Außer selbstverständlichen Vorsichtsmaßnahmen, wie die Türen und Fenster fest zu schließen, wird empfohlen:

• dafür zu sorgen, daß der Briefkasten regelmäßig geleert wird. Ein überquellender Briefkasten könnte Diebe aufmerksam machen; den Mülleimer dagegen vor der Abreise nicht vollständig zu leeren;

• einen Zeitstecker anzubringen, der das Licht hin und wieder an- und ausschaltet;

• das Telefon leise zu stellen, damit von draußen nicht gehört wird, daß Anrufe nicht beantwortet werden;

• sich im Voraus niemals über seine Urlaubspläne auszulassen.

Eltern
sich
die
Die
dren"
der
n und
Alter
Jahren
umzug
der
te der
nicht
in we-
zu an
für
bes-
ur die
ppen
ssigen
auch
schen
an 100
und
öhten

Vor 10 Jahren und heute

Alexander LEBEDEV
Sonderkorrespondent
der "Neuen Zeit"



Zum ersten Mal war ich etwa ein Jahr vor Francos Tod in Madrid. Ich nahm ein Taxi, um den Tagungsort einer internationalen Konferenz zu erreichen (als Teilnehmer hatte ich das Einreisevisum relativ leicht erhalten), und nannte die Adresse. Die Spanier sind meist freundlich, aber das Gesicht des Fahrers wurde sofort kalt, ja feindselig. Auf den Grund kam ich später: Die Konferenz verlief im Haus der frankistischen Gewerkschaften. Die einfachen Menschen haßten die "vertikalen Syndikate" und lehnten den Faschismus ab.

Heute ist Spanien anders.

Bei "El Pais" zu Gast

"El Pais" bedeutet "das Land". Die Zeitung erscheint seit 1976, vertritt also gewissermaßen die Zeit nach Franco, die neue Epoche, in die die spanische Gesellschaft eingetreten ist. Redaktion und Druckerei liegen weitab vom Zentrum, in einem riesigen fabrikartigen modernen Gebäude. Innen ist alles funktional und gemächlich zugleich. Maria Dolores Ruiz de Elvira, von den Kollegen kurz Marilo genannt, erfahrene Journalistin, eine geistreiche, charmante Frau, Leiterin der internationalen Abteilung, führte mich zu den Räumen, in denen sich die wichtigsten Sektionen befinden. Die Zeitung zählt an die 200 literarische Mitarbeiter. Der große Saal weist nach amerikanischem Muster praktisch keine Trennwände auf. Abteilungsleiter und Redakteure sitzen zusammen, ein jeder vor seinem Computer. Man hört fast keinen Lärm, obwohl sich die Mitarbeiter miteinander unterhalten. Das ist keine Roboterfabrik, leeres Geschwätz aber meiner Meinung nach selten. Etwas anderes ist der Austausch von Informationen oder Eindrücken. Ein Abteilungsleiter kann sich ans Display jedes Mitarbeiters anschließen und, ohne ihn abzulenken, sehen, in welchem Stadium das Material ist. Wenn nötig, kann er sich einschalten,

helfen. Die Mitarbeiter ihrerseits können einander über das Gerät Informationen vermitteln.

Ich muß zugeben, daß ich, während Marilo mir all das erklärte, mich immer wieder fragte, ob einer, der an seine Schreibmaschine oder gar seine Feder gewöhnt ist, diese Technik rasch meistern kann. Die hier arbeitenden Journalisten, auch reiferen Semesters, versicherten mir, daß man das verhältnismäßig leicht könne. Obigens gibt es heute kaum noch einen Journalisten ohne einen Personalcomputer zu Hause.

Wie sich herausstellt, wird "El Pais" um die Arbeitsorganisation von vielen westeuropäischen Zeitungen beneidet. Der französische "Monde" und der britische "Guardian" haben ihre Mitarbeiter hierhergeschickt. "El Pais" erscheint täglich auf 56-96 Seiten in einer Auflage von ca. 400 000 Exemplaren, hat eine bunte Sonntagsbeilage und ist finanziell gesichert.

Die politische Orientierung? Gewöhnlich hört man, die Zeitung sei liberal, zentristisch (im Kopf steht das Wort "unabhängig"). Nicht selten spricht man von ihrer Nähe zur Regierung der Sozialisten. Das wird von den Redaktionsmitarbeitern entschieden zurückgewiesen, wenn sie auch gewisse persönliche Kontakte zugeben.

Auf jeden Fall sucht "El Pais" ihrem Namen gerecht zu werden. Geleitet wird die Zeitung von Juan Luis Cebrian, einem recht bekannten Exponenten der spanischen Politik. Er ist 42, von gewinnendem Wesen, scharfsinnig, dynamisch, Berufsjournalist und Autor mehrerer Bücher. Cebrian antwortete freundlich auf all meine Fragen. Eine davon betraf natürlich die sowjetisch-spanischen Beziehungen, deren 10jähriges Jubiläum gerade begangen wurde.

Das Thema Nr. 1

In Spanien kenne man die Sowjetunion noch wenig, sagte der Direktor, aber die

bilaterale Zusammenarbeit, die von allen ideologischen Animositäten befreit werden müsse, habe eine große Reserve. Große Bedeutung komme den sowjetisch-spanischen Beziehungen im Sinne der europäischen Entspannung zu.

"El Pais" bringt nicht wenig Material über die UdSSR, selbstverständlich von unterschiedlichem Niveau und bei weitem nicht immer wohlwollend. In den letzten Tagen schenkten die spanischen Massenmedien unserem Land besonders viel Beachtung. Das Januar-Plenum des ZK der KPdSU ist wirklich das Thema Nr. 1. Bei allen öffentlichen Begegnungen (Wjatscheslaw Sluschiwow, Vertreter des Sowjetischen Friedenskomitees, und ich waren auf Einladung von Friedensorganisationen nach Spanien gekommen) wurden wir mit Fragen nach der Umgestaltung überhäuft. Spanier verschiedener sozialer Stellung interessierten sich für die Perspektiven der Wirtschaftsreformen und der Demokratisierung des sowjetischen politischen Systems.

Die meisten Fragen zeugten von auf richtigem Interesse. Die Pläne radikaler Wandlungen in allen Bereichen unseres Lebens wecken eine Aufmerksamkeit für Erfahrungen und Beispiel des Sozialismus wie seit langem nicht. In Verbindung mit der begonnenen Erneuerung der Gesellschaft gewinnt die sowjetische internationale Politik ebenfalls mehr Sympathien.

Aktivisten der Friedensorganisationen, die erst vor kurzem die Meinung vertreten hatten, die UdSSR und die USA seien für das Wetrüsten gleichermaßen verantwortlich, sagten, daß das sowjetische Moratorium und die sich bei uns entfaltenden Prozesse sie dazu veranlassen, ihren Standpunkt zu überprüfen.

Man darf da nichts vereinfachen. An der Friedensbewegung beteiligten sich Vertreter sehr unterschiedlicher politischer Anschauungen, in ihren Reihen herrscht ein ziemlicher ideologischer und politischer Wirrwarr. Die einen fordern uns auf, ein Mehrparteiensystem einzuführen (sie glauben nicht, daß auch das Einparteiensystem Möglichkeiten demokratischer Willensäußerung bietet), und hoffen in der Umgestaltung Anzeichen des Kapitalismus zu finden (es fällt ihnen immer noch schwer zu glauben, daß der Sozialismus den Menschen in Wirtschaft und Politik mehr bieten kann). Einige (die "Bacus", wie sie in Spanien in Anlehnung an den bekannten russischen Anarchisten Bakunin heißen) stehen unseren Erklärungen über die von uns angestrebte Selbstverwaltung skeptisch gegenüber. Ihnen scheint, sie werde nicht viel gegen den Bürokratismus ausrichten. Wieder andere behaupten, Abrüstungsverhandlungen seien fruchtlos, die einzige Methode sei einseitige Abrüstung. Gemeint wird, daß die Sowjetunion immer wieder mit gutem Beispiel vorangehen

solle (zugleich wird zugegeben, daß der Westen in dieser Hinsicht Ermutigendes vermissen läßt).

Trotzdem werden alle Fragen im Unterschied zu einer nicht sehr fernen Vergangenheit ohne unverhohlene Feindseligkeit gestellt. Es sei gesagt, daß es nicht gelungen ist, die UdSSR in Spanien zu einem "Feind" abzustempeln. Die jüngsten Umfragen bezeugen: Nach Meinung der meisten Spanier wird der Frieden nicht von der UdSSR, sondern von den USA bedroht. Nach unseren Gesprächen zu urteilen, besteht das Thema, ob man die sowjetischen Reformen "fördern oder nicht fördern" solle, unter spanischen Intellektuellen und in den Universitätskreisen nicht. Die Haltung zur Modernisierung unserer Gesellschaft ist alles in allem positiv, wenn man hier auch sieht, daß eine erneuerte Sowjetunion, die auf allen Gebieten mit dem Progreß Schritt hält, die Extremrechten, besonders in den USA, beunruhigt.

Die Geschäftskreise zeigen großes Interesse an einer Kooperation unter den neuen Bedingungen. Viele Fragen galten gemeinsamen Betrieben: Ob es z. B. angehe, spanische Restaurants, die für ihre Küche berühmt sind, gemeinsam mit sowjetischen zu eröffnen.

In diesen Tagen traten in Madrid und anderen Städten sowjetische Musiker auf und wurden Gemälde sowjetischer Maler ausgestellt. Sie waren durch Boris Ugarow, Präsident der Akademie der Künste der UdSSR, vertreten. In Barcelona sprach Jesus del Rio, ein junger, sympathischer, energischer Politiker (Spanische Sozialistische Arbeiterpartei) und stellvertretender Repräsentant der Zentralregierung in Katalonien, überzeugt von der Notwendigkeit, die spanisch-sowjetische Zusammenarbeit zu vertiefen. Sehr herzlich wurden wir im Komitee zur Vorbereitung der Sommerolympiade 1992 empfangen. Dort versprach man, den sowjetischen Sportlern eine gute Aufnahme zu bereiten.

Nein, wir empfanden keine Feindseligkeit oder Ablehnung in Spanien, obwohl dort natürlich nicht nur lauter Freunde der UdSSR leben. Selbstverständlich aber könnten die Kontakte und die Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern wie auch der Informationsaustausch viel intensiver sein. Als ich einen Vortrag an der autonomen Universität Barcelona oder im Zentrum für Information und internationale Dokumentation hielt, wurde mir mit Bedauern gesagt, daß sowjetische Wissenschaftler und Journalisten dort seltene Gäste sind.

Ist eine Umkehr möglich?

Ja, Spanien ist anders geworden. Die Unvermeidlichkeit baldiger Veränderungen lag schon während meines ersten Aufenthalts in der Luft. Aber erst der Tod des Diktators ebnete den Weg zur Wiederherstellung der Demokratie.

Bei aller Widersprüchlichkeit der spa-

nischen Politik ist es, glaube ich, der Zentrumsregierung Suarez und anderen hoch anzurechnen, die dem Land eine verhältnismäßig reibungslose Umstellung auf neue Bahnen sicherten. Verhältnismäßig deshalb, weil die Extremrechten im Februar 1981 einen Militärputsch versuchten. Aber was seinerzeit Franco gelang, das schafften seine Nachahmer nicht. König Juan Carlos legte Ausdauer und Geistesgegenwart an den Tag, verweigerte den Verschwörern jede Unterstützung und festigte so seinen Ruf als Garant des Voranschreitens Spaniens auf dem Wege der bürgerlichen Demokratie. Die am Putsch beteiligten Militärs kamen hinter Gitter.

Ich blättere in der populären Zeitschrift "Diario" und sehe die arroganten Gesichter der Verschwörer, jener Offiziere, deren Fotos damals die Runde machten. Es heißt, ein Beschluß sei in Vorbereitung, der ihnen den Dienst in der Armee wieder ermöglichen solle. Ich frage meine spanischen Gesprächspartner, ob ihrer Meinung nach die Gefahr eines rechten Umsturzes bestehe. Fast alle Kommunisten, Sozialisten, Linke verschiedener Richtungen, Journalisten, Aktivisten der Friedensorganisationen antworten mit seltener Einmütigkeit: Nein, eine solche Gefahr sei nicht gegeben.

Die Antworten sind nicht rein emotional, sie werden durch Argumente untermauert. Ein Umsturz ist vor allem deshalb wenig wahrscheinlich, weil die Regierung der Sozialisten auf keine ernst zu nehmende Opposition stößt. Die Regierung Gonzalez paßt alles in allem den Banken, den Industriellen, der Armee (die modernisiert wird)...

Was wollen die Parteien?

Wie hiesige Analytiker sagen, habe die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei gegenwärtig praktisch keine Konkurrenz von links und rechts. Die Linke ist gespalten, desgleichen die Rechte, und die Zentristen stecken in einer dauernden Krise. In dieser Situation werden Vermutungen laut, die spanischen Sozialisten könnten, wie z. B. die schwedischen Sozialdemokraten, lange an der Macht bleiben.

Das erfordert begreiflicherweise geschicktes Manövrieren im sozialökonomischen Bereich und in der Außenpolitik. Vorläufig gelingt Gonzalez das. Der linke Flügel in der sozialistischen Partei existiert eher als theoretische Strömung denn als organisierte Gruppe. Was die Opposition betrifft, so entbrennt in der extremrechten "Volksallianz" nach der Niederlage des "historischen" Franquisten Fraga Iribarna bei den Parlamentswahlen der Kampf um den jetzt freien Platz des Chefs. Prognosen werden geäußert, daß Bedingungen für eine Rückkehr Suarez', des Führers des Sozialen und Demokratischen Zentrums, auf die politische Bühne heranreifen. Aber selbst seine Anhänger denken kaum an einen nennenswerten Erfolg bei den im Juni fälligen Wahlen zu den örtlichen

Machtorganen, eher schon an eine entferntere Perspektive.

Infolge der Spaltung wirken mehrere kommunistischen Parteien und marxistische Gruppen in Spanien. Wir trafen uns mit einigen ihrer Vertreter. Sie scheinen nicht damit zu rechnen, daß die Wiederherstellung der Einheit, die Bildung einer großen und einflußreichen kommunistischen Partei, die die Gesinnung eines bedeutenden Teils der spanischen Gesellschaft zum Ausdruck bringt, demnächst bevorstehe. Immerhin erwecken die energische Teilnahme unterschiedlicher Linkskräfte am Friedenskampf und ihre gemeinsamen Aktionen Hoffnungen.

Auf jeden Fall hat sich das bürgerliche parlamentarische System behauptet, und es funktioniert, als wären die langen Jahre des Faschismus nicht gewesen. Ist die Ideologie und Politik der spanischen Falange wirklich so ein Anachronismus geworden, daß sie zugleich mit Franco gleichsam eines natürlichen Todes gestorben ist? Wohl kaum, wenn man weiß, daß Demonstrationen von Altfaschisten und Grünschnäbeln, die den faschistischen Gruß zackig ausführen, immer wieder stattfinden. Uns wurde jedoch aufrichtig versichert, es handle sich eher um Extravaganzen einer belanglosen Gruppe als um eine ernst zu nehmende politische Kraft. Nun, die Spanier müssen es wissen. Übrigens werden Umstürze bekanntlich ohne Voranmeldung verübt.

Freilich kommen mit jedem Jahr weniger Verehrer des Generalissimus zu seinem Grab, um sein Andenken zu ehren. Das Grab selbst liegt in einer monumentalen Kirche, die (natürlich von Häftlingen) in einen Granitfels im "Tal der Gefallenen" gehauen ist. Franco verfügte den Bau dieses gigantischen, pomphaften Komplexes angeblich als Symbol der Aussöhnung in der Gesellschaft. In der Kirche sind Gefallene beider Lager des Bürgerkrieges begraben. In Wirklichkeit dachte der Diktator nicht so sehr an die Ehrung der Gefallenen und die Aussöhnung wie vielmehr an ein Pantheon für sich selbst. Die Kirche, die von einem kolossalen Steinkreuz gekrönt ist (es ist höher als die Kuppel der St.-Peters-Kirche in Rom, was seinerzeit den Vatikan zu Protesten bewog), macht einen eher deprimierenden Eindruck. Gewaltige Schmiedeeisentüren, eine herausfordernde Fülle von Marmor aller Schattierungen, überwältigende Gewölbe... Das Pompöse des Bauwerks betont nur die Sinn- und Hoffnungslosigkeit der Versuche des Diktators, die Unerschütterlichkeit seiner Macht bzw. seine Unvergänglichkeit zu beweisen. Das Denkmal im "Tal der Gefallenen" ist heute eine Sehenswürdigkeit für Touristen, ein Wahrzeichen vergangener Zeiten.

Die Spanier ziehen es vor, nicht an alte Wunden zu rühren und die Tragödien des Bürgerkriegs wiederzubeleben, sondern in die Zukunft zu blicken, die heute geschmiedet wird.

Madrid--Moskau

Handwerk hat goldenen Boden

Von unserem Sonderkorrespondenten
Nikita SHOLKWER

Jeder von uns ist auf den Dienstleistungsbereich angewiesen. Von ihm hängen die Stimmung und Arbeitsfähigkeit der Menschen, der Lebensstandard und die Qualität des Lebens ab.

In unserem Heft 3/87 schrieben wir über das Dienstleistungswesen in der UdSSR. Wie steht es damit in der DDR, der CSSR oder in Bulgarien? Ein Vergleich könnte bestimmt auch etwas für uns Nützliches zutage fördern.

Bei einem Töpfer

Das war reine Mystik: Dreimal in einer halben Stunde verwandelte der Töpfer einen Klumpen Ton vor meinen Augen in eine zierliche Vase. Dreimal versuchte ich, den Augenblick abzapfen, da die formlose Masse unter seinen Fingern schlanke Form anzunehmen begann, und konnte es doch nicht, obwohl ich ihm unverwandt auf die Hände blickte.

„Wie ist das, Reinhard, weißt du im Voraus, was das wird, oder verläßt du dich auf dein Fingerspitzengefühl?“

„Natürlich weiß ich das. Zuerst forme ich den Ton in meinem Kopf. Sonst kann man höchstens Nachtgeschirr anfertigen. Haben sich die Finger vergriffen, ist es am besten, man fängt alles neu an.“

Nach etwa sechs Stunden, am späten Abend, traf ich Reinhard in einem Studentenklub. Zu ohrenbetäubender heißer Rockmusik erzählte er mir seinen Lebensweg, und ich begriff, daß er nicht nur das Keramikhandwerk gemeint hatte.

Reinhard Keitel, 36, ist Handwerker. Private Handwerker stehen in der DDR hoch in Ehren. Ihre Tätigkeit hat nichts mit illegalem Pusch zu tun.

Ein privater Bäcker, Schneider, Schuster, Uhrmacher oder Autoschlosser verdient zwar etwas mehr als sein Kollege in einem volkseigenen Betrieb. Niemand wird ihn jedoch beneiden oder diese Differenz als nichterarbeitetes Einkommen bezeichnen. Der private Bäcker steht täglich um vier Uhr früh auf, damit sein Nachbar frische Brötchen zum Frühstück hat und in seine staatliche Brotfabrik etwas später gehen kann. Oder ist der Verdienst

eines Maurers, der an seinen arbeitsfreien Tagen einem Universitätsprofessor seine Datsche baut, unverhältnismäßig hoch? Wie dem auch sei, aus meinen zahlreichen Begegnungen und Gesprächen in der DDR gewann ich den Eindruck, daß das private Handwerk dort nicht so sehr um des lieben Geldes wegen ausgeübt wird, sondern eher deshalb, weil die Menschen ihren Beruf lieben, die Tradition pflegen und ihre schöpferische Energie voll ein-

Einer von der alten Zunft



setzen wollen. Reinhard Keitel war für mich ein Beweis mehr, wenn auch sein Weg zur privaten Töpferscheibe nicht ganz gewöhnlich war.

Er hat eine abgeschlossene Hochschulbildung und arbeitete bis 1980 als Bauingenieur in Weimar. Es ging ihm nicht schlecht, das Gehalt erhöhte sich (bis zu 1500 Mark im Monat), und die Aufstiegschancen waren nicht schlecht.

„Letzten Endes wäre ich vielleicht Chefingenieur in meinem Baukombinat geworden“, sagt Reinhard.

„Was paßte dir an so einer Laufbahn denn nicht?“

„Sie lag mir eben nicht.“

Mit 30 sattelte Reinhard um. Das erfordert nicht wenig Mut, ist doch die Laufbahn kein Klumpen Ton, den man immer wieder um- und neuformen kann. Keitel wagte sich auf ein für ihn neues Gebiet. Er schied 1980 aus seinem Arbeitsverhältnis aus und lernte Keramiker. Leichter gesagt als getan. Zahlreiche Formalitäten waren zu erledigen, bevor er die Genehmigung erhielt: Er hatte keine entsprechende Qualifikation, zudem hatte sich die Republik seine Hochschulbildung etwas kosten lassen.

Zwei Jahre arbeitete Reinhard als Töpferlehrling, dann machte er einen einjährigen Lehrgang mit und legte eine berufstheoretische und praktische Prüfung ab. Erst 1983 erhielt er die Lizenz, allerdings unter der Bedingung, binnen zwei Jahren die Meisterprüfung abzulegen (in der DDR darf nur ein Meister seinen Betrieb durch Einstellung von Facharbeitern und Lehrlingen erweitern). Wieder mußte er lernen, zwei Abschnitte an einer Betriebsakademie - den Abschnitt A (Management) und den Abschnitt B (Praxis) - mitmachen. Diese Ausbildung bezahlte er aus eigener Tasche, 600 Mark für den ersten und 1500 Mark für den zweiten Abschnitt. Nicht alle Bewerber schafften es, viele blieben schon bei den Zwischenprüfungen auf der Strecke. Keitel führte der Prüfungskommission ein elegantes Kaffeeservice vor, das eine hohe Zensur bekam.

„Und wie hast du dich all die Zeit durchgeschlagen, wo das Geld für die Ausbildung, für die Werkstatt hergenommen?“

„Ja, Geld brauchte man, und zwar nicht zu knapp. Allein der Raum für die Werkstatt - ein alter Kuh- und Schweinestall, drei Kilometer von Weimar entfernt, den ich mit eigenen Händen umgebaut habe - kostete mich 15 000 Mark. Keine Kleinigkeit. Aber etwas konnte ich noch als Ingenieur zusammensparen.“

Reinhard merkte, daß ich dieses Etwas im Kopf zusammenzurechnen versuchte, und erläuterte:

„Jeder DDR-Bürger darf in seiner arbeitsfreien Zeit eine Nebentätigkeit ausüben. Liegt der Gewinn dabei nicht über

3000 M im Jahr, braucht man dazu die Erlaubnis weder der örtlichen Machorgane noch der Betriebsleitung. Dieser Betrag wird auch nicht besteuert. Also führte ich nach Feierabend und an arbeitsfreien Tagen private Bauprojekte aus."

Wie kann aber festgestellt werden, ob du dabei weniger oder mehr als 3000 Mark verdient hast?"

"Am Jahresende füllt man eine Steuererklärung aus. Überprüfen — wozu? Unsere Republik sind wir, Bürger und Staat vertrauen einander. Ja, es gibt Ausnahmen, aber wer über seine Verhältnisse lebt, fällt auf, kann also nicht mogeln."

Es dunkelte rasch, und Reinhard holte aus seinem polternden Trabbi das Letzte heraus, um noch im Hellen die 3 km vor Weimar liegende Werkstatt zu erreichen und mir seinen Stolz — den Vorgarten mit japanischem Steingarten, den Plattenweg und den noch nicht ganz fertigen kleinen Fischteich — vorzuführen.

"Im Sommer ist es hier sehr schön, gute Luft zum Atmen und Denken. Ich mag die Natur, Tiere und Vögel. Es gibt etwas Gemeinsames, Verwandtes zwischen der Natur und meinem Beruf, der Keramik."

Draußen wurde es kalt, wir gingen in die Werkstatt hinein. Zwei nicht sehr große Räume, zwei Drehscheiben, ein Ofen, Eimer mit Ton, auf den Regalen längs der Wand Vasen mit und ohne Dekor, Kannen, Töpfe, kleine Plastiken.

Reinhard hat zwei Lehrlinge, eine 17jährige Oberschülerin und einen 25jährigen jungen Mann. Nach ihrer Ausbildung können sie bei ihm bleiben. Das Mädchen erhält ein Stipendium vom Staat, der junge Mann, der bereits einen anderen Beruf hat, von Reinhard: 400 M monatlich, wie vom Gesetz vorgeschrieben, und höchstens 200 M für geleistete Arbeit. Nach der Ausbildung werden beide bis zu 800 M verdienen können. Dieser Betrag wird aus dem Gesamtsatz des Betriebs ausgeklammert und nicht besteuert.

"Was fällt nach allen Abführungen und Steuern für dich ab?"

"In der ersten Zeit waren es rd. 700 M im Monat. Jetzt, nachdem ich die Lehrlinge genommen habe, komme ich auf 1000 M im Schnitt."

"Also ein Drittel weniger als auf deinem früheren Arbeitsplatz?"

"Mir kommt es nicht aufs Geld an. Ich rede vielleicht geschraubt, aber Keramik ist für mich eine schöpferische Betätigung, ein Mittel des Selbstausdrucks."

Absatzschwierigkeiten hat Reinhard nicht. Seine Erzeugnisse werden gern gekauft, auch von Kunsthandwerksalons, deren Vertreter häufig alles, was die Werkstatt bietet, pauschal (und um 30 Prozent billiger) kaufen. Unter den Kunden gibt es auch Besucher aus der BRD, wo solche Erzeugnisse viel teurer sind.



Jeder Bäcker hat sein spezielles Stollenrezept.

Dienstleistungen, privat und staatlich

Besteht ein Zusammenhang zwischen einem kaputten Recorder und einer kritischen Einstellung zur sozialistischen Gesellschaftsordnung? Jawohl, sagt Harold Blume, ein direkter. Er ist Bereichsleiter im Ministerium für Bezirksgeleitete und Lebensmittelindustrie der DDR, das auch für das Dienstleistungswesen verantwortlich ist.

"Hat ein junger Bursche sein Lieblingsspielzeug zu lange in Reparatur, überträgt er seinen Ärger über den Dienstleistungssektor nicht selten auf die Zustände in der Gesellschaft", setzt Harold fort. "Und erst die Abhängigkeit der Arbeitsproduktivität und Arbeitsmoral von diesem Sektor! Da liegen genaue Expertenberechnungen vor."

Deshalb rechnet die SED die Entwicklung des Dienstleistungswesens zu den wichtigsten sozialen und sogar politischen Aufgaben. Auf dem XI. Parteitag der SED im Frühjahr 1986 wurde beschlossen, die Leistungen der entsprechenden sozialistischen Betriebe zu erhöhen und zugleich die Tätigkeit von Handwerker-genossenschaften und privaten Betrieben zu fördern. Der Umfang solcher Arbeiten soll in diesem Planjahr fünf um 28 Prozent zunehmen. Welche Rolle die Genossenschafts- und Einzelhandwerker spielen, sieht man daran, daß sie in der DDR gegenwärtig zwei Drittel aller Reparaturen und Dienstleistungen für die Bevölkerung ausführen. Die mehr als 410 000 Handwerker der DDR sind in 82 000 Privatbetrieben und mehr als 2700 Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) beschäftigt.

Harold Blume erzählt mir vor allem über diese zwei Eigentumsformen, die in der DDR-Wirtschaft harmonisch mit dem Volkseigentum koexistieren.

"Privatunternehmer hatten wir schon immer, seit 1945", sagt er. "Wir liebten uns von Lenin leiten, der lehrte, mit Kleinunternehmern zu koexistieren, und hörten auch auf Empfehlungen der Sowjetischen Militäradministration. Und so erlaubten wir das private Handwerk, ja wir förderten es in jenen Bereichen, wo das für die gesamte Volkswirtschaft von Vorteil war. Nehmen wir die Bäcker. Kann man denn in jedem Dorf, jedem Ort eine Brotfabrik oder eine Großbäckerei haben? Wozu auch? Das wäre unrentabel. Private Bäcker sparen dem Staat Geld und Transport. Offen gesagt schmeckt ihr Brot auch besser, schon weil es nicht erst von weit her transportiert werden muß und frisch ist. Oder die Schuster. So ein Privater repariert rasch und sauber, er berät einen auch. Man kann sich mit ihm wie mit einem guten Bekannten unterhalten. Der private Handwerker kennt keine Tonnenideologie, und kein Plan trennt ihn vom Endverbraucher."

Heute bestreiten weder mein Gesprächspartner noch andere verantwortliche Ministerialbeamte in der DDR den Nutzen und die große wirtschaftliche Bedeutung der Arbeit von Privatunternehmern. Es gab jedoch eine Zeit, da sich Gewitterwolken über ihnen zusammenbrauten. Damals ging die Zahl der privaten Handwerker zurück. Man meinte, die staatlichen Betriebe seien imstande, den Bedarf der Bevölkerung an Dienstleistungen restlos zu decken, den Privatunternehmer zu verdrängen. Mitte

der 70er Jahre wurde aber klar, daß diese Aufgabe vorläufig nicht zu bewältigen ist. Seit dem 12. Februar 1976 faßte die DDR-Regierung mehrere Beschlüsse über die Entwicklung des privaten Sektors zur Verbesserung des Dienstleistungswesens. Die Gewährung von Krediten wurde erlaubt, die Besteuerung abgeändert. Private Handwerker z. B., die allein oder nur unter Hinzuziehung ihrer Angehörigen arbeiten und keine anderen Kräfte einstellen (laut Gesetz dürfen bis zu 10 Beschäftigten eingestellt werden), zahlen seitdem einen festen Betrag in Form der Steuer, während der Rest ihnen verbleibt. Wenn ein Handwerker Beschäftigte hat, entrichtet er eine Progressivsteuer (bis zu 60 Prozent des Umsatzes). Bei der Besteuerung werden die Zahl der Beschäftigten, die gesellschaftliche Bedeutung des jeweiligen Handwerks und viele andere Faktoren berücksichtigt.

Im Mai 1985 wurde ein Beschluß über vergünstigte Kredite für die Rationalisierung, Modernisierung und Erweiterung privater Handwerksbetriebe (unter gleichzeitiger Heranziehung der Mittel des Inhabers) gefaßt.

Die staatlichen Stimulierungsmaßnahmen trugen zur Erweiterung des privaten Sektors bei. Erstmals seit den 60er Jahren war die Zahl der Lizenzen für neue Handwerksbetriebe 1983 in Berlin höher als die der geschlossenen. Gegenwärtig gibt es in der Stadt beinahe 5000 Handwerker, die in eigenen Betrieben mit fast 20 000 Beschäftigten arbeiten. Zusammen mit 160 PGH führen sie rd. 70 Prozent aller Dienstleistungen für die Berliner aus. Jedes Jahr stellen die privaten Meister in der Hauptstadt der DDR über 750, in der gesamten Republik ca. 30 000 Lehrlinge ein.

Beinahe die Hälfte aller Privatunternehmer der DDR (42,1 %) arbeiten allein oder mit ihren Familienangehörigen; 19,6 Prozent der Meister haben je einen Beschäftigten, 18,9 Prozent je 2–3, weitere 15,6 Prozent je 4–8 und noch 3,8 Prozent je 9–10 Beschäftigte.

„Diese letzte Gruppe hat natürlich die höchsten Einkünfte“, kommentiert Harold Blume, „obwohl sie maximal besteuert wird. Die beiden ersten Kategorien haben dafür Sondervergünstigungen, ihnen hilft der Staat, und die örtlichen Machtorgane sorgen für sie.“

„Haben die Privaten Schwierigkeiten mit dem Absatz? Wer liefert ihnen Werkstoffe und Ausrüstungen?“

„Dazu bestehen verschiedene Einkaufs- und Liefergenossenschaften zur Betreuung von Bäckern, Schuhmachern, Maurern usw. Diese Genossenschaften liefern den Handwerkern, selbstverständlich gegen Entgelt, alles Notwendige, kaufen staatliche Rohstoffe und Ausrüstungen für sie und übernehmen den Transport von Fertigerzeugnissen an Geschäfte.“

„Wie hoch darf der Meister seine Beschäftigten entlohnen?“

„Die Löhne im privaten Sektor entsprechen in etwa denen in ähnlichen volkseigenen Betrieben. Das wird durch Gesetz und Steuersystem geregelt.“

„Und die Sozialversicherung für die Privatunternehmer?“

„Sie sind sämtlich in der Versicherung erfaßt, ihr Krankengeld wird ihnen gezahlt, eine Rente steht ihnen ebenfalls zu.“

„Eine letzte Frage: Wie sieht ihre sozialpolitische Stellung in der sozialistischen Gesellschaft aus?“

„Wir orientieren sie hauptsächlich auf den Dienstleistungsbereich. Die Privatunternehmer empfinden sich als Bestandteil der sozialistischen Gesellschaft, genauso wie die Mitglieder der PGH, die bei uns in den 50er Jahren durch freiwilligen Zusammenschluß von Handwerksbetrieben gleichen Profils entstanden.“

Harold Blume schlägt mir vor, einen solchen Betrieb zu besuchen.

In einer PGH

Die Produktionsgenossenschaft des Handwerks „Zentrum“ liegt in der Nähe der Friedrichstraße und bedient vor allem die zentralen Bezirke der Hauptstadt. Die PGH besteht seit bereits 28 Jahren und zählt 340 Mitglieder. Sie produziert Heizgeräte, die auch exportiert werden, Zündspulen für Mopeds und Elektrogeräte auf Bestellung (Signalanlagen für Aufzüge, Treppenlichtautomaten). Sie repariert Fernsehgeräte, Rasierapparate, Staubsauger, Waschmaschinen und andere elektrische Haushaltsgeräte. Die Leistung beträgt gute 19 Mio M im Jahr.

Außer dem Hauptgebäude, in dem ich mit Vorstandsmitglied Michael Wegener sprach, hat die Genossenschaft 19 Objekte im Zentrum Berlins.

„Wir arbeiten in engem Kontakt mit einer volkseigenen Reparaturvereinigung, die einen Teil von Aufträgen an uns abtritt“, erzählt Michael Wegener. „Eine Arbeitsteilung besteht insofern, als wir die einen, die Vereinigung die anderen Gerätetypen überholt. Aber die Annahmestellen haben wir gemeinsam, damit der Kunde weniger Zeit verliert und nicht mit einer kaputten Kaffeemühle oder einem defekten Föhn durch die halbe Stadt läuft. Er gibt das eine und das andere in derselben Werkstatt auf und erhält beides ebendort.“

Die PGH ist ein sozialistischer Betrieb mit kollektiver Eigentumsform und dem örtlichen Rat unterstellt, der den Umfang der Arbeit (aber nicht des Gewinns) und der Steuer festlegt, wie bei den Einzelhandwerkern auch hier die Progressivsteuer, 10–60 Prozent des Umsatzes.

Aber im Unterschied zu den Privatunternehmern ist die PGH bei der Verteilung

der Gewinne nicht so frei. Die Löhne und Gehälter werden hier vom Staat festgelegt und sind mit denen in den volkseigenen Betrieben vergleichbar. Dem Musterstatut zufolge darf nur die Hälfte der Gewinne für die sozialen Bedürfnisse der Belegschaft, kulturelle Massenveranstaltungen und Prämien verwendet werden. Die Prämien dürfen höchstens 30 Prozent höher sein als diejenigen in den VEB. Der Staat achtet darauf, daß die Gewinne der Genossenschaftshandwerker die der Arbeiter nicht allzusehr übersteigen. Die zweite Hälfte des Gewinns kann die PGH für die Entwicklung der Produktion verwenden.

„Woher bezieht die PGH Ersatzteile und Ausrüstungen?“

„Der Wirtschaftsrat von Berlin nimmt unsere Bestellungen entgegen“, antwortete Wegener. „Meist werden all unsere Aufträge in vollem Umfang erfüllt. Vor kurzem erhielten wir z. B. einen neuen Computer.“

Wer in die Genossenschaft eintreten will, muß in mehreren Raten einen Anteil in Höhe seines Verdienstes von zwei Monaten zahlen. Beim Austritt aus der PGH wird der Anteil zurückerstattet. Der Nettoverdienst beträgt im „Zentrum“ 750–950 M im Monat. Der Vorstand der PGH wird für je zwei Jahre in geheimer Abstimmung gewählt.

„Wie ist die Wartedauer in eurer PGH?“

„Sie ist vom Staat festgelegt, und wir müssen sie einhalten: 12 Tage für Waschmaschinen, 10 Tage für Fernsehgeräte. Gewöhnlich schaffen wir es schneller. Eine von uns verschuldete Reparatur auf Reklamation ist gratis, wobei der schuldige Mitarbeiter natürlich keinen Pfennig kriegt.“

Das Handwerk und der Dienstleistungsbereich der DDR sind zweifellos beachtenswert, sie haben wertvolle Erfahrungen gesammelt. Zugleich damit muß, wie meine Gesprächspartner betonten, noch vieles gemacht werden, damit dieser Bereich besser, dynamischer und operativer funktioniert. Nach meiner Ankunft in Berlin entdeckte ich beim Auspacken, daß meine Jacke einen Fleck abbekommen hatte, weil meine Schampooflasche (durch unartige Behandlung bei Aeroflot?) zerdrückt worden war. In der Hotelhalle war eine Annahmestelle der chemischen Reinigung, aber die Dame an der Theke schüttelte bedauernd den Kopf:

„In den vier Tagen, die Sie in unserem Hotel sind, schaffen wir es nicht.“

Eine private Reinigung sah ich im Zentrum Berlins nicht. Wahrscheinlich hätte man mir die Jacke dort schneller in Ordnung gebracht.

Weimar–Berlin–Moskau

In der Hauptstadt Sambias, Lusaka, begann der Süd-Afrika-Korrespondent der "Neuen Zeit", Nikolai Reschetnjak, seine Arbeit. Nachstehend bringen wir seinen ersten Bericht.

Nicht vom Kupfer allein

In Lusaka ist es schon um 4 Uhr morgens hell. Hahnenschreie wecken die Einwohner, die Vögel wetteifern miteinander. Und das in einer Stadt, fast mitten im Zentrum.

Als ich im Morgengrauen aufstand, mußte ich feststellen, daß die Stadt bereits auf den Beinen war. Frauen eilen zum Markt, gewaltige Körbe voll Bananen, Papaya, Maiskolben und anderer leckerer Sachen auf dem Kopf. Eile ist geboten, um den Nachbarinnen zuvorkommen und die besten Plätze zu erwischen. Auch die "Watchmans", die hiesigen Ordnungshüter, sind auf den Beinen. Busse, die die Arbeiter in ihre Betriebe in den Vorstädten bringen, zischen vorbei.

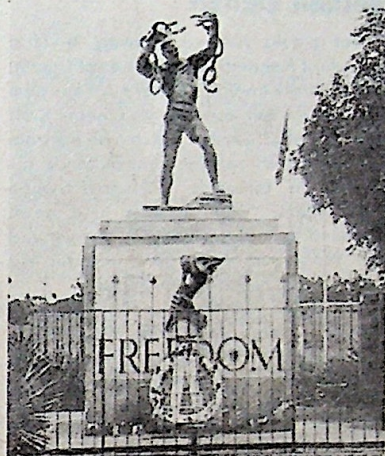
Noch vor 1931, als die Kolonialbehörden den Beschluß faßten, die Hauptstadt des Protektorats Nordrhodesien nach Lusaka zu verlegen, war hier nur eine kleine Eisenbahnstation. Alteingesessene berichten, daß noch Ende der 50er Jahre einstöckige Häuser überwogen.

Nach der Unabhängigkeitserklärung der Republik Sambia am 24. Oktober 1964 setzte ein förmlicher Bauboom ein. Moderne Bauten aus Glas und Beton schossen hoch. Das Parlamentsgebäude und das UNIP-Haus sind besonders attraktiv. UNIP ist die Abkürzung für Vereinigte Unabhängigkeitspartei, die regierende Partei Sambias. Die wichtigsten Sehenswürdigkeiten der Stadt sind das imposante Freiheitsmonument und der Präsidentenpalast.

Das Stadtzentrum ist bunt und lebendig. Die Gewänder der Frauen leuchten in allen Farben. In bunte selbstgewebte Stoffe gehüllt, tragen sie graziös ihre Babys, die auf dem Rücken oder direkt vor der Brust getragen werden — so kann die Mutter auch im Laufen ihr Kind stillen.

An koloniale Zeiten erinnert ein Stadtteil mit in üppigem Grün schwimmenden Villen, unter denen keine der anderen gleicht. Swimmingpools, gepflegte englische Rasen. Vor der Unabhängigkeit durften hier nur Europäer wohnen. Inzwischen gehören viele Villen auch Afrikanern — Diplomaten, Geschäftsleuten, hochgestellten Beamten.

Die einfachen Leute bewohnen Lehmhütten am Stadtrand. Dort hapert es immer noch mit Wasser und Strom. Lusaka und andere große Städte in Sambias



Freiheitsmonument

Kupfer-Gürtel sind umringt von Siedlungen der Squatters, wie hier Obdachlose genannt werden. Sie errichten notdürftige Behausungen aus Kisten und rostigen Blechen an den Stadträndern. Gegenwärtig wird in Sambia viel getan, um das Wohnungsproblem zu lösen. Jährlich werden über 1000 moderne Häuser gebaut. Die Situation bleibt aber noch kompliziert.

Sambia hat den höchsten Urbanisierungsgrad unter allen afrikanischen Ländern, die sich südlich der Sahara befinden. Die Bevölkerung in Lusaka wächst besonders schnell. 1971 wohnten dort 250 000 Menschen, heute sind es 850 000, berichtete mir B. Kapulu, Mitglied des ZK der UNIP.

Dadurch wird nicht nur das Wohnraumproblem verschärft, sagte B. Kapulu, sondern auch die Versorgung mit Lebensmitteln. Das wichtigste Nahrungsmittel in Sambia ist Maismehl. Eine halbe Million Sack Mehl, ein Sack faßt 90 kg, wird jährlich um Lusaka produziert. Die Stadt verbraucht aber jedes Jahr rund zwei Millionen Sack. Das fehlende Mehl muß aus anderen Gegenden herangeschafft werden. Auf meine Frage, ob etwas unternommen wird, das Bevölkerungswachstum in der Stadt in Grenzen zu halten, antwortet mein Gesprächspartner:

"Diese Frage hat die Führung des Landes ständig im Auge. Unsere Politik geht dahin, das Leben in ländlichen

Gegenden attraktiver zu machen und damit die Übersiedlung der Städter aufs Land zu fördern."

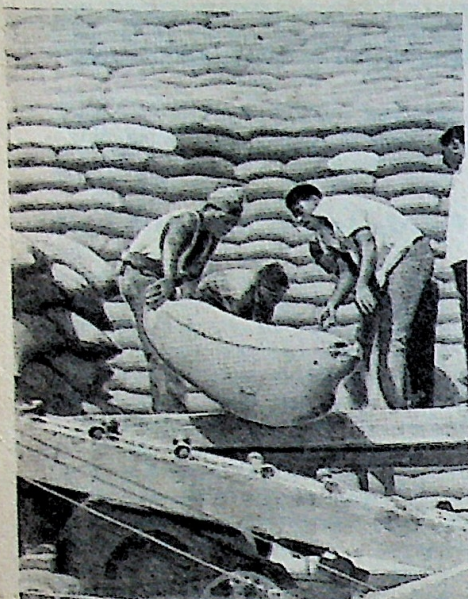
Feinde lauern nebenan

Äußerlich ähnelt Lusaka keiner Frontstadt. Das Leben verläuft hier in normalen Bahnen. Die Wunden jedoch, die das von der südafrikanischen Soldateska im Mai 1986 organisierte Bombardement der Stadt zugefügt hat, sind noch nicht verheilt. Im Stadtzentrum sieht man das Postgebäude mit gähnenden Fensterhöhlen. Eingekeimte Wände erinnern an die Explosion einer Bombe, die von Terroristen in ein Paket gelegt wurde, das für ein in Lusaka wohnendes ANC-Mitglied bestimmt war.

Auch nach dem Maiüberfall stellte Pretoria seine subversive Tätigkeit nicht ein. Am 17. Dezember 1986 berichteten Zeitungen darüber, wie drei Agenten des Rassenregimes von Südafrika festgenommen wurden. Sie hatten sich durch englische, neuseeländische und australische Pässe ausgewiesen. Sie provozierten Unruhen in der Hauptstadt Sambias und spielten den Unmut der Bevölkerung wegen der erzwungenen Preiserhöhungen für Maismehl hoch. Diese Agenten hatten ihre Hand im Spiel, als in der Mühle und im Kraftwerk von Livingstone Bomben detonierten. Kurz vor Jahreswechsel ist eine Verschwörung mit dem Ziel, die Regierung der Republik zu stürzen, aufgedeckt worden. Drahtzieher der Verschwörung war Südafrika. Eine Gruppe von Armeeoffizieren sollte das Ganze ausführen. Das Verschwörernest wurde rechtzeitig ausgehoben, doch diese Angelegenheit verdeutlichte die Methoden, die die RSA anwendet, um Sambia zu zwingen, seine Politik gegenüber dem Rassenregime zu ändern.

Sambia gewährte Führern des ANC und anderen Freiheitskämpfern Zuflucht. Sambias Regierung setzt sich kompromißlos für die Beseitigung der Apartheid und die Einstellung des Terrors ein. "Ungeachtet aller Schwierigkeiten und Entbehrungen engagierte sich Sambia immer für die gegen Kolonialismus und Rassismus kämpfende Völker", sagte mir Alexander Grey Zulu, Generalsekretär der UNIP. "Das war der Fall, als Angola und Mocambique gegen die portugiesische Kolonialmacht für Unabhängigkeit gekämpft haben und als das Volk von Simbabwe gegen das Rassenregime der weißen Minderheit im ehemaligen Südrhodesien gekämpft hat. Auch heute unterstützt Sambia den Befreiungskampf der Völker Namibias und Südafrikas."

Einen solchen Kurs zu verfolgen ist nicht leicht: Die RSA liegt in unmittelbarer Nähe. Aber kein einziges Mal habe ich einen Sambier sagen hören, sein Land müsse auf seine Grundsätze verzichten.



Maisernnte ist gut ausgefallen

Kupfer wird knapp

Wie andere ehemalige Kolonien muß auch Sambia für wirtschaftliche Selbständigkeit kämpfen und dabei Hindernisse überwinden, die von westlichen Monopolen errichtet werden. Präsident der Republik, Kenneth Kaunda, erklärte, daß die Hauptschwierigkeiten der Wirtschaft auf die niedrigen Kupferpreise zurückzuführen sind. Kupfer ist die wichtigste Exportware Sambias und sichert über 95 Prozent der Deviseneinnahmen des Landes.

Wenn von Kupfer die Rede ist, muß man erwähnen, daß neben sinkenden Preisen auch rückläufige Förderung zu verzeichnen ist. 1976 förderte Sambia 712 000 Tonnen, der gegenwärtige Stand liegt bei etwa 500 000 Tonnen. Viele Lagerstätten wurden ein halbes Jahrhundert und länger ausgebeutet. Inzwischen sind sie so gut wie erschöpft. Weiterer Abbau rentiert sich dort immer weniger. Das Problem wird durch Mangel an qualifizierten Fachkräften und modernen Ausrüstungen verschärft. Nach Meinung von Fachleuten kann der Bergbau höchstens noch 10 bis 20 Jahre in der nationalen Wirtschaft dominieren.

Während die Preise für Rohstoffe aus Sambia sinken, steigen die Kosten für Importe aus kapitalistischen Industriestaaten. Sambia muß seine Importe drosseln: Die Einfuhren belaufen sich heute auf weniger als die Hälfte dessen, was noch 1974 zu verzeichnen war. Aus diesem Grund sind viele Betriebe nur zur Hälfte ausgelastet. Manche müssen stillgelegt werden.

Finanzielle Schwierigkeiten verschärfen das Problem der Auslandsverschuldung Sambias. Sie wird auf über 4,5 Md. Dollar beziffert.

Vor zwei Jahren erklärte der Landespräsident den "ökonomischen Kreuzzug" gegen die Inflation. Alle neuen Projekte wurden eingefroren, PKW-Importe eingeschränkt und Weizenimporte um 20 Prozent gesenkt. Ende 1987 will man keinen Reis mehr einführen und seinen Anbau in südlichen Provinzen in genügendem Umfang sichern. Der Staatsapparat wird abgebaut.

Der "Kreuzzug", so meint man in Sambia, sei nützlich gewesen, habe aber die Wirtschaftslage noch nicht einschneidend verbessert.

Auf eigenen Beinen stehen

Der einzig richtige Ausweg, erklärte Präsident Kenneth Kaunda, besteht darin, daß die notwendigen Mittel nicht aus dem Ausland fließen, sondern aus eigener Kraft erwirtschaftet werden. Dazu muß man die Landwirtschaft und die verarbeitende Industrie in führende Wirtschaftszweige verwandeln. "Nur Sambier und sonst niemand kann uns ernähren, kleiden und mit Wohnraum versorgen" — lautet die Losung der regierenden Partei.

Um diese Aufgaben zu lösen, braucht man ein großes Startkapital. Wo soll man es beschaffen? Die Hoffnung, bedeutende Kredite bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) zu erhalten, erweist sich als illusorisch.

Trotzdem hat das Land beachtliche Erfolge bei der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln vorzuweisen. Mitte der 70er Jahre füllten aus der RSA importierte Waren die Kaufhallen. Selbst Obst gehörte dazu. Heute wird der Bedarf ausschließlich durch eigenes Obst und Gemüse gedeckt. Die Regale strotzen von Erdbeeren, Tomaten, Gurken, Zwiebeln, von Gemüse aller Art und jungen Kartoffeln. 10 bis 15 kg schwere Melonen liegen am Boden. Die Auswahl an Südfrüchten ist groß: Bananen, Ananas, Papayen. Bei der Eigenversorgung mit Schweinefleisch und Geflügel gibt es keine Probleme. Viele Nahrungsmittel müssen jedoch immer noch importiert werden.

In den letzten zwei Jahren hat es viel geregnet. Daher ist die Maisernte gestiegen. Man hofft darauf, daß im kommenden Jahr sogar Überschüsse erzielt werden. Ein Teil der Maisernte wird gelagert — wegen eventueller Mißernten. Der Rest wird exportiert.

Es werden neue Sorten von Mais, Sorghum, Sonnenblumen, Sojabohnen und Erdnüssen gezüchtet. Saatgut wird auch in andere afrikanische Länder exportiert. Langfristig sollen Tabak und Baumwolle ebenfalls zu Exportgütern werden. So wird die Losung der UNIP "Sich auf eigene Ressourcen stützen" Realität. Auf eigenen Beinen, so wird hier gesagt, steht es sich besser. Sie sind stabiler als die Krücken ausländischer Hilfe.

N. RESCHETNJAK
NZ-Korrespondent

Lusaka

Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) stieg die kurz- und langfristige Verschuldung der Entwicklungsländer um 48 auf 866 Md. Dollar. (Nach Schätzungen der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung /IBRD/, die die Gesamtschulden berücksichtigt, betragen die Auslandschulden der dritten Welt insgesamt beinahe eine Billion Dollar.) Das langsamere Anwachsen der Schulden erklärte sich zum Teil mit der Senkung der Zinsen auf den internationalen Leihkapitalmärkten von 11 Prozent 1984 auf 6 Prozent im September 1986. Doch bei weitem nicht alle Schuldnerländer profitierten von den billigeren Krediten.

Die Schuldenschlinge

Die Entwicklungsländer zahlten 1986 allein 62 Md. Dollar Zinsen an ihre ausländischen Gläubiger. Rechnet man die Rückzahlung der Schulden selbst und den Abfluß der Profite aus direkten Auslandsinvestitionen (8–10 Md.) hinzu, so haben die Entwicklungsländer den Zentren des Kapitalismus etwa 130 Md. Dollar zukommen lassen. Das ist mehr als das 4fache jener Finanzmittel, die sie 1985 vom Westen als „Entwicklungshilfe“ erhielten.

Wegen der angespannten Finanzlage der Entwicklungsländer schränkten die transnationalen Bankiers ihre Kredite ein. Hauptprofitquelle westlicher Kreditoren sind die zunehmenden Zinszahlungen, deren Summe seit 1983 über den neuen Anleihen liegt. Nach jüngsten Angaben des UNO-Sekretariats verdoppelt sich der Nettoabfluß privaten Bankkapitals aus den Entwicklungsländern jedes Jahr; Anfang 1986 erreichte er 41 Md. Dollar. Somit sind seit über drei Jahren eigentlich die Entwicklungsländer Geldspender des Westens.

Auslandsschulden sind das wichtigste Instrument des internationalen Monopolkapitals bei der Ausbeutung der dritten Welt. Die Schuldentilgung verschlingt über ein Viertel (bei einigen lateinamerikanischen Ländern über 46 Prozent) des Exporterlöses der Entwicklungsländer und nimmt ihnen jede Möglichkeit zur selbständigen Entwicklung. Auslöser einer weiteren Verschärfung der Schuldenkrise 1985 und 1986 waren die zunehmenden Währungs- und Finanzschwierigkeiten in den erdölexportierenden Ländern, auf die gegenwärtig fast ein Drittel der gesamten Außenverschuldung der Entwicklungswelt entfällt.

* Schluß. Anfang siehe Heft 6/87.

Im Teufelskreis

Die Schulden der Länder der dritten Welt beim Westen nahmen 1986 zwar langsamer als Anfang der 80er Jahre zu, aber die Schlinge um ihren Hals wurde immer fester zugezogen. Die Rüstungslast, die der Westen aufzwingt, bremst ebenfalls die Entwicklung der dritten Welt mit der Zeit immer mehr.

Nikolai MARKOW

Gegenwärtig haben 60 Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ernste Zahlungsschwierigkeiten und können ihren laufenden finanziellen Verpflichtungen nicht rechtzeitig nachkommen. Das zwingt sie, die etatmäßigen Ausgaben und den Import einzuschränken sowie die Realeinkünfte der Werktätigen zu senken. Eine solche Wirtschaftspolitik hemmt die Inflation, bremst dafür aber das Wirtschaftswachstum und verschärft die sozialen Probleme. Ebendeshalb intensivierte sich 1986 in mehreren Entwicklungsstaaten, vor allem in Lateinamerika, der Klassenkampf und entfaltete sich ein mächtiger Streikampf. Die Werktätigen protestieren mit ihren Massenaktionen gegen die Versuche des IWF, der westlichen Bankiers und der einheimischen Oligarchie, die Auslandsschulden durch Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung abzutragen.

Das Schuldenproblem ist längst kein rein finanzielles mehr. Es erfordert politische Lösungen. Das wurde auf der 12. Ratstagung des Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems (Lima, Oktober 1986) erneut hervorgehoben. Im Schlußkommunique lesen wir: „Der einzige Weg zu einer globalen und dauerhaften Lösung des Verschuldungsproblems ist der politische Dialog zwischen Gläubigern und Schuldern, beruhend vor allem auf dem

Prinzip der gemeinsamen Verantwortung und des Rechts auf Entwicklung.“

Aber die imperialistischen Mächte sprechen den Entwicklungsländern das Recht ab, selbständig zu entscheiden, welche Maßnahmen sie zur Verbesserung der Währungs- und Finanzlage treffen sollen. Von den jungen Staaten wird gefordert, die Unternehmen des staatlichen Sektors zu reprivatisieren, den Inlandsmarkt für westliche Waren zu öffnen und Beschränkungen für die Tätigkeit des Auslandskapitals aufzuheben. Die Politisierung der Kredite an die Länder der dritten Welt zeigt sich neuerdings auch darin, daß die IBRD bei der Umschuldung immer mehr zu sagen hat. Während früher die Kreditierung von der Erfüllung von IWF-Forderungen abhängig gemacht wurde, so kommen jetzt noch die Bedingungen der IBRD (langfristige Kredite) hinzu.

Die Rüstungslast

Zur wirtschaftlichen Abhängigkeit von den kapitalistischen Zentren, die die dritte Welt in den Teufelskreis der vom neokolonialistischen Entwicklungsmodell aufgetroyierten Währungs-, Finanz- und Handelsprobleme zwingt, kommt das weltweite Problem der internationalen Sicherheit hinzu.

Von 100 Entwicklungsländern, über die Statistiken vorliegen, verausgabten Mitte der 80er Jahre 69 mehr als 10 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für militärische Zwecke, bei 19 Ländern waren es über 20 und bei weiteren 11 über 35 Prozent. Anstatt Maschinen und Ausrüstungen zu kaufen und den sozialen Bereich zu entwickeln, geben sie horrenden Summen für den Waffenimport aus. In den letzten 20 Jahren kauften die Länder der dritten Welt für 222 Md. Dollar Militärtechnik im Ausland. Das macht zwei Drittel des gesamten Waffenimports der Welt aus und bildet mehr als die Hälfte der Finanzhilfe, die die Industrieländer ihnen erweisen.

Von 1973 bis 1980 wurden allein in die Nahost- und Südasienländer 4000 Kampfflugzeuge, 2500 Panzer und Geschütze, 22 000 Schützenpanzerwagen und 26 000 Fla-Raketen geliefert. Besonders rasch bewaffneten sich in den 80er Jahren die erdölreichen Monarchien am Persischen Golf. Saudi-Arabien allein gab 1981–1983 rd. 100 Md. Dollar für den Ankauf modernster Rüstungen aus. Der Import komplizierter und kostspieliger Militärtechnik verstärkt die politische Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den imperialistischen Mächten, macht ihren Handel mit dem Westen noch unausgewogener und erhöht die Auslandsschulden. Nach UNO-Angaben (1976–1980) rührte ein Fünftel des Zuwachses der Außenverschuldung der 20 größten Schuldnerländer von deren Waffenkäufen in den westlichen Ländern her. In vier Ländern erreichte besagter Anteil gar 40 Prozent.

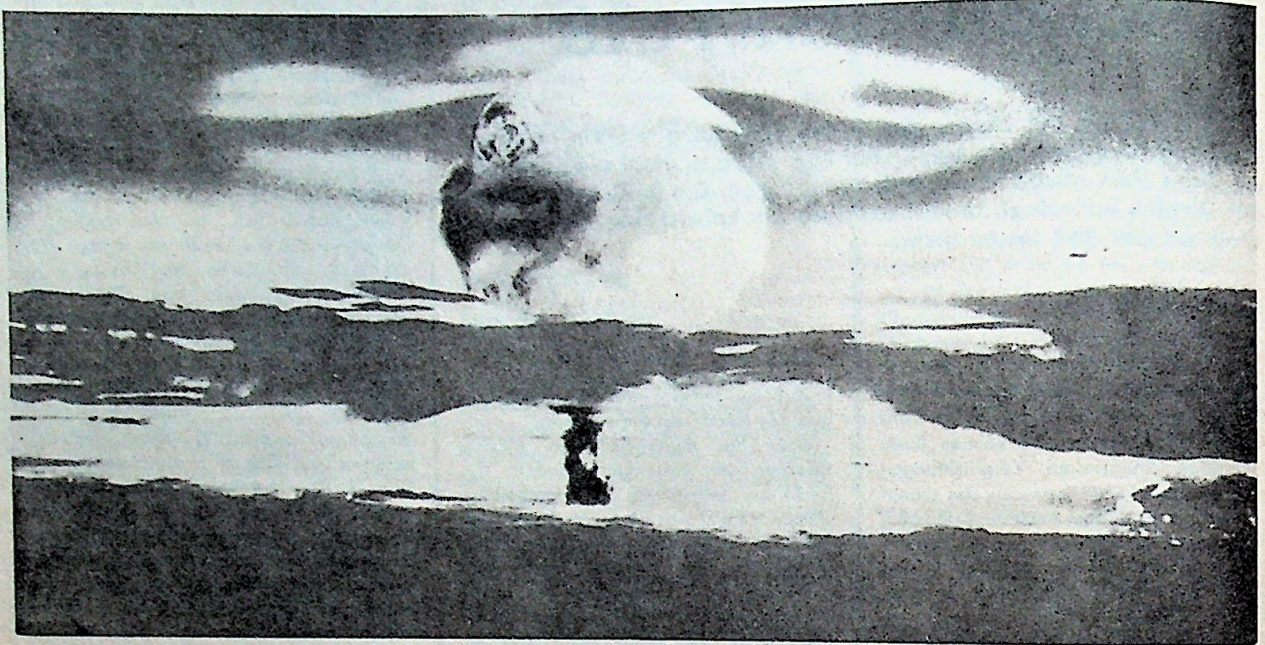
Verbesserung der Weltlage und zuverlässiges Sicherheitssystem in allen Regionen der Entwicklungswelt wären eine wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt. Das erklärten die meisten Staats- und Regierungschefs auf der 8. Konferenz der Nichtpaktgebundenen, die im September 1986 in Harare, der Hauptstadt Simbabwe, stattfand. Die nichtpaktgebundenen Staaten verlangten vom Westen, auf Handelsrestriktionen, Blockaden, Embargos und Gewaltanwendung gegenüber den jungen Nationalstaaten zu verzichten. Sie verurteilten die USA wegen ihres Wirtschaftsboykotts gegen Nicaragua und Libyen und setzten sich für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ein.

Die Ereignisse des vergangenen Jahres bestätigten den direkten Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung. Die heutigen sozialökonomischen und monetären Schwierigkeiten sind nur zu erleichtern, wenn die internationale Zusammenarbeit ausgebaut wird und verschiedene Länder bei der Lösung eines so dringlichen globalen Problems, wie es das Problem der Entwicklung ist, ihre Anstrengungen vereinen.

AUSLANDSSCHULDEN UND RÜCKZAHLUNGEN DER DRITTEN WELT
(in Md. Dollar)

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986*
Verschuldung							
(absoluter Betrag)	502	592	687	730	766	819	866
Rückzahlungen	79	98	110	99	112	113	120
Davon:							
Zinsen	40	54	64	61	68	66	62
Tilgung der							
Hauptschuld	39	44	46	38	44	47	58

* Schätzung



„Eine der verhängnisvollsten Entscheidungen aller Zeiten“

So nannte Herbert York, ein Urheber der amerikanischen Atomwaffe, Berater dreier US-Präsidenten für Wissenschaft und Militärtechnik, den Anfang 1950 bekanntgegebenen Beschluß Präsident Trumans, die Entwicklung einer Wasserstoffbombe in Angriff zu nehmen. Nicht von ungefähr wird der dramatischen Geschehnisse der 50er Jahre jetzt gedacht, wo die internationale Sicherheit in deprimierende Abhängigkeit von dem Beschluß des jetzigen US-Präsidenten geraten ist, SDI zu realisieren. Reagans "Strategische Verteidigungsinitiative" und

das, was man die "strategische Wasserstoffinitiative" Trumans nennen kann, sind von einer frappanten Ähnlichkeit und insofern dem angegebenen Zweck genau entgegengesetzt — sie sind nicht dazu angetan, die Sicherheit der USA und der Menschheit zu erhöhen, sondern bergen eine neue tausendfache Gefahr in sich. Das ist das Paradoxe an der Spirale des Wettrüstens und erklärt, warum wir uns den Kollisionen vom Anbruch des thermonuklearen Zeitalters zuwenden, was in diesem Dokumentarbericht von Dr. Alexej Schaskolski geschieht.

Der Vorwand

Am 3. September 1949 stellte ein Spionageflugzeug der USA östlich von Kamtschatka in 5500 m Höhe eine erhöhte

atmosphärische Strahlung fest. Die ungewöhnliche Situation lenkte das Augenmerk amerikanischer Analytiker und — als die Wolke über Amerika auch England erreichte — ihrer britischen Kollegen auf sich. Eine in den USA gebildete Sonderkommission kam zu einem Schluß, der die Atommonopolisten erschreckte: Die Russen hatten eine Bombe gezündet. Depressiert gab Truman durch seinen Pressesekretär Ross am 23. September eine öf-

fentliche Erklärung ab, die so begann: "Wir haben Beweise dafür, daß die UdSSR in den letzten Wochen eine Atomexplosion ausgelöst hat."

Die Fähigkeit der UdSSR, eine Atom-bombe zu entwickeln, war ganz verschieden beurteilt worden. General Groves, Leiter des Manhattan-Projekts, hatte geglaubt, die Russen würden noch 20 Jahre brauchen. "Ach wo, die Leute können ja nicht einmal einen Jeep

Foto 1952. Die erste amerikanische H-Bombe explodiert.

bauen", spottete er. Der Präsident selbst gestand später, er habe es kaum glauben können, daß "diese Asiaten" eine Atombombe entwickelt hatten. Die US-Wissenschaftler urteilten nüchterner, viele sprachen von fünf Jahren, aber auch sie hatten sich verrechnet.

In seinen "Erinnerungen" schrieb Truman unverhohlen: "Eine günstige Folge dieser Vorgänge war die Aktivierung der Arbeiten in unseren Labors, ein Antrieb für unsere bedeutendsten Wissenschaftler, sich mit der H-Bombe zu beeilen. Ich glaubte, alles, was uns in der Entwicklung der Atomenergie für Verteidigungszwecke die Führung sichern könnte, müsse ausprobiert werden."

In der Tat, in der H-Bombe sah die amerikanische Führung ihre Hoffnung darauf, die unbedingte militärische Überlegenheit wiederzuerlangen. Wie? Zum Unterschied von der Atomexplosion, die bei der Teilung schwerer Kerne eintritt, ist die Wasserstoffexplosion von einem Verschmelzen leichter Kerne zu schwereren begleitet. Die Reaktion vollzieht sich bei hohen Temperaturen. Bei klarem Wetter kann sie jeder beobachten — sie ist die wichtigste Energiequelle der Sonne und anderer Gestirne.

Schon Anfang der 40er Jahre konnten Physiker die Stärke einer solchen Explosion voraussagen, falls es gelänge, die Bombe zu entwickeln: Sie wäre 1000mal so groß wie die der Atombombe! Der normale Menschenverstand konnte ein derart horrendes Rechenexempel nicht fassen. Aber diese Abschreckungswaffe entsprach dem ausschlaggebenden Kriterium: Je grauenhafter, desto besser. Washington hielt die Atombombe durch den sowjetischen Test für entwertet und baute nunmehr auf die Wasserstoff-Superwaffe, die denn auch bedingt "Super" genannt wurde.

Um nicht die ganze Verantwortung auf sich zu laden, beschloß Truman, Wissenschaftler zu Räte zu ziehen. Die führenden Kapazitäten auf nuklearem Gebiet waren damals die Atomenergiekommission mit David Lilienthal als Vorsitzendem und ihr Generalbeirat unter Robert Oppenheimer. Ende Oktober 1949, nach einer Woche intensiver Beratungen, legte der Generalbeirat einen Geheimbericht vor. Er beinhaltete die einmütige "Hoffnung, daß man die Entwicklung dieser Waffe irgendwie vermeiden kann".

Aufgrund dieser Schlußfolgerung nahm die Atomenergiekommission das "epochale Dokument Nr. 349" an. Darin heißt es:

"Der Generalbeirat hat eine vorrangige Entwicklung der Superbombe gründlich erwogen. Kein einziges Beiratsmitglied war dafür. Die Ursachen unserer Ansichten, die uns zu diesem Schluß brachten, liegen weitgehend in der technischen Beschaffenheit der 'Super' und der Arbeit, die zur Schaffung einer solchen Waffe geleistet werden muß... Es liegt auf der Hand, daß der Einsatz dieser Waffe unzählige Menschenleben kosten

würde; das ist keine Waffe, die man ausschließlich zur Vernichtung von Militärobjekten oder für paramilitärische Zwecke verwenden könnte. Ihr Einsatz hat viel mehr als der einer Atomwaffe die Vernichtung der Zivilbevölkerung zur Folge."

Das "epochale Dokument Nr. 349" beinhaltete auch eine Sondermeinung von Beiratsmitgliedern. Oppenheimer schrieb:

"Wir alle hoffen, daß die Entwicklung dieser Waffe so oder so vermieden werden kann. Wir alle sind dagegen, daß die USA die Initiative zu ihrer Beschleunigung übernehmen. Wir alle sind uns darüber einig, daß es im Augenblick falsch wäre, uns mit allen Kräften darum zu bemühen."

Folgende Sondermeinung äußerten sechs Beiratsmitglieder: Conant, Rowe, Smith, Dubridge und Buckley sowie Oppenheimer:

"Die äußerste Gefährlichkeit des Vorschlags für die Menschheit, eine Superbombe zu entwickeln, überwiegt jeden militärischen Vorteil, der auf diese Art erzielt werden könnte... Uns beunruhigen die wahrscheinlichen globalen Folgen der beim Explodieren mehrerer Superbomben frei werdenden Radioaktivität... Die Superbombe kann eine Waffe des Völkermords werden... Das Vorhandensein einer derartigen Waffe, deren Vernichtungsgewalt praktisch unbegrenzt ist, stellt eine Gefahr für die Zukunft des Menschengeschlechts dar, und das kann nicht geduldet werden... Unserer Ansicht nach darf niemals eine Superbombe gebaut werden!"

Und schließlich meldeten noch zwei Beiratsmitglieder ihre Sondermeinung an: Enrico Fermi und Isidor Rabi:

"Eine derartige Waffe geht unweigerlich weit über jede militärische Aufgabe hinaus und gehört in die Kategorie größter Naturkatastrophen ein. Sie wäre von Natur aus ... eine Waffe, deren einzige praktische Folge der Völkermord ist. Natürlich läßt sich der Einsatz einer solchen Waffe ethisch in keiner Weise rechtfertigen... Unsere jetzigen Probleme sind winzig, verglichen mit denen, die nach einem Krieg entstünden... Von diesen Beweggründen ausgehend, halten wir es für wichtig, daß der Präsident der USA der amerikanischen Öffentlichkeit und der ganzen Welt erklärt, daß wir aus fundamentalen ethischen Grundsätzen heraus ein Programm für die Schaffung solcher Waffen als inakzeptabel ansehen."

Fermi und Rabi schlugen folgendes vor:

"Es ist nur konsequent, wenn wir die Völker der Welt aufrufen, mit uns die feierliche Verpflichtung zu übernehmen, die Entwicklung einer Waffe dieser Klasse nicht einzuleiten. Sollte eine derartige Verpflichtung sogar ohne Kontrollapparat übernommen werden, so wäre es sehr wahrscheinlich, daß in einem anderen Land ein fortgeschrittenes, zum Test fähiges Stadium mit den verfügbaren physikalischen Mitteln entdeckt werden könnte. Mehr noch, uns stehen

erhebliche Atombombenvorräte zur Verfügung, die ausreichen würden, für den Bau einer 'Super' oder ihren Einsatz 'militärische' Vergeltung zu üben."

Eine verpaßte Chance

Der kluge Vorschlag Fermis und Rabis (ihre Meinung teilte Oppenheimer) erscheint noch jetzt als optimal. Die Situation erinnert aber an die jetzige SDI-Diskussion. Die Wissenschaftler sind dagegen, Washington aber lehnt es — wie vor 30 Jahren in der Hoffnung auf seine eigene militärische Überlegenheit, jetzt im Weltraum — ab, sich mit Laborschulungen zu begnügen, und beeilt sich, den Geist aus der Flasche zu lassen. Und dann...

Trotz der unverkennbaren Bereitschaft der UdSSR, ihren westlichen Verhandlungspartnern entgegenzukommen, wurde das Verhalten der USA und ihrer Bündnispartner immer streitbarer. Die Atomwaffen wurden als "das einzige Mittel" zur Verhütung eines Einfalls der Sowjetarmee in Westeuropa hingestellt (die abgedroschene Behauptung dient noch jetzt als Rechtfertigung für die Anfüllung Europas mit A-Waffen). Beharrlich sah man über die Tatsache hinweg, daß die Mannschaftsstärke der Sowjetarmee durch sukzessive Demobilisierungen zwischen 1945 und 1948 von 11,4 auf 2,9 Millionen zurückgegangen war. Die sowjetischen Truppen wurden aus Jugoslawien, aus der CSSR, aus Norwegen, China, dem Iran und Nordkorea zurückgezogen. Und schließlich kam die UdSSR dem Westen in einer so heißen Sache wie der Kontrolle entgegen. Auf der 3. UNO-Vollversammlung (1948) schlug die UdSSR vor, die Atomwaffen zu verbieten und zugleich die Befolgung dieses Verbots unter Kontrolle zu stellen. So ein "Paket" paßte dem Westen nicht: Eine Kontrolle, solange der Westen stärker ist? Ja. Ein Verbot? Nein. Der sowjetische Vorschlag wurde abgelehnt.

Ein Urheber der Nachkriegspolitik und Ideologe der "Eindämmung" des Kommunismus — dieser ersten strategischen Doktrin des kalten Krieges —, George Kennan, schreibt in seinen Memoiren über eine Denkschrift, die er Staatssekretär Acheson überreicht hat. Kennan nahm darin entschieden gegen die Schaffung einer Superbombe Stellung:

"Die Verheerungen, die diese Waffe anrichten könnte, brächten unserem Volk weder den Sieg noch Sicherheit. Ihr Einsatz hätte bestenfalls schlechtere Lebensverhältnisse für die Menschen überall, auch bei uns, zur Folge."

Diese vernünftigen Empfehlungen gerieten in Konflikt mit dem gegen Ende 1949 von den Militärs und vom US-Kongreß gefaßten Standpunkt. Damals, ebenso wie 30 Jahre später, handelten die Leute noch unverfroren, die auf die Politik der Stärke und nicht auf die Stärke der Politik bauten.

"Nuklearlobby" in der Offensive

Leider erkannten nicht alle Wissenschaftler, wie gefährlich die neue Runde der Technologie des Overkill ist. Die energischsten Lobbyisten dieser Bombe waren drei namhafte Atomphysiker: Teller, Lawrence und Alvarez. Ihr Hauptargument wurde von Lawrence ganz simpel formuliert: Pflicht des Wissenschaftlers sei es, neue Kenntnisse und Technologien hervorzubringen, dafür, was mit diesen geschieht, seien jedoch die Politiker verantwortlich. Edward Teller schrieb im Februar 1950 im "Bulletin of the Atomic Scientists":

"Der Wissenschaftler ist für die Naturgesetze nicht verantwortlich. Seine Sache ist es, zu klären, wie diese Gesetze wirken. Sache des Wissenschaftlers ist es, in Erfahrung zu bringen, wie diese Gesetze dem menschlichen Willen dienstbar gemacht werden können. Es ist nicht Sache des Wissenschaftlers, zu bestimmen, ob man eine Wasserstoffbombe entwickeln und einsetzen, oder wie man sie benutzen soll. Diese Verantwortung ist dem amerikanischen Volk und seinen gewählten Vertretern auferlegt."

Eine derartige wissenschaftliche Ethik ist in unserer Epoche inakzeptabel, der Wissenschaftler hat kein Recht, sich der Verantwortung für die Superbombe der 50er Jahre oder den modernen Laser für "Sternenkriege", zu entziehen. Einstein schrieb in seinem Vermächtnis für die Wissenschaftler: "Die Sorge für den Menschen und sein Schicksal muß der Hauptzweck der Wissenschaft sein. Vergessen Sie das niemals bei Ihren Skizzen und Gleichungen." Teller mißachtete damals dieses Vermächtnis und mißachtet es noch jetzt.

Edward Teller kann es auch im Alter nicht lassen. Er ist ein Urheber der "Sternenkriege". Vor der unrühmlich bekannten Ansprache Reagans vom 23. März 1983, in der er das SDI-Programm bekanntgab, hatte er vier "astrale" Gespräche mit Teller. Der Verfechter des Massenmordes überredete den Herrn des Weißen Hauses, die Rettung vor russischen Raketen am Himmel zu suchen. Besonders beredt strich Teller die "Vorzüge" der Kernwaffen dritter Generation heraus, namentlich die des neutronengepumpten Röntgenlasers. Zum Unterschied von den allzu "rücksichtsvollen" Gegnern des Super-Projekts entwickelten seine Anhänger eine fieberhafte Geschäftigkeit. Im Kapitol tat sich Senator Brien McMahon, Vorsitzender der Vereinigten Atomenergiekommission des Kongresses, hervor. Seine Begeisterung für die Massenmordwaffe brachte er in seinem Urteil über Hiroshima zum Ausdruck, das er "das größte Ereignis der Weltgeschichte seit Christi Geburt" nannte. Er schreckte die Kongreßmitglieder mit der thermonuklearen Variante der "russischen Bedrohung" und malte Zweiflern die apokalyptische Aussicht aus, daß "die absolute Macht des absolut Bösen gleichbedeutend mit dem

absoluten Untergang sein wird". Nicht nur McMahon, sondern auch Acheson interpretierte bald darauf den Unterschied zwischen Ost und West als Unterschied zwischen dem absolut Bösen und dem absolut Guten, was ihnen in den 80er Jahren die Anstifter eines neuen "Kreuzzuges" gleichtun.

Nur sieben Minuten

Eine Sonderkommission des Nationalen Sicherheitsrates sollte dem Präsidenten die Entwicklung einer Superbombe endgültig empfehlen. Sie wurde aus Staatssekretär Acheson, Verteidigungsminister Johnson und dem Vorsitzenden der Atomenergiekommission, Lilienthal, gebildet. Sie trat am 22. Dezember 1949 und am 31. Januar 1950 zusammen. Nur Lilienthal versuchte, das Absinken in ein thermonukleares Wettrüsten zu verhindern. Aber seine Unentschlossenheit und Inkonsistenz verhinderten seinen Sieg über die "thermonuklearen Enthusiasten". Lilienthal unterzeichnete ein Dokument, demzufolge es notwendig sei, H-Waffen zu bauen, behielt sich jedoch das Recht vor, dem Präsidenten seine Sondermeinung vorzutragen. Er sagte: "Ich spüre, daß unsere Zukunft und das Schicksal der Menschheit mit diesem Beschluß zusammenhängen."

Am 31. Januar nachmittags trafen Acheson, Johnson und Lilienthal, von Admiral Souers vom Nationalen Sicherheitsrat begleitet, im Weißen Haus ein. Die Audienz dauerte nur sieben Minuten. Truman wollte nur ihre wichtigste Schlußfolgerung wissen. Ohne die Argumente zu lesen, unterschrieb er das Dokument. Als Lilienthal anfang, seine Sondermeinung vorzubringen, unterbrach ihn Truman: "Können die Russen eine bauen?"

Alle nickten schweigend.

"Dann haben wir keine Wahl."

Wie Historiker später feststellten, hatte der Präsident seine Wahl schon Wochen vorher getroffen.

Am 1. Februar erschien die "New York Times" mit folgenden Schlagzeilen auf der Titelseite: "Truman hat Bau einer H-Bombe angeordnet", "Ein epochaler Beschluß. Der Präsident sagt, er muß die Nation vor einem Aggressor schützen." Der Kongreß klatschte Beifall. Die paar nüchternen Stimmen gingen im Tumult der "Wasserstoffbegeisterung" unter. Im Fernsehen — die technologische Neuerung zog bereits in den Wohnungen der Amerikaner ein — sagte Einstein besorgt:

"Jetzt sagt man im Volk, daß die Entwicklung einer H-Bombe ein neues Ziel sei, das man wahrscheinlich erreichen wird. Der Präsident der USA hat die beschleunigte Entwicklung einer H-Bombe feierlich verkündet. Sollten diese Bemühungen glücken, dann wird die radioaktive Verseuchung der Atmosphäre und folglich die Vernichtung allen Lebens auf der Erde technisch möglich sein. Der verhängnisvolle Ausgang liegt offenbar in der Unerbittlichkeit dieser Erscheinung

selbst begründet. Jedem neuen Schritt folgt unweigerlich ein weiterer, und schließlich zeichnet sich die allgemeine Vernichtung immer deutlicher ab."

In der Kampagne für die "Superbombe" schien ein Argument auf, das im Wettrüsten noch jetzt strapaziert wird: die amerikanische Verteidigung sei zu schwach, es bestehe (oder nahe) eine Gefahr, die von einer Art sowjetischer Waffen ausgehe. Militärs redeten Truman (selbst im Widerspruch zu Spionageangaben) ein, daß Amerika nicht mächtig genug sei. In den drei Wochen vor dem Beschluß des Präsidenten erläuterten ihm die Vereinigten Stabschefs dreimal, daß Amerika untergehen müsse, falls es die neuen Waffen nicht herstelle. Als gewiegter Politiker kannte der Präsident das Gewicht des Militäramtes und der mächtigen Rüstungsmonopole, die hinter diesem standen.



Edward Teller, heute SDI-begeistert.
Aus: "Der Spiegel" (Hamburg)

Tücken der Methode

Truman war als erster US-Präsident eine Geisel des Lügenmärchens von der "sowjetischen Bedrohung". In seiner "Wasserstoffvariante" nahm dieses Märchen greifbare Gestalt an. Im Februar 1950 schrieb Brigadegeneral Loper eine Denkschrift mit der Vermutung, die UdSSR könne in geheimen Kernwaffen bauen und die USA einholen. Loper nahm an, daß die UdSSR H-Bomben herstellt. Der übermäßig wachsame General machte den Vorbehalt, diese Betrachtungen könnten Phantasie sein, er rief jedoch, sie nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Verteidigungsminister Johnson und Truman sahen über das Phantastische der Vorschläge Lopers hinweg. Am 10. März bestätigte Truman die Empfehlung des Nationalen Sicherheitsrates, das Programm für die Entwicklung einer thermonuklearen Waffe als "vordringlich" zu behandeln.

Truman hatte nur wieder einmal dem Druck der Militärlobby nachgegeben und gläubig die Mitteilung aufgenommen, daß die Sowjets einen Vorsprung gewinnen könnten. Damit begann jedoch eine neue Phase des amerikanischen militärischen Denkens. Das anlaufende nukleare Wettrüsten fand eine vorgeäuschte Recht-

fertigung darin, daß eine sowjetische Überlegenheit drohe. Mitte der 50er Jahre wurde "der Rückstand bei den Bomben" und Ende der 50er Jahre "der Rückstand bei den Raketen" als so ein Schreckgespenst aufgebaut. Allerdings wurde die Zahl der sowjetischen Bomber damals 3—4mal und die Zahl der Raketen 15—20mal so groß wie in Wirklichkeit angegeben. Das Pentagon bildete eine ganze Flotte strategischer Bomber und begann als erstes, bodengestützte interkontinentale ballistische Raketen in Massen aufzustellen.

Die Lügen, mit denen das Wettrüsten aufgeheizt wird, sind einfach erstaunlich. Neuerdings sagte Teller in einer Vorlesung über sein Lieblingsthema, die militärische Überlegenheit der hinterlistigen Russen, die rüsten, um den wehrlosen Westen zu überfallen, ohne mit der Wimper zu zucken: "Beschuldigungen gegen mich sind schwer beweisbar."

Was Herbert Wells

voraussah

Das von den USA forcierte Wettrüsten mit Superwaffen legt Touren auf. Das thermonukleare Verfahren wurde von den Amerikanern erstmalig am 8. Mai 1951, genau sechs Jahre nach dem Sieg über den gemeinsamen Feind, ausprobiert. Amerika testete eine Superwaffe gegen seinen treuen Verbündeten aus der Antihitlerkoalition. Die Möglichkeit, Superbomben herzustellen, war bewiesen. Am 1. November 1952 wurde eine schwerfällige Einrichtung, die ein ganzes Haus einnahm, zum Explodieren gebracht. Eine Bombe, die ein Flugzeug tragen konnte, wurde im März 1954 gezündet und schließlich eine "Superbombe" zum ersten Mal im Mai 1956 von einem Flugzeug abgeworfen. Zu diesem Zeitpunkt hatten die USA jedoch nicht mehr das H-Bombenmonopol, was ausdrücklich in einer UdSSR-Erklärung vom 8. August 1953 gesagt war. Der Atomphysiker Hans Bethe schrieb 1954: "Da wir gesagt hatten, daß wir weitermachen werden, hatten die Russen keine andere Wahl, als das auch zu tun. Im Hinblick auf Atomwaffen gaben wir seit Kriegsende sowohl qualitativ als auch quantitativ den Ton an. Rußland mußte aufholen oder ein zweitrangiger Staat werden. Überhaupt finde ich, daß die Schaffung einer Wasserstoffbombe ein Unglück ist... Ich bin noch jetzt sicher, daß man hätte untersuchen müssen, ob eine Vereinbarung mit Rußland, keine Bombe zu entwickeln, möglich gewesen wäre."

Jetzt hält dieser Nestor der amerikanischen Physiker, Träger eines Nobelpreises, eine sichere Raketenabwehr für unmöglich. Ebenso denken die meisten seiner Kollegen. Eine Umfrage unter den Mitgliedern der amerikanischen Nationalakademie ergab, daß die Einstellung gegen SDI 8:1 beträgt.

Die vom Weißen Haus ungelernete Lektion über die Geschichte der "Superbombe" besagt auch, daß das Sicherheitsproblem mit Hilfe des militärtechnologischen Fortschritts nicht gelöst werden kann. Vorgestern die "Super", heute SDI und morgen höchstwahrscheinlich Hindernisse auf dem Weg zu wirklicher Landesicherheit, die von politischen und nicht von militärischen, mit Gewalt verbundenen Entscheidungen abhängt. Die Mißachtung politischer und diplomatischer zugunsten militärtechnischer Möglichkeiten zeugt von falschem staatlichem Denken, das im Raketen- und Weltraumzeitalter nicht geduldet werden kann. Erstaunlich, daß der große Futurologe Herbert Wells diesen Widerspruch schon 1914 voraussah. Er schilderte dramatisch den Anbruch des Atomzeitalters gegen Mitte des 20. Jahrhunderts und sah sich "eine tiefe Kluft zwischen der wissenschaftlichen, der geistigen Entwicklung einerseits und der Welt der Gesetzgeber und Politiker andererseits" auftun. Er prophezeite das Entstehen von "Atombomben", die "einen Krieg unmöglich machen werden". Schon vor dem ersten Weltkrieg schrieb er:

"Im Laufe des ganzen 19. und 20. Jahrhunderts hat die vom Menschen lenkbare Energie zugenommen. Auf den Krieg angewandt, bedeutet das, daß die

Schlagkraft, die Vernichtungsstärke gewachsen ist. Andererseits haben sich die Möglichkeiten, sich in Sicherheit zu bringen, überhaupt nicht gemehrt. Eine passive Verteidigung jeder Art — Panzer, Befestigungsanlagen usw. — wurden vom enormen Anwachsen der Zerstörungsmöglichkeiten überrannt... Jedermann wußte, daß einer in der Aktentasche eine Energieladung mit sich tragen kann, die zur Zerstörung der halben Stadt ausreichen würde. Über diese Tatsachen war sich jeder klar: Die Kinder auf der Straße wußten davon. Und doch war die Welt so einfältig, mit Waffen zu protzen und mit einem Krieg zu liebäugeln."

Warum ist die Wahrheit, die der Futurologe zu Anfang des Jahrhunderts erkannte, heute, am Ende des Jahrhunderts, dem Präsidenten einer Großmacht nicht klar?

Mit einem Satz aus Yorks Buch über die Entstehungsgeschichte der Superbombe begannen wir, und mit einer Betrachtung daraus schließen wir auch: "Es scheint auf der Hand zu liegen: Wenn es der Menschheit beschieden ist, am Leben zu bleiben, dann müssen diejenigen, die das Wettrüsten aufhalten, zum Stillstand bringen und dann rückgängig machen wollen, sich beeilen, um das zu schaffen, ehe der technologische 'Fortschritt' zu groß geworden ist."

A. SCHASKOLSKI

BIOGRAPHISCHES

PRÄSIDENT DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT PIERRE AUBERT



Er ist am 3. März 1927 geboren. Absolvierte die Universität von Neuchâtel, promovierte in den Rechtswissenschaften.

1958 trat er der Sozialdemokratischen Partei bei und wurde bald schon einer ihrer einflußreichen Politiker.

Entsprechend der verfassungsmäßigen Praxis wählt die Bundesversammlung (das Parlament) der Schweiz alljährlich aus den Bundesräten (Regierungsmitgliedern) den Präsidenten des Landes. Am 10. Dezember 1986 wurde Pierre Aubert, der zugleich seit Februar 1978 Leiter des Bundesdepartements für auswärtige Angelegenheiten ist, zum Präsidenten der Schweiz für 1987 gewählt.

In den 60er Jahren Mitglied, dann Vorsitzender des Stadtrates von La Chaux-de-Fonds. Wurde in das Kantonalparlament von Neuchâtel gewählt. 1969—1970 Abgeordneter des Ständerates, seit Dezember 1977 Mitglied des Bundesrates (der Regierung) der Schweiz, zu deren Vizepräsidenten er 1982 und 1986 gewählt wurde. 1983 war er Präsident des Landes.

Pierre Aubert tritt für einen Abbau der Ost-West-Spannungen durch die Stärkung vertrauensbildender Maßnahmen und Verhandlungen über eine Rüstungsreduzierung ein. Er unterstreicht die Notwendigkeit, Europa von den Nuklearwaffen zu befreien, und tritt für einen Ausbau der außenpolitischen und Außenwirtschaftsbeziehungen der Schweiz, für deren aktivere Teilnahme am internationalen Leben ein.

Pierre Aubert weilte wiederholt in der Sowjetunion, darunter zu einem offiziellen Besuch im September 1986, bei dem er sich für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz—UdSSR in verschiedenen Bereichen aussprach.

Schaufenster Japans

Von unserem Korrespondenten
Juri TAWROWSKI

Vom 60. Stockwerk des "Sunshine City" betrachtet, erinnert Tokio bei Nacht an ein mächtiges Flußdelta. Flammende Transportadern umfließen schwächer beleuchtete Wohninseln und verbinden Handelszonen mit regenbogenfarbig illuminierten Vergnügungsvierteln. Im Meer der Leuchtreklame ist die weltberühmte Ginza schnell ausgemacht.

Die berühmte Einkaufsstraße ist das Aushängeschild Tokios und in gewisser Hinsicht auch ganz Japans. Ihre Bezeichnung verdankt sie dem Silber prägenden Münzamt der japanischen Shogun-Herrscher. Wo heute die Nationalbank steht, war früher eine zweite Münzwerkstatt, die Kinza. Hier wurden Goldmünzen geschlagen. Der Silberhof, wie Ginza aus dem Japanischen übersetzt heißt, war ursprünglich ein Streifen entwässerten Landes, auf dem Handwerker angesiedelt wurden.

Ohne den berühmten Ginza-Brand von 1872 wäre die Ginza möglicherweise noch lange von dem in der Nähe gelegenen Handelsviertel Nihombashi überschattet worden. Zu jener Zeit endete die Militärrherrschaft der Shogun aus der Tokugawa-Dynastie und damit die über 300 Jahre dauernde Abkapselung Japans von der Außenwelt. Zur ersten Delegation, die Länder in Übersee besuchte, gehörte auch der Bürgermeister von Tokio. So hieß von nun an die japanische Hauptstadt, das alte Edo. London machte auf den Bürgermeister den stärksten Eindruck. Kaum zurückgekehrt, beschloß er, die bis auf die Grundmauern niedergebrannte Ginza als eine von Ziegelbauten gesäumte Musterstraße auszubauen.

Die modernen Häuser sollten nicht nur den Grundstock einer feuerfesten Stadt darstellen, sondern der Hauptstadt des Landes, das wild entschlossen war, dem Westen nachzueifern, einen zivilisierten Anblick verleihen. Ein aus England angefordertes Architekt ließ die halbe 1200 Meter lange Straße mit zweistöckigen Ziegelhäusern bebauen.

Eine Eisenbahnlinie, die den für Ausländer zugelassenen Hafen Yokohama mit dem Shimbashi-Bahnhof am Südende der Ginza verband, brachte etwas Leben in die Backsteinristesse. Neben dem berühmten Geishaviertel und zwei rege frequentierten Märkten entstanden Geschäfte, in denen es ausländische Wunderdinge zu kaufen gab. Das Nebeneinander von Tradition und Moderne auf diesem verhältnismäßig kleinen Flecken zog viel junges Volk in die Gegend um Shimbashi und Ginza. Der später zum

Ritual gehörende Ginzabummel, der gim-bura, nahm seinen Anfang. Aus allen Ecken und Enden Tokios strömten Massen von Müßiggängern herbei.

Tagsüber vollzog sich der Warenaustausch in seriösen Geschäften, in denen feste Preise galten. Abends bauten fliegende Händler ihre Stände auf und Marktschreier lockten Käufercharen an. Im Licht der Gaslampen trieben sie schwunghaften Handel mit billigen Duplikaten ausländischer Erzeugnisse.

Die Aufbruchstimmung hielt ganze fünf Jahrzehnte an, bis zur nächsten großen Katastrophe. Erdbeben und Feuersbrünste des Jahres 1923 zerstörten fast ganz Tokio und verschonten auch die Ginza nicht. Was die Erdstöße ihren gemauerten Häusern nicht anhaben konnten, besorgten die Feuerstürme und machten die Ginza dem Erdboden gleich. Der mit Bohlen gepflasterte Fahrdamm, auf dem noch kurz vorher reger Straßenverkehr geherrscht hatte, war verbrannt. Alteingesessene Tokioter behaupten, daß die nach wenigen Jahren wieder neuerbaute Ginza mit ihren Ziegel- und Betonbauten vieles vom Charme ihrer Vorgängerin eingebüßt habe. Die letzten Überreste des ungebundenen, manchmal übertrieben sorglosen "Edo-Gefühls", das sich noch hier und da in den Gassen des Silberhofs gehalten hatte, gerieten endgültig unter den Stiefel der Anfang der 30er Jahre errichteten militärfaschistischen Diktatur. Handel und Vergnügungsindustrie wurden streng reglementiert. Polizei und die allmächtige Kempeitai-Knüttelgarde wachten über die Befolgung puritanisch-nationalistischer Verhaltensregeln. Dann begann der Krieg. Er endete für die Ginza mit den entsetzlichen Bombardements und Bränden des Frühjahr 1945.

Jahrmärkte der Eitelkeiten

Heute bietet die Ginza folgenden Anblick: Die Verwaltungszone besteht aus acht Gebäuderechtecken, die wie Schaschlikstücke auf zwei Spießen stecken, der Axialstraße Ginza dori und der parallel verlaufenden Showa dori. Von vier Seiten grenzen Hochstraßen das Ginza-Areal ein. Die Harumi dori-Straße durchschneidet es genau in der Mitte und führt vom Kaiserpalast zu den künstlichen Inseln in der Tokiobucht. Hier liegen die Werften, der Landungskai und der Ausstellungspavillon, ein Zentrum des internationalen Handels. Ebenso gerade, jedoch weitaus engere Straßen trennen

annähernd gleichgroße rechtwinklige Viertel voneinander ab, aus denen sich wie ein Mauerverband das Ginza-Areal zusammensetzt. Diese Viertel sind dicht an dicht mit 4-10stöckigen Betonklötzen bebaut, die man nur noch durch ihre Leuchtreklamen voneinander unterscheiden kann.

In ihrer Eigenschaft als Einkaufsstraße erinnert die Ginza an ein Schaufenster.

Eine einzige Schaufensterfassade, dieses Gefühl setzt sich in mir fest, nachdem ich die Ginza entlanggeschlendert bin und mich mit einigen der etwa 200 in ganz Japan bekannten Kaufhäuser und Boutiquen vertraut gemacht habe. Die Schaufenster sind der nachhaltigste Eindruck, den der Betrachter von dieser Straße empfängt. Alle 3 Monate werden die hinter Glas aufgebauten Arrangements ausgewechselt. Hier sind talentierte Dekorateure und gewiefte Werbepsychologen am Werk. Unnachahmliches japanisches Farbempfinden, grenzenlose Phantasie, liebevolle Pflege der Volkskunst, gewagter Einsatz beweglicher Schaufensterpuppen, Laser, Holographie und ähnliche technische Feinheiten machen die Kunst der Gestaltung von Schaufenstern und Verkaufsräumen aus. Sie ist heute ein eigenständiger und expandierender Industriezweig und tritt selbstbewußt auf dem Auslandsmarkt auf. Aus etlichen Ländern der Welt erhalten japanische Gestalter ihre Aufträge.

Auch Verkaufshallen und Ladentische sind äußerst geschmackvoll ausgestattet. Sie quellen über von Waren. Warum gibt es eigentlich mehr in elegante Uniformen gestecktes, einladend lächelndes und sich unentwegt verneigendes Verkaufspersonal als Kunden? Das kann nur an den atemberaubenden Preisen liegen. Für jede Kleinigkeit muß man tief ins Portemonnaie langen: Ein Taschenmesser kostet 13 500 Yen (1000 Yen = 4,22 Rubel), ein Lippenstift 9000 Yen, ein Filter für das nicht gerade sehr saubere Tokioter Leitungswasser 6500 Yen. Auf den europäischen Kleidung vorbehaltenen Etagen sind sechsstellige Preise an der Tagesordnung. Ein Mantel kostet 150 000 Yen, ein dreiteiliger Anzug 100 000 Yen und ein Damenkostüm 170 000 Yen.

Im achten Stock des Kaufhauses Mitsukoshi werden Kimonos verkauft. Luxus-exemplare aus Kyoto-Seide sind auf besondere Kleiderständer gespannt, damit die verschwenderische Farbgebung und das ausgesuchte Design besser zur Geltung kommen. Die Etage ist wie ausgestorben, wenn man von der eindeutig gelangweilten jungen Verkäuferin absieht. Sie erspäht den Besucher, einen Mann und Ausländer obendrein, der wohl kaum als Käufer in Frage kommt. Trotzdem setzt sie ihr wunderschönes Lächeln auf und ruft mir ein "Herzlich willkommen" zu. Ihr ganzes Wesen strahlt Hilfsbereitschaft aus.

Zuerst fachsimpeln wir über die Zeichnung eines Paradekimonos, dann lenke ich unser Gespräch auf die Preise. "Oh, die Preise sind wirklich ziemlich hoch", stimmt mir Yamamoto zu, "aber wenn Ihnen die hier für 250 000-300 000 zu teuer sind, dann sehen Sie sich doch mal diese hier an, die sind preiswert. Dieser schlichte cremefarbene Tageskimono kostet 150 000. Ist das viel oder wenig? Was dem einen wenig scheinen mag, ist für mich z. B. schon unverhältnis-

anderen und nacheinander die Verkaufsräume durchmißt, tanzen einem irgendwann die Preisschilder mit ihren langen Reihen voller Nullen vor den Augen. Überall hängen sie, an Möbelgarituren, an europäischem und traditionell japanischem Tafelgeschirr, an Stereoanlagen und Videorecordern, an elektronischem Kinderspielzeug und Lebensmitteln.

In den Kaufhäusern Matsuzakaya, Matsuya und Mitsukoshi, die die Preise auf

Mitsukoshi". Indem sie das Vierfache des normalen Preises ausgegeben hatte, gab sie ihrer Ehrerbietung für den langjährigen Untermieter Ausdruck, ihrer Bereitschaft, auch in Zukunft sachliche Beziehungen zu unterhalten.

Schon längst ist die Fähigkeit, auf der Ginza einkaufen zu können, ein Merkmal für die Zugehörigkeit zur middle class geworden. Wenn die Nachbarn einen mit der Firmenpackung eines Statuskaufhauses vorbeigehen sehen, hat man ihnen den Wohlstand der Familie vorgespielt, die jetzt zur ersehnten middle class zählt. Auch wenn der Familienvorstand keinen Urlaub kennt und 300-400 Stunden pro Jahr mehr arbeitet, als seine europäischen oder amerikanischen Kollegen. Auch wenn er mit seiner Familie in einer Wohnküche haust und dafür ein Drittel seines Monatslohns an Miete zahlt. Auch wenn die Hausfrau selbst keine feste Arbeit findet und für einen minimalen Stundenlohn im Supermarkt um die Ecke dazuverdienen muß.

Manchmal allerdings findet die gewitzte Hausfrau einen Kompromiß zwischen dem Verlangen, auf der Ginza einzukaufen, und den bitteren Realitäten in der Familienkasse. Dann harret sie geduldig des nächsten Ausverkaufs, wenn nämlich liegengeliebene, unmodern gewordene Waren um 20-50% im Preis reduziert werden.

Die großen Kaufhäuser veranstalten noch andere Überraschungen, um Kunden anzulocken: Entweder werden einmal für 10 Minuten alle Waren eines bestimmten Verkaufsstands zum halben Preis verschleudert oder ein Wägelchen mit versiegelten Wundertüten wird in den Saal geschoben. Ihr den Blicken verborgener Inhalt mag sich als noch so unnütz erweisen, aber er stimmt die Herzen froh durch seinen sensationell niedrigen Preis.

Natürlich muß man schon einiges an Zeit investieren und ganze Tage in den Kaufhäusern auf der Lauer liegen, um solch einer Überraschung teilhaftig zu werden. Das machen auch viele Frauen und kommen zu diesem Zweck aus allen Vierteln dieser Riesenstadt auf die Ginza. Schweigsam verharren sie in der Menge und warten, bis das Geschäft aufmacht. Wenn es soweit ist, vergessen sie den japanischen Zeremoniegeist, und der Sturm auf die Ladenhüter beginnt.

Spielzeug-Eldorado

Wenn die großen Kaufhäuser wegen der unerschwinglichen Preise für die angebotenen Waren an ein Museum erinnern, dann sind die immer noch hier und da bestehen gebliebenen alten Läden der "Edo-Zeit" wirkliche Museen. Das Geschäft "Beishu" hat sich z. B. auf Kleinstpuppen spezialisiert. Es ist ein wahres Museum dieser traditionellen japanischen Spielsachen, die sich in der Welt der jüngsten Japaner wunderbar mit Robotern, Panzern und automatischen Gruselmönstern vertragen.



Reklame auf der Ginza

Foto: TASS

mäßig viel. Wenn ich faste, reicht mein Monatsgehalt gerade eben für diesen Kimono oder für den Obi dort, den langen Kimonogürtel. Ich mag unsere Nationaltracht sehr und arbeite auch gern hier in dieser Abteilung. Aber ich besitze kein einziges dieser prachtvollen Kleidungsstücke."

Auch die moderne Japanerin kommt nicht ohne Kimono aus. Es gibt jedoch weitaus notwendiger Dinge. Zwei Stockwerke tiefer verkauft Mitsukoshi Schuhe. Stolze Preise auch hier. Zwischen 10 000 und 30 000 Yen. Die einzige Kundin wird sofort von vier Verkäuferinnen umschwärmt. Ich warte die ziemlich lange Prozedur ab und gehe auf die in ein strenges schwarzes Kostüm gekleidete Frau in mittlerem Alter zu. Ich bitte sie um Verzeihung und frage sie dann, wie sie die imposanten Preise findet. Es stellt sich heraus, daß Frau Endo zur Bestattung ihres älteren Bruders aus Sendai angereist ist. Bei dieser Gelegenheit wollte sie der Ginza einen Besuch abstatten und ihrer Tochter ein Hochzeitsgeschenk kaufen. "Ich würde mir nie Schuhe für 28 000 Yen kaufen. Aber wir haben nur die eine Tochter, und zur Hochzeit soll sie ruhig alles vom Feinsten haben, von der Ginza."

Wenn man so ein Stockwerk nach dem

der Ginza diktieren, hat man das Gefühl, als besuche man ein Museum der zeitgenössischen japanischen Materialkultur oder eine Ausstellung der Konsumgesellschaft. Auch von einem Jahrmarkt der Eitelkeiten zu sprechen ist durchaus nicht unangebracht. Die meisten Käufer zahlen diese astronomischen Summen schließlich nicht nur für die Waren, sondern auch für die Verpackung, auf der die prestigeträchtigen großen Namen prangen. Takashimaya etwa wendet jedes Jahr 110 Mio Yen auf für Einschlagpapier und noch einmal 170 Mio für Firmenpackungen.

Schlacht um Ladenhüter

Prestige und Status, das ist die Münze, die heute auf dem Silberhof geschlagen wird. Beim üblichen Austausch von Geschenken überreichte mir meine Vermieterin einen Schirm. Ich spannte ihn auf und ließ mich, höflich wie ich bin, lobend über die nützlichen Eigenschaften dieses für Tokio unerläßlichen Geräts aus. Meine Vermieterin machte mich auf meinen Fauxpas aufmerksam, indem sie mehrfach darauf hinwies, daß es gar nicht so sehr auf den Schirm ankomme, sondern darauf, daß er auf der Ginza erworben wurde, "bei

Die ausgestellten Waren werden mehrmals im Jahr ausgewechselt. Nach dem Neujahrsfest verschwinden die sieben Glücksgötter auf ihrem "Schatzschiff". Zum 3. März, dem Puppenfest der kleinen Mädchen, werden die Regale vollgestellt mit winzig kleinen Prinzessinnen, Prinzen, alten Musikinstrumenten und Miniaturmöbeln im traditionellen Stil. Bald nach diesem Fest der Mädchen beginnt am 5. Mai das Fest der Jungen. Hierbei werden legendäre Helden der Vergangenheit zu neuem Leben erweckt. Spielzeugrüstungen der Samurai sind ebenfalls sehr begehrt.

Miniaturspielzeug ganz anderer Art ist die Spezialstrecke eines weiteren bekannten Ginza-Geschäfts. Vor wenigen Jahren wurde die Firma Koni Electronics gegründet. Eifersüchtigen Ehegatten, Feierabend-James Bonds und vor allem Firmen, die Industriespionage betreiben, offeriert sie eine weit gefächerte Auswahl an Abhörgeräten. In diesem Geschäft, das sehr schnell zur Ginza-Attraktion avancierte, reißt der Kundenstrom einfach nicht ab. Hier gibt es Vorrichtungen, mit denen man Abhörgeräte im Raum feststellen kann, Preis: 100 000 Yen.

Wer kann es sich leisten, Stammkunde auf der Ginza zu sein? Höchstwahrscheinlich nicht die Verkäuferin oder Bankkassiererin mit einem Monatsgehalt von 100 000-150 000 Yen oder der junge Arbeiter mit seinen 130 000-180 000 Yen, auch nicht der Beamte im Ruhestand, der von seiner bescheidenen Rente lebt und jedes Mal erst Geld von seinem Sparkonto abheben muß, nicht einmal der Ingenieur eines gesunden Betriebes mit 300 000-400 000 Yen monatlichem Einkommen.

Die Ginza besteht nicht nur aus der Einkaufsstraße. Wenn man in die Seitenstraßen einbiegt, egal welche, findet man sich in einer anderen Welt wieder. Hier herrscht das Zwielicht der engen Gassen, der übereinandergestapelten Bars, der unendlich vielen Restaurants, Cafes, Clubs und Kabarets. Tagsüber sind nur wenige Etablissements geöffnet. Obdachlose durchwühlen Abfallhaufen und prügeln sich um jede leere Flasche. Schließlich könnte noch eine hochprozentige Neige abfallen.

Ginza bei Nacht: Ihre Spezialität ist Mizu Shobai, das "flüssige Geschäft", wie man hier den Alkoholausschank und angrenzende Lustbarkeiten nennt. Diese Ginza erwacht gegen Abend, wenn Geschäfte und Büros schließen. Die Neonreklamen aller 3000 Vergnügungslöcher flammen auf und die Stadstreicher werden mit einem Almosen abgespeist, damit sie verschwinden. Geschäfte

Kellner im tadellosen Frack und Frauen im kostbaren Kimono fegen vor ihren Lokalen und besprühen den Asphalt, dann hängen sie Noren-Vorhänge oder rote Lampions heraus, auf denen die Gerichte aufgelistet werden, für die der Küchenchef des Hauses berühmt ist. Bald verstopfen Stoßstange an Stoßstange geparkte Automobile die ohnehin engen Gehwege und Grüppchen seriös gekleideter Herren beginnen ihren Rundgang durch die nächtliche Ginza.

Das Prinzip "Dienst ist Dienst und Schnaps ist Schnaps" funktioniert nicht in Japan. Geschäftsbeziehungen bedürfen unbedingt einer soliden Grundlage persönlicher Beziehungen, Bekanntschaften und gegenseitiger Handreichungen. Verträge werden am Verhandlungstisch unterschrieben, die Verhandlungen selbst aber finden am Restauranttisch statt, zwischen einem Schwätzchen mit den Geishas oder diese flink verdrängenden Animierrädchen.

Es ist nicht üblich, Geschäftspartner zu sich nach Hause einzuladen. Schließlich bittet man keinen nur flüchtig Bekannten in seine enge Behausung, die dazu noch ein, zwei Stunden mit öffentlichen Verkehrsmitteln entfernt am anderen Ende der Stadt liegt. Hier spielen auch finanzielle Erwägungen mit hinein. Ein Essen zu Hause reißt ein Loch in die Familienkasse, wogegen ein Gelage im Restaurant von der Firma bezahlt und unter Repräsentationskosten abgerechnet wird. So kommt es, daß der geizigste sarariman, wie hier der Angestellte mit seinem bescheidenen Salär heißt, sobald er über die Schwelle einer Bar tritt, sich in einen enthemmten Verschwender verwandelt, der mit dem Geld nur noch so um sich wirft.

Eine Ginza-Tour ist nicht gerade billig. Man setzt sich an ein Tischchen, erhält ein Glas kaltes Wasser, dazu ein heißes Frottierhandtuch, und ist schon 30 000 - 50 000 Yen los. Eine Flasche Whisky kostet 100 000, Kognak 400 000 Yen...

Jährlich werden in Japan unvorstellbare Summen für "Repräsentationszwecke" ausgegeben. 1985 beispielsweise beliefen sie sich auf 3 Billionen und 600 Milliarden Yen. Jeden Tag, genauer jede Nacht, werden 10 Md. Yen verzehrt. Die grenzenlose Freigebigkeit derselben Firmen, die mit den Gewerkschaften um jeden Yen Lohnerhöhung kämpfen, findet eine einfache Erklärung. Repräsentationsauslagen prägen das Firmenimage und werden nicht versteuert. Sie gelten als normale Unkosten, als Produktionskosten. Allerdings haben sich vor einigen Jahren Beamte des Finanzministeriums den Kopf darüber zerbrochen, wie sie die Staatskasse aufbessern könnten und belegten die Repräsentationskosten zum Teil

mit Steuern. Aber auch heute lassen sich noch einige Firmen ihre Repräsentation ein Fünftel ihrer Gesamtausgaben kosten.

Um kein "alter Kimono" zu werden...

Bei erstem Hinsehen hat die Neonlicht-Ginza nichts zu befürchten. Sie steht auf dem Grundsockel des japanischen Geschäftsprinzips "Wer gut schmiert, fährt gut". Bar- und Nightclubbesitzer beunruhigt jedoch derselbe Umstand wie die Geschäftsführer der Tageslicht-Ginza: das ansteigende Durchschnittsalter der Kundschaft. Die Kunden sind schon doppelt so alt wie in anderen von der Konkurrenz beherrschten Regionen Tokios. Jugendliche können sich die Ginza nicht leisten. Was also ist zu tun, damit die berühmte Straße, das Schaufenster Tokios, nicht das Schicksal eines ehemals teuren, aber inzwischen abgetragenen Kimonos ereilt, den man in den Schrank hängt, um ihn daraufhin endgültig zu vergessen?

Es gelang, die Ginza dori wenigstens an Sonn- und Feiertagen in eine Fußgängerzone zu verwandeln. Ein wenig lebhafter wurde es hier, als 1984 drei neue Kaufhäuser aufmachten, die neben dem Geschmack auch den Geldbeutel ihrer Kunden mittleren Alters und darunter berücksichtigen.

Die größten Hoffnungen werden mit einem Plan verbunden, den das Ministerium für Außenhandel und Industrie vorgelegt hat. Danach soll eine neue, unterirdische Ginza entstehen. Unter der Hauptstraße verläuft in geringer Tiefe eine U-Bahnlinie. Sie soll in die Tiefe verlegt werden und die frei gewordenen U-Bahntunnel sollen zu unterirdischen Handelszentren ausgebaut werden. Außerdem will man eine Einschienenbahn zwischen Ginza und dem Flughafen Haneda bauen. Über Haneda werden überwiegend Inlandflüge abgewickelt. Man spekuliert eindeutig auf Provinzbewohner, die zum Einkaufen in die Hauptstadt kommen.

Der "Ginza im 21. Jahrhundert" getaufte Plan ruft bei den meisten Geschäftsleuten vom Silberhof stürmische Begeisterung hervor. Sie hält allerdings nur so lange vor, bis jemand die unvermeidliche Frage aufwirft, wer das Unternehmen bezahlt, das vorläufigen Schätzungen zufolge 400 Md. Yen kosten soll. Kommunale Behörden und Regierung appellieren an die Geschäftswelt, "Lebensfähigkeit und Energie der Privatwirtschaft zu demonstrieren". Die Privatwirtschaft wiederum gemahnt die Behörden an ihre Verantwortung für den Zustand, in dem sich dieses Schaufenster Tokios und ganz Japans befindet. Tokio

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

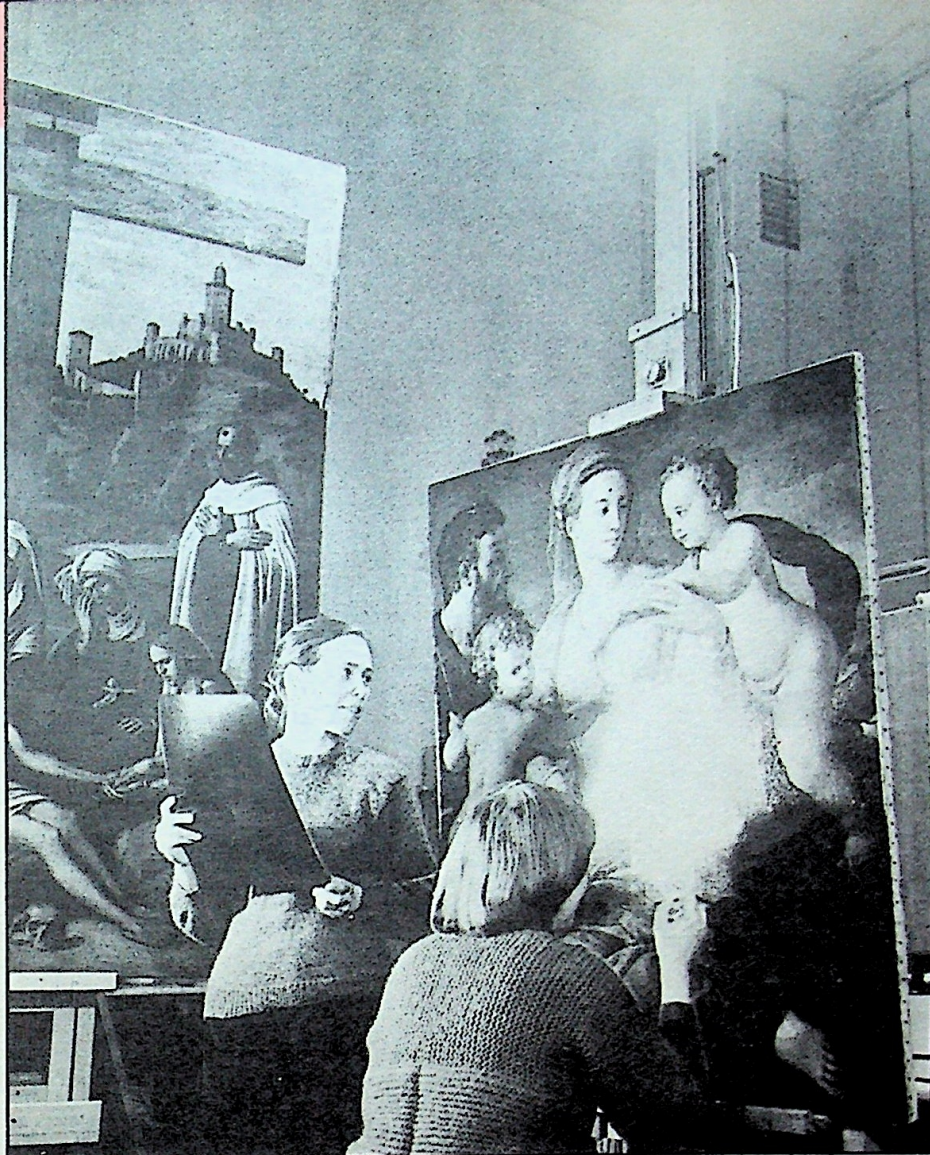
Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"



- Die Röntgenologin A. Wassiljewa und die Restauratorin M. Sachnowa bei Bronzinos „Heiliger Familie“.
- Der Restaurator B. Sergejew.
- Ein neuer „Patient“ auf dem Arbeitstisch.

Fotos: TASS



D. SGRSKI

Wiedererstandene Meisterwerke

„Besuchen Sie unser Museum doch öfter! Jedes Mal werden Sie bestimmt etwas Neues finden“, sagt Gleb Karlsen, leitender Restaurator am Staatlichen Puschkin-Museum für bildende Künste in Moskau. Er meint nicht Neueingänge, sondern restaurierte Gemälde, an denen der Zahn der Zeit gegnagt hatte.

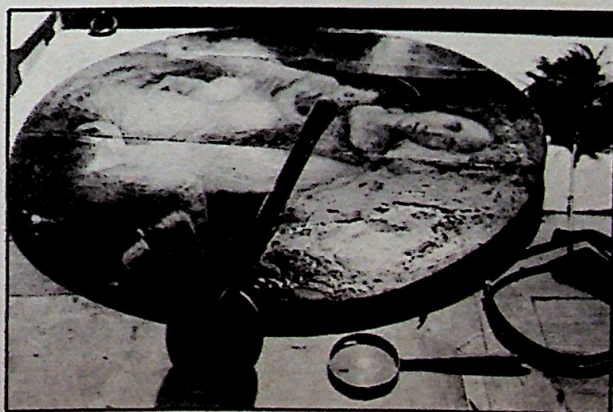
Von der Arbeit der Restauratoren erzählt er folgendes: „Wir schaffen 20 oder 30 Gemälde im Jahr, je nachdem. Manchmal aber brauchen wir für eine Arbeit ein ganzes Jahr.“ Er führt uns zu einem Gemälde mit biblischem Thema. „Das ist „Die heilige Familie“ von dem Italiener Bronzino aus dem 16. Jahrhundert. Es war auf Holz gemalt und wurde vor etwa 100 Jahren auf Leinwand übertragen. Das Brett wurde gehobelt, bis nur eine hauchdünne Schicht

der Grundierung mit Spuren der Malerei übrig war. Das Bild hatte schwer gelitten. Irgend jemand hatte es übermalt. Wir mußten das Gemälde sozusagen heilen. Zuerst röntgen wir es, denn Röntgenstrahlen machen spätere Schichten erkennbar. Dann begann die mühselige Entfernung dieser Schichten, wobei das Original nicht beschädigt werden durfte.

Der Restaurationsdienst des Museums besteht seit beinahe 50 Jahren. Inzwischen sind Hunderte von Gemälden, die relativ einfache Restaurationen nötig hatten, durch die Hände unserer Meister gegangen. Die Wiederherstellung zahlreicher Gemälde war jedoch äußerst schwierig.“

Die Restauratoren behalten Werke von Malern aller Jahrhunderte, darunter von Rembrandt, Rubens, Van

Dyck, Corot, Ingres, Degas, Manet, van Gogh und Picasso, ständig im Auge. Das werden ihnen noch viele Generationen von Kunstkeimern zu danken wissen.

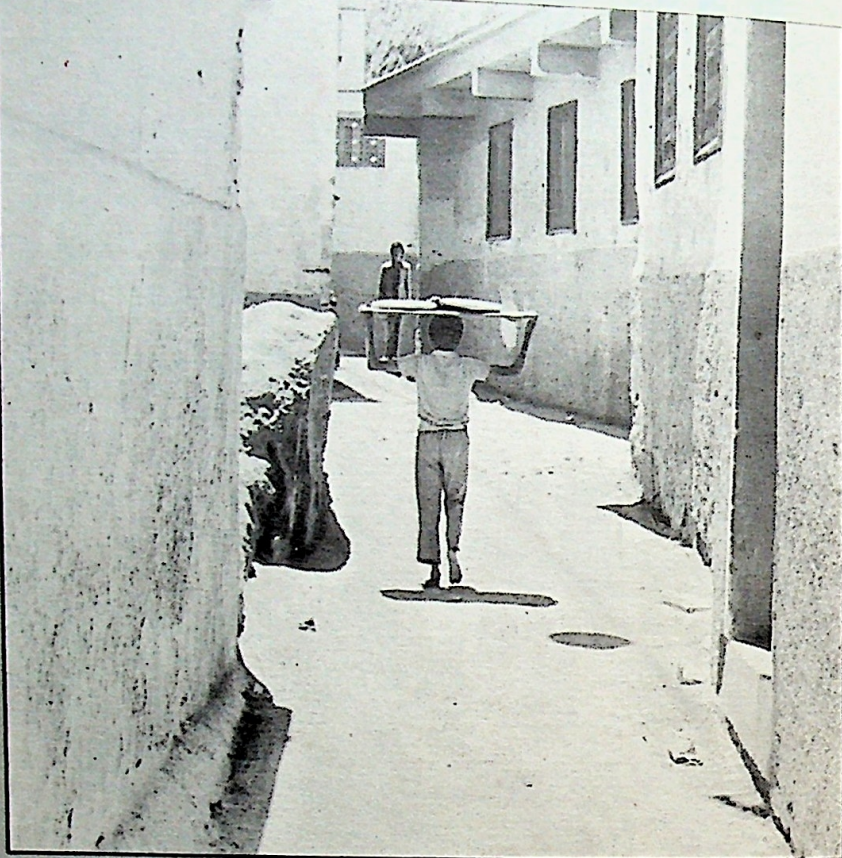


INTERNATIONALER
WETTBEWERB

**„MENSCH,
MENSCHLICHKEIT,
MENSCHHEIT“**



14159 7 136 304 550
NVA 32657 VM
2110 9005 0144 PF



**Jan Eisenmann
(CSSR)**

Aus dem Zyklus „Kinder Marokkos“.